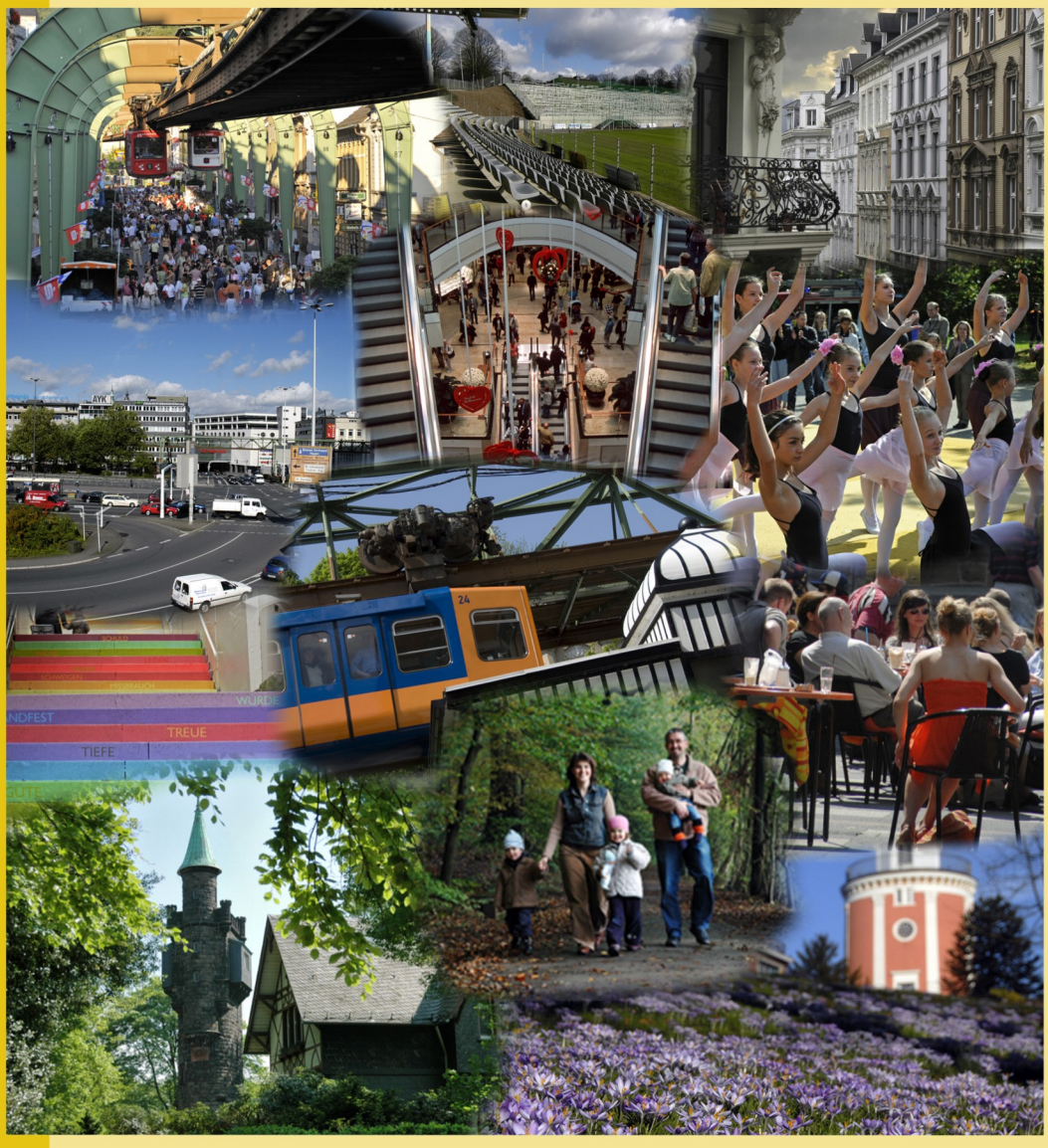


Handlungsprogramm Demografischer Wandel

Strategien zum Umgang mit den demografischen Herausforderungen

Wuppertal
Ressort Stadtentwicklung
und Städtebau

Handlungsprogramm Demografischer Wandel

Strategien zum Umgang mit den demografischen Herausforderungen

Herausgegeben von:	Stadt Wuppertal Ressort 101 - Stadtentwicklung und Städtebau
Bearbeitung durch:	Rainer Knecht (Ressort Stadtentwicklung und Städtebau)
Textbeiträge von:	Charlotte Dahlheim (Ressort Soziales) Monika Heigermoser (Kulturbüro) Thomas Hornung (Stadtbetrieb Sport- und Bäderamt) Rainer Knecht (Ressort Stadtentwicklung und Städtebau) Eckhard Kohlhas (Ressort Umweltschutz) Marianne Krautmacher (Ressort Soziales) Martina Kürten (Ressort Straßen und Verkehr) Doris Nehls (Stadtbetrieb Tageseinrichtungen für Kinder) Christian Palluch (Ressort Stadtentwicklung und Städtebau) Petra Reßing (Ressort Kinder, Jugend und Familie) Christine Schmidt (Ressort Kinder, Jugend und Familie) Rainer Schulze (Stadtbetrieb Schulen) Bärbel Weisz (Stadtbetrieb Gesundheitsamt) Elke Werner (Ressort Stadtentwicklung und Städtebau)
Grafische Umsetzung:	Felix Blasch (Baureferendar) Beate Hassler (Ressort Stadtentwicklung und Städtebau)
Fotos:	Medienzentrum Ressort Soziales Gemeinschaftsgrundschule Mirker Bach Stadtbetrieb Tageseinrichtungen für Kinder Ressort Kinder, Jugend und Familie Ressort Stadtentwicklung und Städtebau
Druck:	Service Center Reprografie

Wuppertal, Juni 2010

INHALTSÜBERSICHT

1. Einleitung 2

A. Demografische Standortbestimmung 5

2. Demografische Entwicklung in Wuppertal 5

2.1 Bevölkerungsentwicklung 5

2.2 Bevölkerungsprognose 8

3. Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf wichtige kommunale Handlungsfelder 12

3.1 Wirtschaft/Arbeitsmarkt 14

3.2 Einzelhandel 21

3.3 Verkehr 24

3.4 Umwelt und Grünflächen 27

3.5 Bildung und Betreuung 30

3.6 Soziales 40

3.7 Wohnen/Stadtbild/Bauen 50

3.8 Kultur 54

3.9 Sport 56

B. Demografische Entwicklungsperspektiven und Handlungsstrategien 58

4. Demografische Ziele, Demografie-Leitbild und Handlungsstrategien 58

4.1. Demografische Ziele 59

4.2 Demografie-Leitbild 60

4.3 Handlungsstrategien 61

5. Demografie-Check 68

5.1. Projekte und Maßnahmen im Demografie-Check 68

5.2 Fachplanungen im Demografie-Check 70

6. Zusammenfassung 71

1. Einleitung

Begriffsdefinition:

1. Schrumpfung
2. Alterung
3. Heterogenisierung

Mit dem Begriff „Demografischer Wandel“ werden Veränderungen der Bevölkerungsstruktur beschrieben, die nicht nur vorübergehend auftreten, sondern die Zusammensetzung der Bevölkerung über einen längeren Zeitraum grundlegend verändern. Kennzeichnend für den demografischen Wandel sind eine steigende Lebenserwartung und sinkende Geburtenzahlen. Beeinflusst wird die demografische Entwicklung zusätzlich durch Wanderungsbewegungen. Es sind drei Trends, die die zukünftige Bevölkerungsstruktur beeinflussen und die unter dem Stichwort „Demografischer Wandel“ zusammengefasst werden: die Schrumpfung der Einwohnerzahlen, eine fortschreitende Alterung der Bevölkerung und eine Zunahme der sozialen, kulturellen und ethnischen Heterogenität vor allem in Folge der Zuwanderung aus dem Ausland. Die wichtigsten Veränderungen der Bevölkerungsstruktur werden häufig auch auf die knappe Formel gebracht: wir werden immer weniger, älter und bunter.

Bereits seit Anfang der 1970er Jahre gibt es in Wuppertal, wie auch in vielen anderen Großstädten, weniger Geburten als Sterbefälle und eine insgesamt rückläufige Bevölkerungszahl. Diese demografischen Veränderungsprozesse fanden jedoch lange Zeit wenig Beachtung, zumal die Veränderung der Struktur der länger ansässigen Bevölkerung durch Zuwanderungen aus dem Ausland überlagert wurden.

Fragestellungen

Heute ist die Forderung nach einer „Gestaltung des demografischen Wandels“ allgegenwärtig. Aber was bedeutet das konkret für Wuppertal? Welches sind dabei die zentralen kommunalen Handlungsfelder? Welche Entwicklungen sind vorhersehbar, welche sind spekulativ? Welche Strategien helfen bei der Bewältigung der demografischen Herausforderung?

Bildung eines Projektteams

Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe[1] aus den Geschäftsbereichen „Grünflächen und Gesundheit“ (GB 1.1), „Stadtentwicklung, Bauen, Verkehr, Umwelt“ (GB 1.2), „Soziales, Jugend und Integration“ (GB 2.1) und „Kultur, Bildung und Sport“ (GB 2.2) hat sich deshalb in mehreren Arbeitsgruppensitzungen und Workshops intensiv mit diesen Fragen befasst. Aufgrund der heterogenen Zusammensetzung des Projektteams musste am Beginn des Arbeitsprozesses die Entwicklung eines gemeinsamen Problembewusstseins und einer gemeinsamen „Sprache“ stehen, um zunächst eine gemeinsame Handlungsbasis zu schaffen. Für die Verständigung auf inhaltliche Ziele, räumliche Schwerpunkte und Handlungsprioritäten war es im weiteren Diskussionsprozess wichtig, Entscheidungen transparent zu machen, um Akzeptanz und Kooperationsbereitschaft zu erzeugen. Eine wichtige Übereinkunft war, die zunehmende Heterogenisierung der Bevölkerung nicht auf das Thema „Integration“ im Handlungsfeld „Soziales“ zu beschränken, sondern als Querschnittsaufgabe im Handlungsprogramm zu bearbeiten.

[1] In der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe waren folgende Leistungseinheiten vertreten: Ressort Stadtentwicklung und Städtebau (101), Ressort Grünflächen und Forsten (103, Ressort Straßen und Verkehr (104), Ressort Bauen und Wohnen (105), Ressort Umweltschutz (106), Geschäftsbereichsbüro Kultur, Bildung und Sport (200.2), Kulturbüro (200.3), Ressort Soziales (201), Stadtbetrieb Tageseinrichtungen für Kinder (202), Ressort Zuwanderung und Integration (204), Stadtbetrieb Schulen (206), Ressort Kinder, Jugend und Familie (208). Die personelle Zusammensetzung des Projektteams kann der beigefügten Anlage entnommen werden.

3 Bearbeitungsphasen

Die Erarbeitung des Handlungsprogramms lässt sich in drei Phasen unterteilen:

1. Strukturierungs- und Analysephase

In der Strukturierungs- und Erarbeitungsphase ist auf Grundlage eines Projektauftrages zunächst das Projektteam gebildet worden. Im Projektteam wurden die demografische Entwicklung analysiert und die Auswirkungen auf die verschiedenen kommunalen Handlungsfelder aus der jeweiligen Fachsicht beschrieben. An Ende dieser ersten Phase sind Ziele für die demografische Entwicklung formuliert und dem Verwaltungsvorstand zur Beschlussfassung vorgelegt worden.

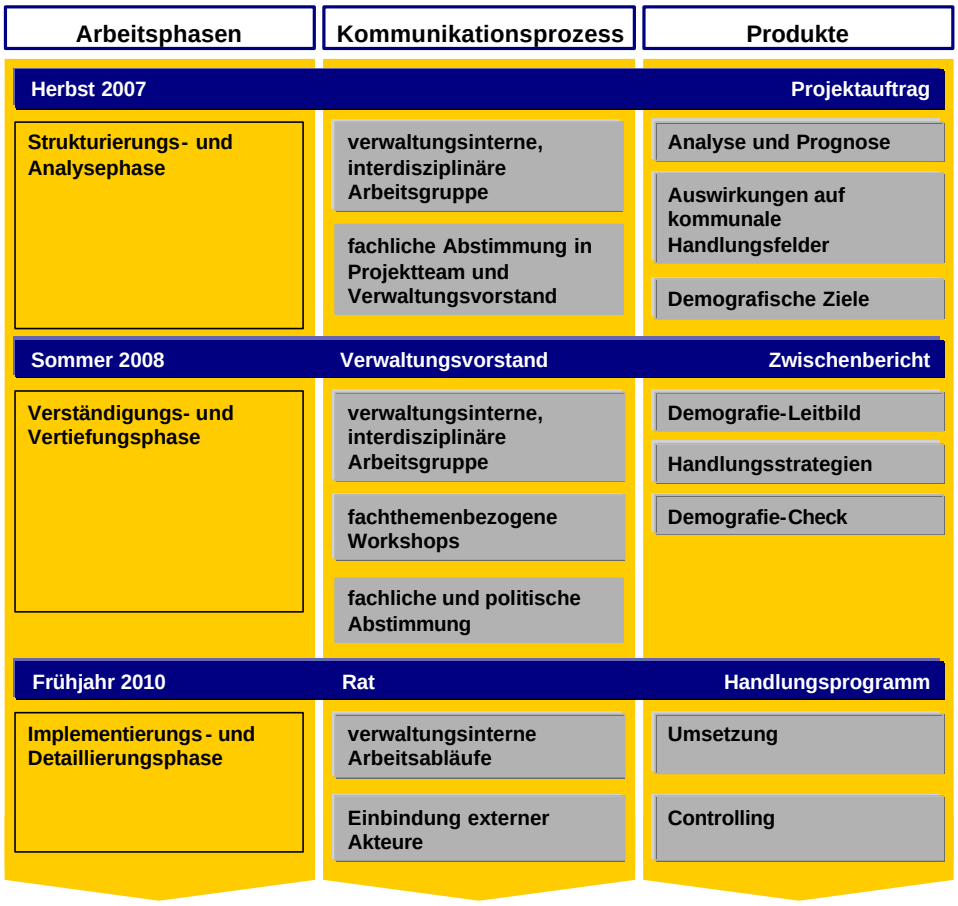
2. Verständigungs- und Vertiefungsphase

Ausgehend von diesen demografischen Zielsetzungen ist in der anschließenden Verständigungs- und Vertiefungsphase eine Workshop-Reihe durchgeführt worden, in der unter Beteiligung weiterer Expertinnen und Experten verschiedene Lösungsansätze zur Bewältigung der demografischen Probleme diskutiert worden sind. Auf Basis der Ergebnisse dieser Workshops wurden ein demografisches Leitbild und gezielte Handlungsstrategien erarbeitet und schließlich das vorliegende Handlungsprogramm zum demografischen Wandel erstellt.

3. Implementierungs- und Detaillierungsphase

Nach Beratung und Beschlussfassung des Handlungsprogramms in den politischen Gremien beginnt die Implementierungs- und Detaillierungsphase, in der das Handlungsprogramm in konkretes Verwaltungshandeln umgesetzt und durch entsprechende Prioritätensetzungen mit Leben erweckt werden muss. Die nachfolgende Abbildung stellt das Bearbeitungsdesign nochmals schematisch dar.

Abb. 1: Bearbeitungsdesign



Quelle: eigene Darstellung

Das vorliegende „Handlungsprogramm Demografischer Wandel“ untergliedert sich in zwei Teile. Aufbauend auf einer im ersten Teil vorgenommenen demografischen Standortbestimmung für Wuppertal werden im zweiten Teil demografische Perspektiven und Handlungsprioritäten aus Sicht der Stadtentwicklung benannt. In der folgenden Abbildung ist die Grobgliederung des Berichts dargestellt.

Abb. 2: Grobgliederung Handlungsprogramm

Quelle: eigene Darstellung

Inhalte des Handlungsprogramms

Ausgehend von einer Analyse und Prognose der demografischen Entwicklung in Wuppertal (Kapitel 2) beschreiben die Expertinnen und Experten der verschiedenen Leistungseinheiten die Auswirkungen auf die jeweiligen Handlungsfelder (Kapitel 3). Bei der Auswahl der Handlungsfelder hat sich die Arbeitsgruppe an den *Leitlinien der Wuppertaler Stadtentwicklung 2015*[2] orientiert, die vom Oberbürgermeister im September 2008 präsentiert wurden und der Verwaltung seitdem als Richtschnur dienen. Die einzelnen Beiträge beschreiben aus der jeweiligen fachlichen Sicht die erkennbaren Entwicklungen in den unterschiedlichen Handlungsfeldern. Dabei wird auch deutlich, dass demografiegestützte Prognosen an Grenzen geraten und häufig durch komplexe gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen überlagert werden.

Handlungsprogramm als Wegweiser

Gleichwohl müssen die Bemühungen der Stadt darauf ausgerichtet sein, den sich abzeichnenden Entwicklungen wirksame Strategien entgegenzusetzen. Ausgangspunkt ist dabei die Formulierung von Zielen, die die Stadt Wuppertal im Umgang mit den demografischen Veränderungsprozessen verfolgt. Aus diesen Zielen wird ein Demografie-Leitbild entwickelt und es werden strategische Handlungsansätze zur Bewältigung des demografischen Wandels abgeleitet (Kapitel 4), die auch der dramatischen Haushaltssituation der Stadt Rechnung tragen. Um die Demografierelevanz von einzelnen Maßnahmen und Projekten nachvollziehbar zu ermitteln, wird als neues Instrument ein “Demografie-Check“ vorgeschlagen (Kapitel 5). Das vorliegende Handlungsprogramm soll als Wegweiser dienen und bildet den Rahmen für die Steuerung der demografischen Veränderungsprozesse in Wuppertal.

[2] vgl. Stadt Wuppertal, Leitlinien der Wuppertaler Stadtentwicklung 2015, Juli 2008.

A. Demografische Standortbestimmung

In Kapitel A wird die demografische Entwicklung in Wuppertal analysiert und es werden die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die wichtigsten kommunalen Handlungsfelder beschreiben.

2. Demografische Entwicklung in Wuppertal

2.1 Bevölkerungsentwicklung

1963: 423.000 EW

Die im Zuge der kommunalen Neugliederung vor 80 Jahren entstandene Stadt Wuppertal hatte ursprünglich rund 415.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Durch Zuwanderungen von Flüchtlingen und Vertriebenen nach dem zweiten Weltkrieg und später von angeworbenen Arbeitskräften aus dem Ausland erreichte die Bevölkerungszahl im Jahr 1963 mit 423.453 Einwohnerinnen und Einwohnern ihren historischen Höchststand.

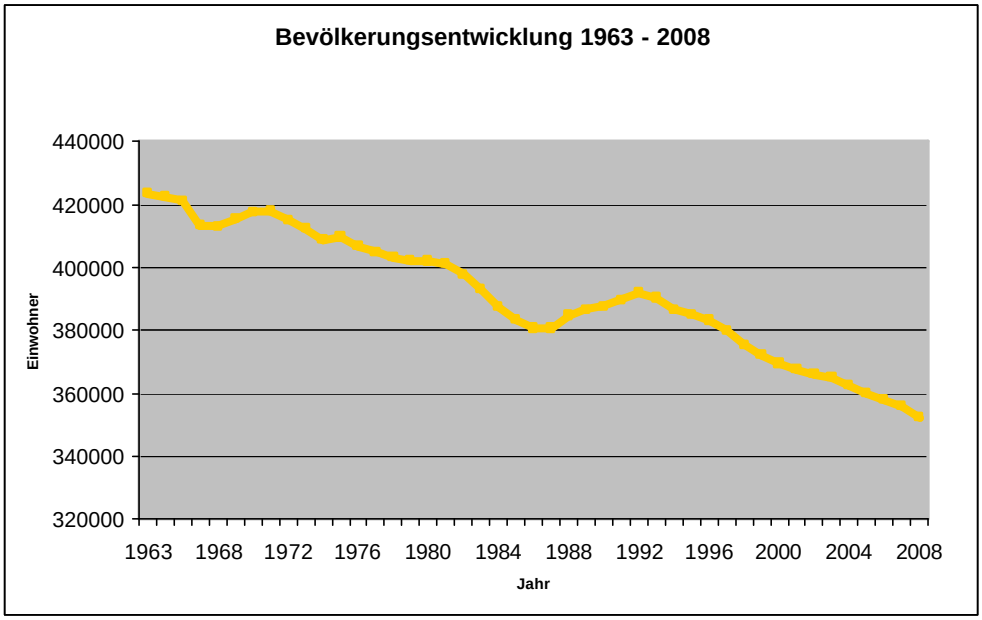
2008: 352.000 EW

Seither ist sie stetig – mit Unterbrechung in den Jahren 1987 bis 1992 aufgrund der starken Zuwanderung aus Osteuropa und der ehemaligen DDR – auf nunmehr 352.368 Einwohnerinnen und Einwohner (31.12.2008) zurückgegangen. In einem Zeitraum von rund 45 Jahren hat sich die Wuppertaler Bevölkerung somit um mehr als 71.000 Einwohnerinnen und Einwohner (-16,8 %) verringert. Allein seit 1992 ist ein Bevölkerungsrückgang von knapp 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (-10,1 %.) zu verzeichnen. Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht diese Entwicklung.

Abb. 3: Bevölkerungsentwicklung Wuppertal 1963 – 2008

deutlicher Bevölkerungsrückgang:

- 70.000 EW

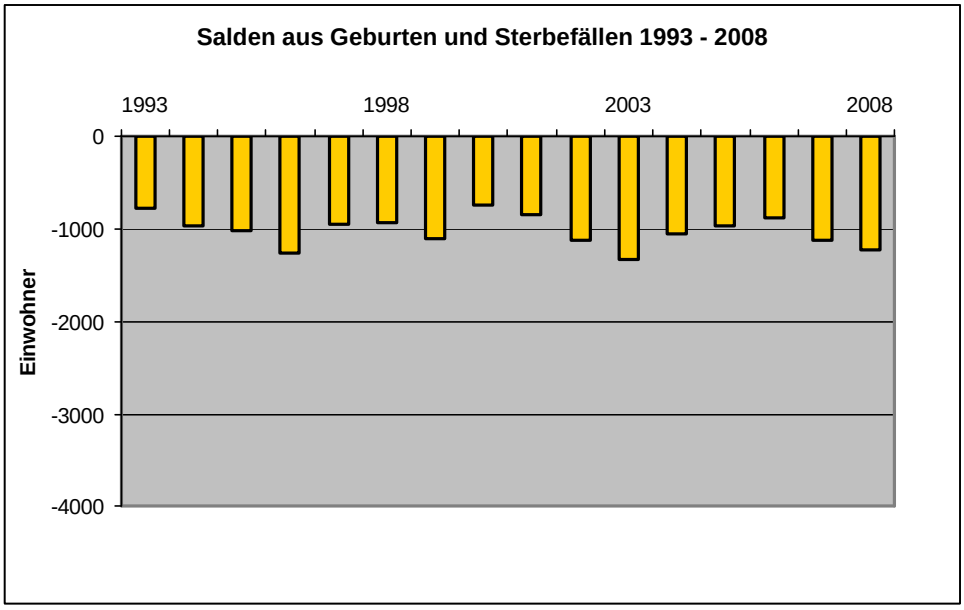


Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Daten der Statistikstelle der Stadt Wuppertal

negativer natürlicher Saldo

Der Bevölkerungsrückgang resultiert aus zwei Faktoren. Zum einen aus einer negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklung. Bereits seit 1968 liegt die Zahl der Sterbefälle in Wuppertal über der Geburtenzahl. Die nachfolgende Abbildung zeigt, dass der jährliche Sterbefallüberschuss in den vergangenen Jahren bei rund 1.000 Personen lag.

Abb. 4: Natürliche Bevölkerungsentwicklung in Wuppertal 1993 – 2008



Quelle: Eigene Darstellung aus Basis von Daten der Statistikstelle der Stadt Wuppertal

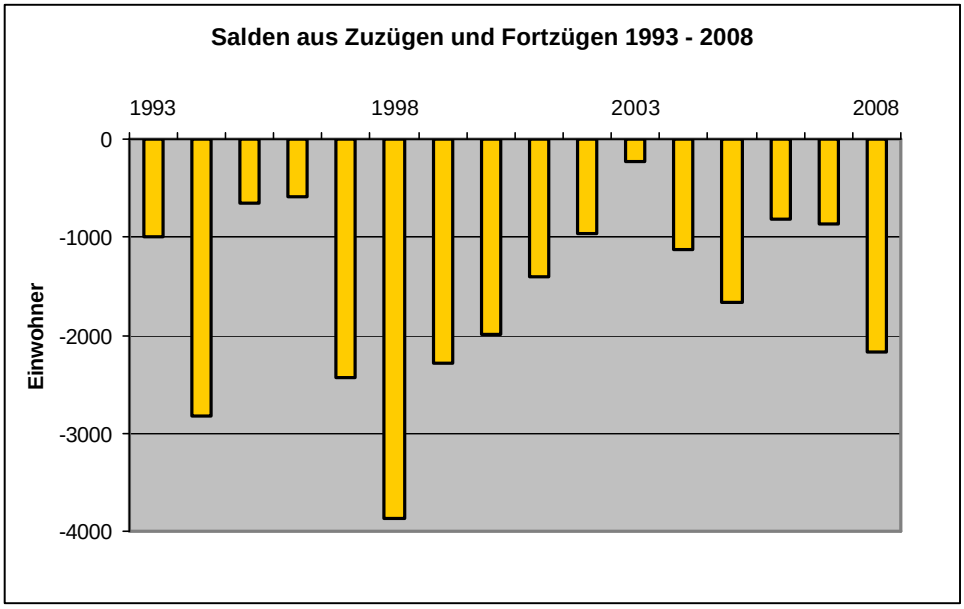
konstanter Sterbefallüberschuss:

~1.000 EW/Jahr

Zum anderen ist die Situation von einem Abwanderungsüberschuss geprägt. Seit 1992 ist der Wanderungssaldo negativ und hat insbesondere Ende der 1990er Jahre zu einem erheblichen Bevölkerungsverlust geführt. Die nachfolgende Abbildung zeigt, dass die Wanderungssalden seitdem tendenziell rückläufig sind. Sie liegen jedoch im Schnitt der letzten Jahre immer noch bei rund 1.000 Personen.[3]

negativer Wanderungssaldo

Abb. 5: Wanderungsbilanz Wuppertal 1993 – 2008



Quelle: Eigene Darstellung aus Basis von Daten der Statistikstelle der Stadt Wuppertal

schwankender Abwanderungsüberschuss

~1.000 EW/Jahr (in den letzten Jahren)

[3] Der hohe negative Wanderungssaldo im Jahr 2008 ist v.a. durch statistische Effekte bedingt. Im Zusammenhang mit dem Versand neuer Steueridentifikationsnummern gab es eine hohe Anzahl an „Abmeldungen von Amts wegen". Die tatsächliche Abwanderung dürfte in ähnlicher Größenordnung wie in den Vorjahren liegen.

Die Aufsummierung der natürlichen Salden und der Wanderungssalden in der nachfolgenden Tabelle zeigt, dass der Bevölkerungsrückgang seit 1992 zum größeren Teil (ca. 60 %) auf Wanderungsverluste und zu einem kleineren Teil (ca. 40 %) auf Sterbefallüberschüsse zurückzuführen ist.

Wanderungs- vs. Sterbefallverlust: 60 v.H. zu 40 v.H.

Tab. 1: Bevölkerungsveränderungen Wuppertal 1992 – 2008

Jahr	Bevölkerung am 31.12.	natürliche Bevölkerungsentw.			Wanderungsbewegungen			Bevölkerungsveränderung[4]
		Geburten	Sterbefälle	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	
1992	391.941							
1993	390.359	3.996	4.781	-785	15.389	16.380	-991	-1.776
1994	386.615	3.830	4.795	-965	14.166	16.995	-2.829	-3.794
1995	384.991	3.705	4.723	-1.018	14.799	15.451	-652	-1.670
1996	383.158	3.504	4.766	-1.262	13.877	14.465	-588	-1.850
1997	380.044	3.745	4.700	-955	13.696	16.131	-2.435	-3.390
1998	375.378	3.569	4.508	-939	13.270	17.140	-3.870	-4.809
1999	372.109	3.478	4.580	-1.102	13.204	15.489	-2.285	-3.387
2000	369.533	3.440	4.189	-749	13.333	15.318	-1.985	-2.734
2001	367.684	3.265	4.118	-853	13.101	14.511	-1.410	-2.263
2002	366.062	3.165	4.285	-1.120	14.113	15.075	-962	-2.082
2003	364.979	3.043	4.368	-1.325	13.382	13.860	-478	-1.803
2004	362.445	3.111	4.170	-1.059	12.509	13.638	-1.129	-2.188
2005	360.022	3.041	4.017	-976	12.238	13.906	-1.668	-2.644
2006	358.043	3.035	3.926	-891	12.268	13.089	-821	-1.712
2007	356.015	2.904	4.036	-1.132	12.935	13.804	-869	-2.001
2008	352.368	2.963	4.191	-1.228	12.448	14.623	-2.175	-3.403
2008 vs. 1992	**-39.573**	**53.794**	**70.153**	**-16.359**	**214.728**	**239.875**	**-25.147**	**-41.506**

Quelle: Eigene Darstellung aus Basis von Daten der Statistikstelle der Stadt Wuppertal

Seit 1992 hat Wuppertal somit jedes Jahr durchschnittlich rund 2.500 Einwohnerinnen und Einwohner verloren. In den letzten Jahren hat sich der Bevölkerungsverlust bei ca. 2.000 Personen pro Jahr eingependelt.[5]

jährlicher Bevölkerungsrückgang: ~ 2.000 EW

Betrachtet man die Bevölkerungsveränderungen in der nachfolgenden Tabelle nach Deutschen und Ausländern getrennt, sind hier jeweils unterschiedliche Entwicklungen erkennbar. Vom Bevölkerungsrückgang ist die deutsche Bevölkerung dominant betroffen. Deutlichen Sterbe- und Wanderungsverlusten bei Deutschen (-54.000) stehen Geburtenüberschüsse und Wanderungsgewinne bei der ausländischen Bevölkerung (+13.000) gegenüber. Aufgrund von Einbürgerungen und Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht[6] verliert dieses Unterscheidungskriterium jedoch zunehmend an Aussagekraft. Die genannten Faktoren bewirken, dass auch die Zahl der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner statistisch rückläufig ist. Betracht man dagegen den Personenkreis der in Wuppertal lebenden Menschen mit Migrationshintergrund[7], so liegt deren Anteil im gesamtstädti-

steigende Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund

[4] Differenzen zum Bevölkerungsstand am 31.12. sind auf Fehler im Melderegister zurückzuführen.

[5] Bezüglich des hohen negativen Wanderungssaldos 2008 bitte Anmerkung Nr. 3 beachten.

[6] Mit dem am 01.01.2000 in Kraft getretenen Staatsangehörigkeitsgesetz erwerben Kinder von Ausländerinnen und Ausländern bei Geburt in Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen die deutsche Staatsangehörigkeit.

[7] Als Personen mit Migrationshintergrund definiert das Statistische Bundesamt „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland gebore-

schen Durchschnitt bereits bei 28,0 %.[8] Ohne Teilkompensation durch die Bevölkerung mit Migrationshintergrund wäre der Bevölkerungsrückgang in Wuppertal weit deutlicher ausgefallen.

Tab. 2: Bevölkerungsveränderungen Wuppertal 1992 – 2008 nach Nationalität

Jahr	Bevölkerung am 31.12.		Natürlicher Saldo		Wanderungssaldo		Bevölkerungsveränderung[9]	
	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer
1992	340.803	51.138						
1993	338.472	51.887	-1.556	771	-1.447	456	-3.003	1.227
1994	334.429	52.186	-1.720	755	-2.921	92	-4.641	847
1995	331.410	53.581	-1.776	758	-1.866	1.214	-3.642	1.972
1996	328.586	54.572	-1.970	708	-1.670	1.082	-3.640	1.790
1997	325.406	54.638	-1.706	751	-2.438	3	-4.144	754
1998	322.338	53.040	-1.635	696	-2.777	-1.093	-4.412	-397
1999	320.075	52.034	-1.732	630	-2.591	306	-4.323	936
2000	319.019	50.514	-1.031	282	-2.379	394	-3.410	676
2001	317.907	49.777	-1.116	263	-2.158	748	-3.274	1.011
2002	316.608	49.454	-1.311	191	-1.996	1.034	-3.307	1.225
2003	315.812	49.167	-1.499	174	-1.356	878	-2.855	1.052
2004	312.870	49.575	-1.159	100	-2.001	872	-3.160	972
2005	310.449	49.573	-1.033	57	-2.051	383	-3.084	440
2006	308.895	49.148	-948	57	-1.178	357	-2.126	414
2007	307.571	48.444	-1.161	29	-1.122	253	-2.283	282
2008	305.054	47.314	-1.269	41	-1.837	-338	-3.106	-297
2008 vs. 1992	**-35.749**	**-3.824**	**-22.622**	**6.263**	**-31.788**	**6.641**	**-54.410**	**12.904**

Quelle: Eigene Darstellung aus Basis von Daten der Statistikstelle der Stadt Wuppertal

2.2 Bevölkerungsprognose

Mit den regelmäßig erscheinenden Berichten zur Bevölkerungsprognose unternimmt die Stadt Wuppertal den Versuch, durch Aussagen über die zukünftig zu erwartenden demografischen Veränderungen in Zahl, Struktur und räumlicher Verteilung der Bevölkerung einen Orientierungsrahmen für politisches und planerisches Handeln zur Verfügung zu stellen.

Vorausberechnungen dieser Art erheben nicht den Anspruch einer gesicherten Vorhersage künftiger Entwicklungen. Vielmehr sind sie grundsätzlich als Wenn-dann-Aussagen zu verstehen: wenn die zugrunde gelegten Annahmen z.B. hinsichtlich Geburtenraten, Lebenserwartungen oder Wanderungsbewegungen eintreffen, dann ist mit der beschriebenen Entwicklung zu rechnen. Daher sind alle Angaben als ungefähre Größenordnung über die erwartete Bevölkerungsentwicklung zu verstehen. Mit zunehmender Entfernung vom Ausgangszeitpunkt werden die Aussagen zur Bevölkerungsentwicklung unsicherer.

nen Elternteil.“ Statistisches Bundesamt Deutschland, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, S. 6.

[8] Analyse der Statistikstelle der Stadt Wuppertal zum Stichtag 31.12.2008.

[9] Differenzen zum Bevölkerungsstand am 31.12. sind auf Fehler im Melderegister zurückzuführen.

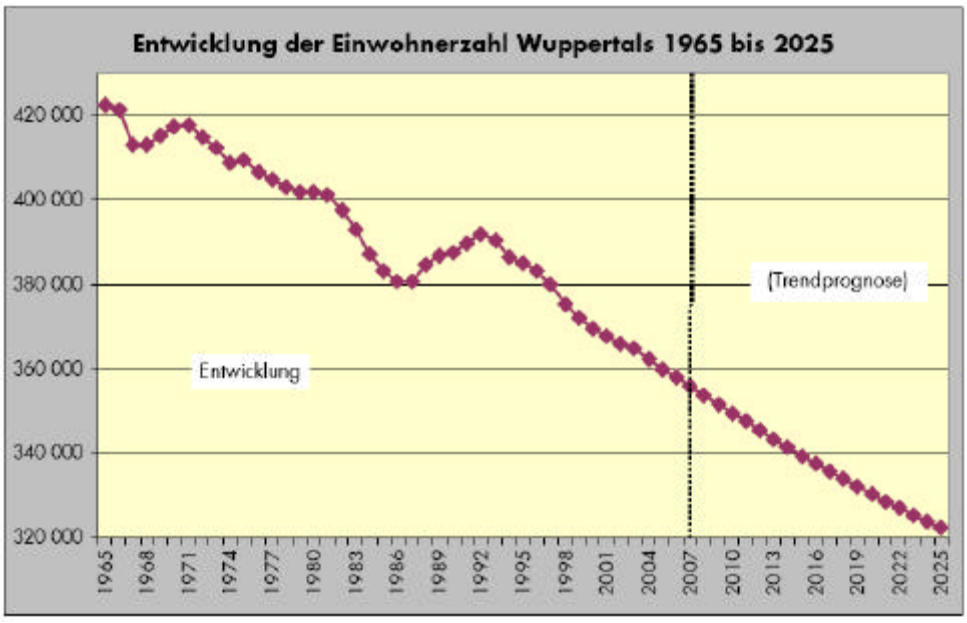
2025: 323.000 EW

Der aktuellen Bevölkerungsprognose[10] zufolge wird sich der Bevölkerungsrückgang weiter fortsetzen. Bis zum Jahr 2025 wird sich die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt voraussichtlich nochmals um rund 30.000 (-8,5 %) auf 322.500 reduzieren. Diese Prognose geht bereits von der Annahme aus, dass die Wanderungsverluste der Vergangenheit im Zeitablauf verringert werden können. Sollte dies nicht gelingen, wird der Bevölkerungsrückgang noch deutlicher ausfallen.

Abb. 6: Bevölkerungsprognose Wuppertal 2007 – 2025

Bevölkerungsrückgang setzt sich fort:

- 30 000 EW



Quelle: Bevölkerungsprognose der Stadt Wuppertal 2007 bis 2025, S. 9

2040: 293.000 EW

Auch in der Langfristberechnung für den Zeitraum bis 2040, die allerdings lediglich Orientierungscharakter[11] besitzt, setzt sich der Bevölkerungsrückgang weiter fort. Für das Jahr 2040 wird die Wuppertaler Bevölkerung auf rund 293.000 Einwohner vorausgeschätzt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass die Stadt jedoch nicht nur Einwohnerinnen und Einwohner in erheblichem Umfang verliert („weniger“), die Bevölkerung verändert sich auch in ihrer Struktur („älter“ und „bunter“).

[10] Bevölkerungsprognose der Stadt Wuppertal 2007 bis 2025.

[11] Mit erweitertem Prognosehorizont steigen auch die Unsicherheiten. Generelle Tendenzen sind zwar vorhersehbar, die Dimensionen der Entwicklung können allerdings noch erheblich variieren. Dies gilt insbesondere, weil die Langfristprognose nur Geburten und Sterbefälle, nicht jedoch Wanderungen und Staatsangehörigkeitsänderungen berücksichtigt.

Tab. 3: Bevölkerungsstrukturveränderungen Wuppertal 1992 – 2040[12]

	1992	2008	2025	2040	2040 vs. 1992	1992	2008	2025	2040
"weniger"	absolut				absolut	relativer Rückgang bezogen auf 1992 in %			
Einwohner am 31.12.	392.000	352.000	322.000	293.000	-99.000	-	-9	-18	-25
„älter“	absolut				absolut	relativ an der Gesamtbevölkerung in %			
0 bis unter 18 Jahre	67.000	59.000	52.000	46.000	-21.000	17	17	16	16
18 bis unter 25 Jahre	36.000	30.000	25.000	20.000	-16.000	9	9	8	7
25 bis unter 45 Jahre	122.000	94.000	84.000	69.000	-53.000	31	27	26	23
45 bis unter 65 Jahre	101.000	94.000	90.000	80.000	-21.000	26	26	28	27
65 bis unter 75 Jahre	36.000	43.000	36.000	38.000	+2.000	9	12	11	13
über 75 Jahre	30.000	32.000	35.000	40.000	+10.000	8	9	11	14
„bunter“	absolut				absolut	relativ an der Gesamtbevölkerung in %			
ausl. Einw. am 31.12.	51.000	47.000	48.000	49.000	-2.000	13	14	15	17
0 bis unter 18 Jahre	15.000	8.000	6.000	8.000	-7.000	22	14	12	16
18 bis unter 25 Jahre	8.000	5.000	4.000	2.000	-6.000	22	17	16	10
25 bis unter 45 Jahre	18.000	19.000	19.000	12.000	-6.000	15	20	23	17
45 bis unter 65 Jahre	9.000	11.000	13.000	17.000	+8.000	9	12	14	21
65 bis unter 75 Jahre	1.000	3.000	4.000	6.000	+5.000	3	7	7	16
über 75 Jahre	0	1.000	2.000	4.000	+4.000	0	3	6	10

Quelle: eigene Darstellung aus Basis von Daten der Statistikstelle der Stadt Wuppertal

Entwicklung bis 2025:

Dies wird besonders deutlich, wenn die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in den jeweiligen Altersgruppen und nach Deutschen und Ausländern getrennt betrachtet wird.

unter 18 Jährige:
- 7.000 EW

Die Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahre geht bis zum Jahr 2025 sowohl relativ als auch absolut (-7.000) zurück. Im Jahr 2040 wird ihr Anteil dann bei rund 16 % liegen. Waren die Altersgruppen der unter 18jährigen und der über 65jährigen im Jahr 1992 noch annähernd gleich groß, verschiebt sich dieses Verhältnis bis 2040 auf mehr als 2:1 zugunsten der älteren Menschen.

25-45 Jährige:
- 10.000 EW

Dramatisch zurückgehen wird die Zahl der jüngeren Erwerbspersonen in der Altersgruppe zwischen 25 bis unter 45 Jahren. Sie nimmt bis zum Jahr 2025 um rund 10.000 Personen ab. Bis zum Jahr 2040 wird sich die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in dieser Altersgruppe gegenüber 2008 um 25.000 Personen verringern.

über 75 Jährige:
+ 3.000 EW

Während die absolute Zahl älterer Menschen über 65 Jahre bis zum Jahr 2025 abnimmt, steigt ihr Anteil aufgrund der noch stärker sinkenden Gesamtbevölkerung stetig an. Bis zum Jahr 2040 gewinnt diese Altergruppe auch absolut an Einwohnerinnen und Einwohnern und ihr Bevölkerungsanteil wird von 21 % auf rund 27 % steigen. Besonders deutlich wird der Alterungsprozess, wenn man nur die Menschen ab 75 Jahren betrachtet. Ihre Zahl steigt in Wellenbewegungen bis 2040 von 32.000 auf über 40.000 Einwohnerinnen und Einwohner um fast 25 %, ihr Anteil an der Bevölkerung verdoppelt sich fast.

Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund steigt weiter an

Der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer bleibt statistisch gesehen relativ stabil, lediglich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung steigt bis 2040 stetig auf etwa 17 % an. Betracht man den Personenkreis der in Wuppertal lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, so wird deren Zahl weiter ansteigen. Insbesondere der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird überproportional ansteigen. Bereits heute liegt der

[12] Alle Daten wurden gerundet.

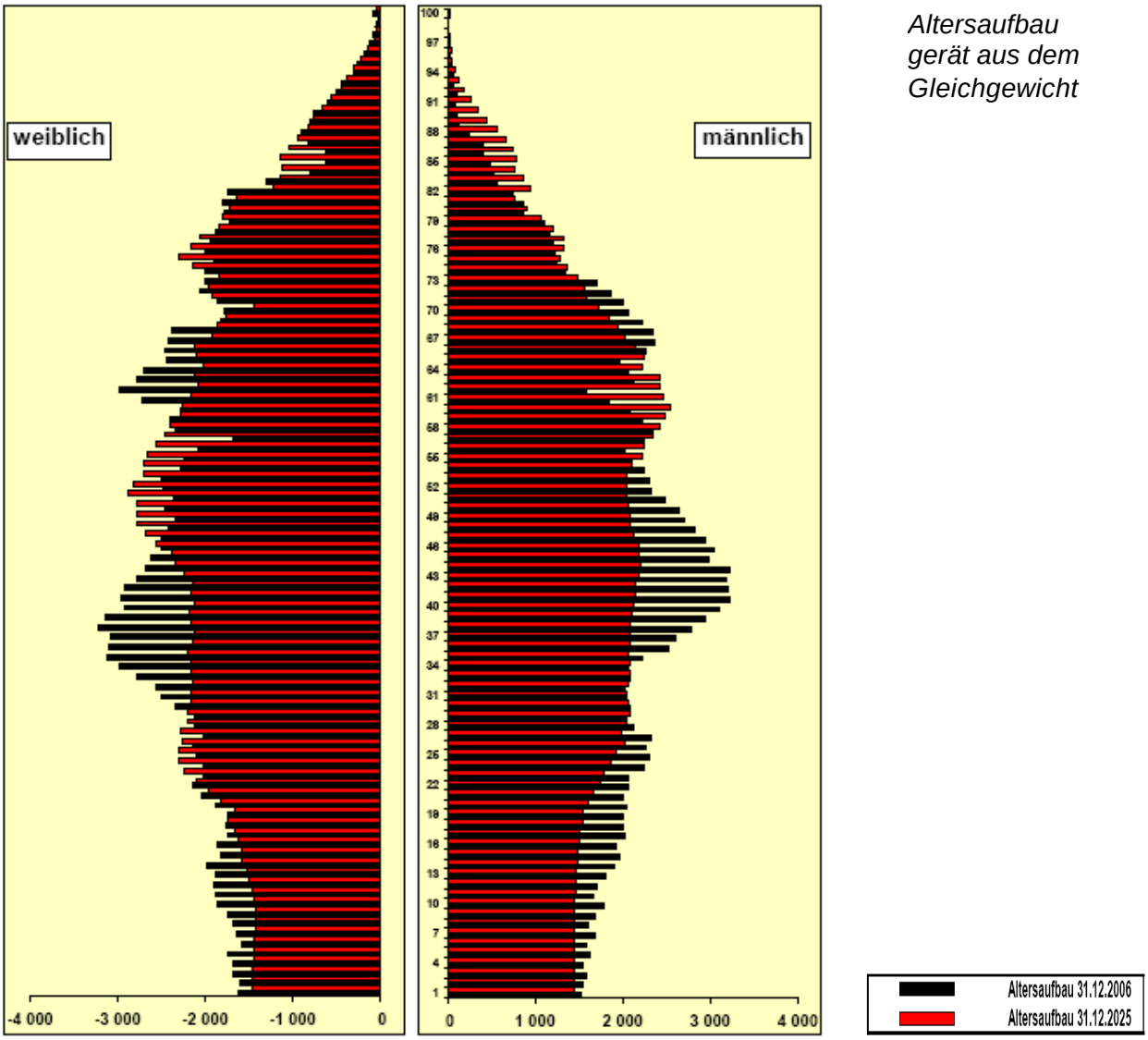
Anteil der unter 3jährigen mit Migrationshintergrund bei knapp 55%. Leider liegen (noch) keine ausreichenden Daten vor, um eine statistisch berechenbare Prognose zur Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund abzuleiten.

Alterungs- und Schrumpfungsprozess unausweichlich

Ein Blick auf die Entwicklung des Altersaufbaus der Stadt Wuppertal zeigt, dass der fortschreitende Alterungs- und Schrumpfungsprozess unausweichlich und auf lange Sicht nicht korrigierbar sein wird. Zukünftige Elterngenerationen werden zunehmend aus geburtenschwachen Jahrgängen gebildet und demzufolge wird die Zahl der Kinder – selbst bei steigenden Geburtenraten – kontinuierlich absinken bzw. bestenfalls stagnieren.

Abb. 7:: Altersaufbau der Stadt Wuppertal 2006 u. 2025 im Vergleich (Trendprognose)

Altersaufbau gerät aus dem Gleichgewicht



Quelle: Bevölkerungsprognose der Stadt Wuppertal 2007 bis 2025, S. 16

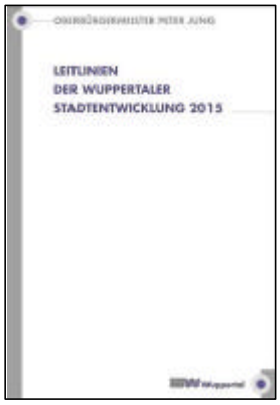
Geburtenentwicklung in Abwärtsspirale

Bei anhaltend niedriger Geburtenrate wird die Kindergeneration dieser Eltern noch einmal schwächer besetzt sein. Die Geburtenentwicklung gerät so in eine Abwärtsspirale, die selbst bei einer drastischen Erhöhung der Geburtenrate nur über einen längeren Zeitraum wieder zu einem Anstieg der Bevölkerungszahl führen würde.

3. Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf wichtige kommunale Handlungsfelder

In dem nun folgenden Kapitel wird der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen die beschriebenen demografischen Entwicklungstendenzen auf wichtige kommunale Handlungsfelder haben. Die Auswahl der Handlungsfelder orientiert sich dabei an den Leitlinien der Wuppertaler Stadtentwicklung, die vom Oberbürgermeister im September 2008 präsentiert wurden und der Verwaltung seitdem als Richtschnur dienen. Im einzelnen werden die Auswirkungen der demografischen Entwicklung für folgende Handlungsfelder beschrieben:

3.1 Wirtschaft/Arbeitsmarkt
3.2 Einzelhandel
3.3 Verkehr
3.4 Umwelt und Grünflächen
3.5 Bildung und Betreuung
3.6 Soziales
3.7 Wohnen/Stadtbild/Bauen
3.8 Kultur
3.9 Sport



Einleitend werden die wichtigsten Auswirkungen für die jeweiligen Handlungsfelder stichwortartig beschrieben:

Wirtschaft/Arbeitsmarkt

- Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials
- drohender Fachkräftemangel
- aber auch: Chance zum Abbau von Arbeitslosigkeit durch Rückgang des Arbeitskräfteangebotes
- Potenziale der Migrationsbevölkerung bieten Chance, dem Fachkräftemangel zu begegnen
- steigende Nachfrage nach personenbezogenen Dienstleistungen

Einzelhandel

- geringeres Umsatzvolumen aufgrund sinkender Kaufkraft
- verschärfter Verdrängungswettbewerb
- Entstehung von Handelsbrachen
- Gefährdung der wohnortnahen Versorgung
- Marktchancen für Angebote, die Sicherheit und Komfort bieten oder sich an bestimmte Zielgruppen richten (z.B. Migrationsbevölkerung)

Verkehr

- relativ konstante Verkehrsmengenentwicklung
- Anpassungserfordernisse im ÖPNV aufgrund veränderter Siedlungsstrukturen
- Nachfragerückgang im Schülerinnen und Schülerverkehr
- steigende Anforderungen an Barrierefreiheit und Sicherheit im ÖPNV und im öffentlichen Straßenraum

Umwelt und Grünflächen

- sinkende Flächennachfrage
- Rückgang der Emissionen in innerstädtischen Kernbereichen
- veränderte Anforderungen an öffentliche Grün- und Freiflächen
- Nachfrageverschiebungen vom klassischen Kleingarten zu alternativen Gartenformen
- Nachfrage nach neuen Bestattungsformen

Bildung und Betreuung

- verstärkte Nachfrage nach Betreuungsangeboten für unter 3-Jährige
- Nachfragerückgang bei Betreuungsangeboten für 3 bis 6-Jährige
- Bedarfsrückgang im Primar- und Sekundarbereich
- Auflösung von Schulstandorten
- veränderte Anforderungen an das Bildungssystem angesichts steigender Anteile von bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen
- Bedeutungszuwachs für die Vermittlung interkultureller Kompetenzen

Soziales

- stärkere Ausdifferenzierung der Gesellschaft hinsichtlich regionaler und ethnischer Herkunft
- wachsender Integrationsbedarf von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen
- Bedeutungsverlust traditioneller Unterstützungssysteme und damit Notwendigkeit zur Neuausrichtung sozialer Hilfeleistungen
- steigender Bedarf an professioneller Hilfe und Pflege
- veränderte Ansprüche älterer Menschen an eine selbstständige Lebensführung und Selbstentfaltung

Wohnen/Stadtbild/Bauen

- Rückgang der Privathaushalte trotz Haushaltsverkleinerungen
- zunehmende Leerstandproblematik und sinkende Immobilienpreise
- Pluralisierung der Wohnungsnachfrage
- steigender Bedarf an altengerechtem Wohnraum
- Gefahr der wachsenden sozialräumlichen Segregation durch selektive Wanderungsprozesse
- drohende Verfallserscheinungen im Stadtbild in bestimmten Quartieren

Kultur

- Rückgang der potenziellen Nutzer von kulturellen Einrichtungen
- Wandel der Besucherstrukturen

Sport

- Rückgang der potenziellen Nutzer der Sportinfrastruktur
- Wandel der Sportnachfrage durch veränderte Bevölkerungsstrukturen
- Bedeutungsgewinn für gesundheitsorientierte Sportausübung
- Veränderung der Sportstättennachfrage

3.1 Wirtschaft/Arbeitsmarkt

Arbeitskräfteangebot

Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials um 10 %

Zweifellos hat der demografische Wandel eine deutliche Wirkung auf den Arbeitsmarkt und das Erwerbspersonenpotenzial der Zukunft. Bis etwa 2025 ist in Wuppertal mit einer Abnahme von mehr als 10 % des Erwerbspersonenpotenzials zu rechnen. Demografisch bedingt nimmt es so stark ab, dass selbst hohe jährliche Zuwanderungen und eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen den demografischen Effekt nicht vollständig kompensieren können.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Altersklassen in den Jahren 2007, 2015 und 2025 der Wuppertaler im erwerbsfähigen Alter.

Tab. 4: Einwohner im erwerbsfähigen Alter

Einwohner	2007	2015	2025	Veränderung 2007 - 2025	Veränderung 2007 - 2025
am 31.12.	absolut	absolut	absolut	absolut	in %
15 bis unter 30	62.990	59.376	54.966	- 8.024	- 12,7
30 bis unter 45	76.127	62.936	62.887	- 13.240	- 17,4
45 bis unter 60	74.192	79.438	65.588	- 8.604	- 11,6
60 bis unter 67	28.139	28.053	32.885	+ 4.746	+ 16,9
Summen	**241.448**	**229.803**	**216.326**	**- 25.122**	**- 10,4**

Quelle: Stadt Wuppertal: Infrastruktur, Statistik und Wahlen, August 2008

Folgende Trends sind aus der Tabelle ablesbar:

- Die Zahl der Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger und der Nachwuchskräfte wird im erheblichen Umfang (12,7 %) sinken.
- In den sog. „agilen Jahrgängen“ von 30 bis unter 45 Jahren ist ein demografischer Verlust von 13.240 Personen zu erwarten. Der Anteil, den diese Altersklasse an der Gesamtbevölkerung hält, sinkt von derzeit 21,4 % auf 19,5 %.
- Die Zahl der älteren Erwerbspersonen wird in den kommenden Jahren sinken, so dass kompensierende Effekte zwischen den Altersgruppen kaum möglich sind.
- Steigen wird lediglich die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in den rentennahen Jahrgängen und zwar um annähernd 16,9 %. Ihr Anteil an den Personen im erwerbsfähigen Alter steigt von 11,6 % auf 15,2 % im Jahr 2025.

Da unsere Gesellschaft „bunter“ wird, d.h. der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund steigt, ist es sinnvoll, diesen Personenkreis hinsichtlich seiner Erwerbsfähigkeit nochmals näher zu betrachten. Allerdings kann die Entwicklung in der nachfolgenden Tabelle nur im Hinblick auf die ausländischen Staatsangehörigen abgebildet werden.

Tab. 5: Ausländische Einwohner im erwerbsfähigen Alter

ausl. Einwohner	2007	2015	2025	Veränderung 2007 - 2025	Veränderung 2007 - 2025
am 31.12.	absolut	absolut	absolut	absolut	in %
15 bis unter 30	12.059	11.509	10.321	- 1.738	- 14,4
30 bis unter 45	14.515	14.566	14.219	- 296	- 2,0
45 bis unter 60	8.877	9.659	10.454	+ 1.577	+ 17,8
60 bis unter 67	3.412	3.314	3.435	+ 23	+ 0,6
Summen	**38.863**	**39.048**	**38.429**	**- 434**	**- 1,1**

Quelle: Stadt Wuppertal: Infrastruktur, Statistik und Wahlen, August 2008

- Die Zahl der erwerbsfähigen Personen mit einem ausländischen Pass bleibt im Gegensatz zu deutschen Erwerbsfähigen nahezu konstant.
- Bei der ausländischen Bevölkerung ist die Abnahme der Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger deutlich spürbar (- 14,4 %). Die prozentuale Abnahme liegt damit sogar höher als im gesamtstädtischen Durchschnitt.
- Die Zahl der Personen in den agilen Jahrgängen geht vergleichsweise leicht zurück (- 2,0 %).
- Ein kräftiges Wachstum ist allerdings in der Altersklasse der 45 bis unter 60-jährigen Personen zu verzeichnen. Im Gegensatz zu der gleichaltrigen deutschen Bevölkerungsgruppe sind hier keine Auswirkungen eines „Pillenknicks“ zu spüren.

Anstieg der Frauenerwerbsquote erwartet

Die Erwerbsquoten in Wuppertal liegen zwei bis drei Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Gemäß den Angaben des Statistischen Bundesamtes[13] wurde für Wuppertal eine Erwerbsquote von 71,6 % ermittelt. Unter Berücksichtigung des Geschlechts sind es 78,6 % der Männer, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen bzw. erwerbslos sind. Bei Frauen ist die Erwerbsquote traditionell niedriger: sie liegt bei ca. 64,7 %. Aufgrund eines nachhaltigen Wandels von Einstellungen und Rollenverhalten ist jedoch ein weiterer Anstieg der Erwerbsquoten der Frauen im mittleren Lebensalter zu erwarten.

Dafür spricht die anhaltende Tendenz zur schnelleren Rückkehr zeitweilig nicht berufstätiger Frauen nach einer Babypause in das Berufsleben. Die Erwerbsquote wird, so wird bundesweit prognostiziert, in der Altersgruppe 20-54 Jahre von 78,8 % im Jahr 2005 auf ca. 82,4% im Jahr 2020 steigen. Noch höher wird der Zuwachs in der Altergruppe 55-64 Jahre ausfallen. Hier wird ein Anstieg von 41,7 % im Jahr 2005 auf 50,2 % prognostiziert[14]. Die Wirtschaft wird zukünftig stärker als bisher darauf angewiesen sein, Frauen als qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen. Darüber hinaus nehmen Männer immer häufiger die Möglichkeit der Elternzeit in Anspruch. Dies bedeutet, den Interessen der weiblichen und männlichen Beschäftigten nach einer Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie (Kindererziehung und Pflege) entgegenzukommen. Aber auch die alte Forderung, Männer verstärkt zur Übernahme familialer Aufgaben zu verpflichten, hat weiterhin Bestand.

Zur Zeit ist die Erwerbsneigung hier lebender ausländischer Frauen vergleichsweise gering. Da für Wuppertal keine genauen Angaben vorliegen, sei hier hilfsweise auf die Bundeszahlen verwiesen. Danach zählten 2004

[13] vgl. Mikrozensus 2006.
[14] vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 14/8800, S. 71.

nur 53,0 % der ausländischen Frauen zu den Erwerbspersonen. Im Gegensatz dazu lag die Quote der deutschen Frauen bei 67,6 %[15]. Dagegen ist das Erwerbsverhalten von deutschen und ausländischen Männern nahezu identisch.

Bildung und Qualifizierung gewinnen an Bedeutung

Die skizzierten Veränderungen bringen neue Herausforderungen an die Bildungs- und Qualifizierungspolitik mit sich. Die Alterung könnte sich negativ auf den technischen Fortschritt, die Innovationsfähigkeit und die wirtschaftlichen Wachstumspotenziale auswirken, wenn es nicht gelingt, Konzepte zum lebenslangen Lernen und für altersgemischte Teams in die Arbeitswelt zu integrieren. Besondere Aufmerksamkeit verdient eine Weiterqualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im mittleren Alter, die es diesen ermöglicht, längerfristig mit der technologischen Entwicklung Schritt zu halten.

Grundsätzlich muss man jedoch festhalten, dass ältere Erwerbstätige nicht die schlechteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, sondern andere Kompetenzen mitbringen. So kann aktuelles, durch Schule und Ausbildung erworbenes Wissen häufig durch Erfahrung (Fachkompetenz) und Flexibilität bzw. Anpassungsfähigkeit durch kommunikative Kompetenzen, Verantwortungsbewusstsein und Zuverlässigkeit (Sozialkompetenz) kompensiert werden. Auch bei den kognitiven Fähigkeiten gibt es durchaus Pluspunkte bei älteren Erwerbstätigen. Wenn auch die Fähigkeit zum Lernen komplexer Sachverhalte, das Kurzzeitgedächtnis und die Wahrnehmungsgeschwindigkeit sinkt, so wächst mit den Jahren die Urteils- und die Problemlösefähigkeit. In altersgemischten Teams ergänzen sich die Stärken der verschiedenen Altersgruppen und gleichen Schwächen aus.

Ein Augenmerk muss auch auf die Qualifizierung von Menschen mit Migrationshintergrund gelegt werden. Denn Bildung und Ausbildung der Zuwanderinnen und Zuwanderer haben weit reichende Folgen für Arbeitsmarkt und Sozialstaat. So sinken Arbeitslosigkeitsrisiken von Migrantinnen und Migranten und der Bezug von sozialen Transferleistungen in Migrationshaushalten mit steigender Qualifikation der zugewanderten Menschen[16]. Ferner hat die Struktur der Zuwanderung einen nachhaltigen Einfluss auf das Qualifikationsniveau der nachfolgenden Generationen. So zeigt sich noch heute in der Qualität der Schulabschlüsse und in den Arbeitsmarktchancen jugendlicher Migrantinnen und Migranten, dass bei der Anwerbung von Gastarbeitern in den 1960er und 1970er Jahre gezielt Arbeitskräfte mit geringer Qualifikation rekrutiert worden sind[17]. Zwar hängt die Qualifikation von Migrantinnen und Migranten der zweiten und dritten Generation auch vom Bildungs- und Ausbildungssystem ab. Gerade in Deutschland werden die Bildungschancen jedoch (noch) maßgeblich vom Bildungshintergrund der Eltern bestimmt. Hier ist aktuell und künftig dringender Handlungsbedarf gegeben. Insbesondere die unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten von männlichen und weiblichen Migranten zum Arbeitsmarkt sind zu berücksichtigen.

[15] vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Gender-Datenreport, 2005, S. 111.
[16] vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB-Kurzbericht 1/2008.
[17] vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB-Kurzbericht 1/2008.

Arbeitskräftenachfrage

Die künftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird deutlicher durch äußere Faktoren, als durch den demografischen Wandel bestimmt werden. Die fortschreitende Globalisierung, die Entwicklung der Exporte, die Energiekosten sowie Dollar- und Eurokursentwicklungen, die Weltkonjunktur und Finanzmarktrisiken sind stärker zu gewichten. Aber auch innenpolitische Rahmenbedingungen, die Aktivitäten der Politik und der Tarifparteien, sowie die noch nicht bewältigten Folgen der deutschen Wiedervereinigung bergen erhebliche Unwägbarkeiten, die eine Einschätzung des künftigen Arbeitskräftebedarfs erschweren.

Grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass die internationale Arbeitsteilung weiter voranschreitet, die Fortschritte im Bereich der Informationstechnologie zu einer weiteren Verschärfung des internationalen Wettbewerbs führen und zu höheren Innovationsanstrengungen und noch kürzeren Produktzyklen zwingen, der Arbeitsplatzabbau im primären und sekundären Sektor sich fortsetzt. Höhere Beschäftigungsanteile gewinnt der Dienstleistungssektor. Vor allem die unternehmensbezogenen Dienstleistungen werden voraussichtlich Beschäftigungsgewinne verzeichnen.

Sektorale Veränderungen

Das IAB hat die sektorale Veränderung bis zum Jahr 2025 prognostiziert. Die Ausgangssituation der Stadt Wuppertal wurde in der nachfolgenden Tabelle zum Vergleich ergänzt.

Tab. 6: Anteile der Erwerbstätigen in den Sektoren 2005 und 2025

Wirtschaftsabteilung - Wirtschaftsgruppe	Wuppertal 2005	Bund 2005	Bund 2025
	in %	in %	in %
Land-, Fortwirtschaft, Fischerei	0,5	2,3	1,3
Produzierendes Gewerbe	35,9	26,2	21,7
davon			
- Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden Energie und Wasserversorgung	2,4	1,0	0,6
- Verarbeitendes Gewerbe	29,9	19,6	15,5
- Baugewerbe	3,6	5,6	5,6
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	21,3	25,5	25,5
davon			
- Handel	14,6	15,3	14,1
- Gastgewerbe	1,7	4,6	5,7
- Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4,9	5,6	5,7
Sonstige Dienstleistungen	42,3	46,1	51,3
davon			
- Kredit- und Versicherungsgewerbe	4,7	3,1	2,4
- unternehmensbezogene Dienstleistungen	11,2	13,0	19,2
- Öffentl. Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	7,5	12,7	9,1
- Erziehung und Unterricht	3,2	5,9	5,1
- Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	11,9	10,3	12,3
- sonstige öffentliche Dienstleistungen	3,6	5,3	6,5
- häusliche Dienste	0,1	1,7	1,8

Quelle: Stadt Wuppertal, Statistikstelle und IAB

In der vorstehenden Übersicht ist deutlich Wuppertals Kernkompetenz im verarbeitenden Gewerbe ablesbar. Der Anteil der Erwerbstätigen im sekundären Sektor liegt fast 10 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Überproportional viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind dabei in den Bereichen Automotive (z.B. Herstellung von Metallerzeugnissen, Ma-

schinenbau) als auch in der chemischen Industrie beschäftigt. Aber auch im Kredit- und Versicherungsgewerbe verfügt Wuppertal über eine starke Stellung. Gleichwohl sind in den meisten der angesprochenen Bereiche in den letzten Jahren hohe Beschäftigungsverluste zu beklagen.

Produzierendes Gewerbe

Im Verarbeitenden Gewerbe bewirken hohe Produktivitätsfortschritte trotz zunehmender Wertschöpfung einen Beschäftigungsabbau (auf Bundesebene ca. 1,5 Mio. Personen). Die überwiegende Zahl der Wirtschaftszweige ist davon mehr oder weniger stark betroffen, so das IAB. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch die Prognos-Studie 2030. Auch Prognos geht trotz einer steigenden Bruttowertschöpfung von einer sinkenden Beschäftigtenzahl in den Branchen Maschinen- und Fahrzeugbau sowie in der Chemischen Industrie aus. Diese Entwicklung wird demnach auch Wuppertal treffen. Die Vermutung liegt nahe, dass sie Wuppertal stärker treffen wird, da der derzeitige Beschäftigungsanteil vergleichsweise viel höher liegt.

Auch wenn man insgesamt von weiteren Beschäftigungsverlusten im sekundären Sektor ausgehen muss, droht keine De-Industrialisierung. Das IAB geht eher vom Gegenteil aus. Die Rationalisierungsmöglichkeiten der Industrie bewirken auch in Zukunft überdurchschnittliche Produktivitätssteigerungen, die den Beschäftigungsabbau erklären. Darüber hinaus führen weitere Outsourcing-Aktivitäten von Industrieunternehmen zu einer sektoralen Verschiebung der Beschäftigten. Das künftige Verhältnis von Industrie und Dienstleistungen liegt in der Ergänzung und nicht im Ersatz. Vor allem die intelligente Verknüpfung von Industrieproduktion und ergänzenden Dienstleistungen könnte in Zukunft der Schlüssel zum Erfolg sein.

Dienstleistungen

Besonders stark werden wegen des anhaltenden Prozesses der Ausgliederung von Unternehmensteilen und Betriebsfunktionen („Outsourcing“) die Beschäftigungsgewinne in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen sein. Hierzu zählen: Softwarehäuser, Hardwareberatung, Datenverarbeitungsdienste, Beratungsdienste, Ingenieurbüros, aber auch die gewerbsmäßige Überlassung von Arbeitskräften, so das IAB. Letztere Branche hat bereits in den vergangenen Jahren kräftige Beschäftigungsgewinne erzielt. Häufig handelt es sich um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aufgrund ihrer Tätigkeit dem verarbeitenden Gewerbe zuzuordnen wären. Grundsätzlich sind Wachstumsbranchen in Wuppertal eher unterrepräsentiert.

Sehr gute Beschäftigungsperspektiven zeichnen sich im Gesundheits- und Sozialwesen ab. Hauptgrund hierfür ist die Alterung der Gesellschaft, durch die sowohl die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen massiv steigt, als auch die Beschäftigung in Seniorinnen- und Senioreneinrichtungen und ambulanten Pflegediensten, so das IAB.

Das IAB geht im Bereich Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung aufgrund des Rückgangs des Staatsverbrauchs von einem Beschäftigungsabbau aus. Im Vergleich zum Bund ist der Bereich in Wuppertal unterrepräsentiert. Zugleich hat es in den zurückliegenden Jahren bereits einen hohen Beschäftigungsabbau gegeben. Insofern ist fraglich, ob mit weiteren Beschäftigungsverlusten zu rechnen ist. Mit Anteilsverlusten ist auch in den Branchen des Dienstleistungsgewerbes zu rechnen, die produktivitätsstark sind. Dazu gehört beispielsweise das Kredit- und Versicherungsgewerbe, so das IAB. Prognos hingegen geht von einer stabilen Beschäftigtenzahl aus.

weitere Trends

Unabhängig von den zuvor genannten Effekten ergeben sich aufgrund des demografischen Wandels u.a. folgende direkte wirtschaftliche Effekte:

- Die Zahl potenzieller Existenzgründerinnen und Existenzgründer sinkt mit dem Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter.
- Der Generationenwechsel bei Selbständigen ist bereits heute vielfach nicht gesichert. Das Problem wird sich verschärfen.
- Die Nachfrage nach Erholungs-, Freizeit- und Tourismusangeboten im Nahbereich wird sich durch den wachsenden Anteil älterer Menschen verändern. Wuppertal dürfte aufgrund des hohen Freizeitwertes vor allem im vorhandenen Naturraum eine gute Ausgangsbasis besitzen.

Arbeitsmarktbilanz

Die demografische Entwicklung kann sowohl positive als auch negative Konsequenzen haben. Optimistisch könnte man davon ausgehen, dass das Arbeitsangebot und die Nachfrage nach Arbeit zukünftig näher zusammenliegen werden. Durch den Rückgang des Arbeitskräftepotenzials könnte der Druck am Arbeitsmarkt gemildert werden.

Pessimistisch kann man allerdings auf steigende strukturelle Ungleichgewichte verweisen, weil auch die absolute Anzahl qualifizierter Arbeitskräfte sinkt. Das könnte zu erheblichen entwicklungshemmenden Problemen führen, denn die Wuppertaler bzw. bergischen Kompetenzfelder umfassen Branchen, die in besonderer Weise einem Wettbewerbs- und damit Innovationsdruck ausgesetzt sind. Hier spielt Forschung und Entwicklung als Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit die zentrale Rolle.

Auf der Basis verschiedener Annahmen hat das Institut für Arbeitsmarktforschung[18] die folgende Arbeitsmarktbilanz 1991 bis 2025 erstellt.

Abb. 8: Arbeitsmarktbilanz in Deutschland

Quelle: IAB-Kurzbericht, 26/2007

[18] vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB-Kurzbericht, 26/2007.

Danach wird die Lücke zwischen dem Erwerbspersonenpotenzial und dem Arbeitskräftebedarf immer kleiner, die Unterbeschäftigung[19] geht zurück. Das IAB schätzt, dass sie sich bis zum Jahr 2025 auf Bundesebene (rein rechnerisch) halbieren wird. Werden 2010 noch rund 5 Mio. Personen (Unterbeschäftigungsquote 11,4 %) keinen Arbeitsplatz haben, so sind es 2025 nurmehr ca. 2,3 Mio. Personen (Unterbeschäftigungsquote 5,5 %).

Durch den Rückgang der agilen Jahrgänge wird ein Verlust von Wachstumsdynamik aufgrund sinkender Risikobereitschaft und verzögertem Wissenstransfer vermutet. Es fehlen Konzepte, die Potenziale der Migrantinnen und Migranten in den agilen Jahrgängen gerade im Hinblick auf ihre erhöhte Risikobereitschaft, ihrem Ehrgeiz und Streben nach gesellschaftlichem Aufstieg angemessen aufzugreifen. Ferner werden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die das Schwergewicht in der Bergischen Region bilden, Probleme haben, adäquat qualifizierte Arbeitskräfte zu rekrutieren, denn größere Unternehmen werden mit professionellen Personalgewinnungsmaßnahmen gute Nachwuchskräfte bereits an sich gebunden haben.

drohender Fachkräftemangel

Die Projektion des IAB zeigt aber ein entscheidendes Problem, das sich bereits heute abzeichnet und in der nahen Zukunft verschärfen wird. Der Arbeitskräftebedarf wird bis zum Jahr 2020 steigen, Wuppertal hingegen wird bereits bis zum Jahr 2015 rund 11.600 Personen im erwerbsfähigen Alter verlieren. Damit wird der Fachkräftemangel ein entscheidender Faktor für die weitere wirtschaftliche Entwicklung werden. Die Qualifizierung aller Erwerbspersonen und lebenslanges Lernen werden vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zu Schlüsselgrößen für die zukünftige Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung. Wenn es gelingt, die geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation zu verändern und die vorhandenen wie zu entwickelnden Potenziale der Migrationsbevölkerung wahrzunehmen und zu nutzen, können weitere Arbeitsmarktpotenziale angesprochen werden.

[19] Die Unterbeschäftigung umfasst sowohl die arbeitslos gemeldeten Personen als auch die sogenannte Stille Reserve. Zur Stillen Reserve gehören u.a. durch den Verlust ihres Arbeitsplatzes entmutigte Arbeitskräfte, Rentnerinnen und Rentner, die aus Arbeitsmarktgründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, aber auch Schülerinnen, Schüler, Studentinnen und Studenten, die aufgrund schlechter Arbeitsmarktbedingungen ihren Abschluss hinauszögern. Zur Stillen Reserve zählen weiter die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an bestimmten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (vgl. IAB-Kurzberichte Nr. 21/2005).

3.2 Einzelhandel

Ende 2006 wurde von den Räten der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal das vom Regionalbüro Bergisches Städtedreieck in Auftrag gegebene und von einer regionalen Arbeitsgruppe begleitend erarbeitete „Regionale Einzelhandelskonzept für das Bergische Städtedreieck“[20] beschlossen. Vor dem Hintergrund des strukturellen Wandels im Einzelhandel ist wichtigstes Ziel des Konzeptes die Stärkung und Sicherung der festgelegten Versorgungsbereiche (Haupt- und Nebenzentren, Einzelhandelsschwerpunkte, Sonderflächen). Durch die regionale Abstimmung von größeren Einzelhandelsvorhaben und mit der Erteilung eines regionalen Konsenses sollen Vorhaben im Sinne des Konzeptes gesteuert werden. Zudem dient die regionale Diskussion um Einzelhandelsansiedlungen der Versachlichung und Transparenz.

Veränderung des Nachfragepotenzials

Die Frage, inwieweit der demografische Wandel die Entwicklung des Einzelhandels beeinflusst, kann nur tendenziell beantwortet werden. Einer der wichtigsten Parameter für die Entwicklung ist die Nachfragesituation.

Grundsätzlich sind für die Konsumgüternachfrage sowohl die Bevölkerungsgröße als auch die Bevölkerungsstruktur wichtig. Die Abnahme der absoluten Bevölkerungszahl führt nicht in gleicher Weise zu einer Abnahme der Konsumgüterausgaben. Zwar wird die Anzahl der Haushalte in Wuppertal zurückgehen, doch nicht im gleichem Maße wie die Bevölkerungsanzahl, da mit einem zunehmenden Anteil von Single-Haushalten zu rechnen ist.

Ferner wird die zukünftige Einkommenslage entscheidend sein. Sie wird von Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, Beschäftigungsmöglichkeiten und der Entlohnung, aber auch durch Abgaben und Transferzahlungen maßgeblich bestimmt. Dies berührt sowohl die Bevölkerung in der Erwerbsphase als auch in der Phase des Ruhestandes.

sinkendes Kaufkraftpotential

Das Regionale Einzelhandelskonzept kommt zu dem Ergebnis, dass sich in Wuppertal die Kaufkraftvolumina in den nächsten Jahren wahrscheinlich spürbar verringern werden.

Tab. 7: Kaufkraftpotenzial im Bergischen Land

Kaufkraftpotenzial	Wuppertal	Remscheid	Solingen	Summe
	in Mio. Euro			
2004	**1.996**	671	886	3.553
2010 (Prognose)	**1.952**	669	899	3.520
2015 (Prognose)	**1.952**	669	910	3.531
Index 2015 (2004 = 100)	**97,8**	99,7	102,7	99,4

Quelle: REHK für das Bergische Städtedreieck, 08/2006, S. 69

[20] vgl. BBE Unternehmensberatung GmbH: Regionales Einzelhandelskonzept für das Bergische Städtedreieck (Endbericht), Köln 2006.

Die Reduzierung des Kaufkraftpotenzials wird Auswirkungen auf den ohnehin stark umkämpften Markt des Einzelhandels haben und möglicherweise zur Schließung weiterer Standorte führen, die derzeit im Grenzbereich arbeiten.

Veränderung der Angebotsstrukturen

großflächiger Einzelhandel

Verstärkt wird die beschriebene Entwicklung durch den nach wie vor starken Expansionsdruck vor allem großflächiger und diskontierender Betriebsformen (Discountmärkte) des Lebensmittel-Einzelhandels, was in der Folge mit einer Verdrängung leistungsschwächerer Anbieterinnen und Anbieter einhergeht. Darüber hinaus macht das REHK für das Bergische Städtedreieck deutlich, dass sich der Ansiedlungsdruck auf Standorte konzentriert, die deshalb verfügbar sind, weil auf den Flächen ein Verwertungsdruck lastet. Dabei handelt es sich in den wenigsten Fällen um Haupt- und Nebenzentren bzw. um Standorte, an denen die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfes sicherzustellen ist. Diese sich noch verschärfende Entwicklung stellt insbesondere die steigende Anzahl höher Betagter vor ein Versorgungsproblem[21].

Rückzug aus der Fläche

In die gleiche Richtung wirkt der Trend zur fortschreitenden Konzentration des Einzelhandels. Durch Übernahmen, Fusionen und Insolvenzen wird es zu einer weiteren Abnahme der Unternehmenszahl kommen. Auch ungelöste Nachfolgeprobleme bei inhabergeführten Geschäften bedrohen den Unternehmensbesatz. Kleinere, wohnortnahe Versorgungszentren aber auch Nebenzentren sind damit in ihrer Substanz besonders gefährdet. In manchen Quartieren wird die Nahversorgung nur noch durch familiengeführte Lebensmittelläden und Kioske aufrecht erhalten, die Migrantinnen und Migranten betreiben. Hingegen werden in der Literatur auch Tendenzen beschrieben, die zu einer Stärkung der Hauptzentren führen könnten.

"Zukunftsmodell" Shopping Center mit integrierten Angeboten

Mit Zunahme altersbedingt weniger mobiler Kundengruppen und einer Bedeutungssteigerung der Qualitäten Erreichbarkeit, Service und Komfort für bestimmte Zielgruppen werden nicht integrierte Fachmärkte in schrumpfenden Regionen eher zu den Verlierern des demografischen Wandels gehören. Moderne Shopping-Center - wie z.B. die Rathaus-Galerie oder die City-Arkaden in Elberfeld - dürften dagegen zunächst weiterhin ihre Bedeutung als Einkaufsadresse wahren können, da sie schon heute am ehesten den Ansprüchen an Sicherheit und Komfort genügen. Zudem bieten sie in Form geeigneter Managementmaßnahmen vielerlei Möglichkeiten, die Bedürfnisse Älterer adäquat zu berücksichtigen[22]. Dabei ist die Rede von Funktionszugewinnen: eine Ausweitung von Serviceangeboten (Convenience-Bereich), die Integration von Schulungsräumen, so dass z.B. lokale Weiterbildungseinrichtungen ihre Leistungen auch im Shoppingcenter anbieten können oder auch die Integration von medizinischen Leistungen.

E-Commerce

Online Shops stellen bereits heute eine Alternative für Konsumenten mit Mobilitätseinschränkungen dar. Allerdings entfällt der größte Teil des Umsatzes (noch) auf Nonfood-Artikel wie Bücher, Software, Musik-CDs und Geschenkartikel. Nach einer Schätzung der BBE Marktforschung werden im Jahr 2010 ca. 6% bis 8% des Einzelhandels über das Internet realisiert werden.

[21] vgl. Regionales Einzelhandelskonzept für das Bergische Städtedreieck.
[22] vgl. Manuel Jahn, GfK Prisma Institut GmbH & Co KG in Stadtentwicklung / GCR Frühjahr, Sommer 2005.

Marketing und Kommunikation

Die Marketing- und Kommunikationsstrategie des Einzelhandels wird sich verändern, denn unter den Konsumentinnen und Konsumenten befinden sich mehr Singles, Migrantinnen und Migranten sowie ältere Menschen. Die Bedarfe und Interessen der Migrationsbevölkerung findet aktuell ihren sichtbaren Niederschlag vor allem in von Migrantinnen und Migranten gegründeten Einzelhandelsgeschäften. Insbesondere die älteren Menschen werden eine höhere Beachtung finden, da dort das verfügbare Einkommen in Zukunft liegt, weniger in dem Bereich der aktuell stark umworbenen Zielgruppe der Jugend.

Unabhängig von der demografischen Entwicklung finden im Einzelhandel also Verdrängungs- und Konzentrationsprozesse statt, die den vorhandenen Besatz an Einzelhandelsunternehmen reduzieren. Eine wohnortnahe Versorgung wird dadurch gefährdet. Der Bevölkerungsrückgang wirkt bei diesem Trend nur als Verstärker dieser Entwicklung.

3.3 Verkehr

Entwicklung der Verkehrsnachfrage im Personenverkehr

Die Entwicklung der Verkehrsmengen und der Verkehrsmittelwahl ist von vielen Faktoren abhängig und daher schwer zu prognostizieren. Neben dem absoluten Rückgang der Einwohnerinnen und Einwohner und der Veränderung der Altersstrukturen fließen auch Aspekte wie z.B. die zukünftige Entwicklung der Benzinpreise, der Wegfall der Pendlerpauschale und der Eigenheimzulage, die Angebots- und Preisentwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), die Feinstaubdiskussion, die Umsetzung verkehrspolitischer Maßnahmen (z.B. restriktive Maßnahmen für den PKW-Verkehr), die generelle Arbeitsmarktsituation und vieles mehr ein. Darüber hinaus wird die Verkehrsentwicklung auch durch die Verteilung der Ziele von Verkehrsverflechtungen bestimmt.

In Zukunft wird sich die räumliche Dekonzentration von Wohnen, Arbeiten, Dienstleistungen und öffentlichen Einrichtungen teilweise fortsetzen (z.B. Einzelhandel, Schulen, Kindergärten), was tendenziell wachsende Distanzen und mehr Pkw-Verkehr zur Folge haben wird. Auch der prognostizierte Anstieg des Pkw-Besitzes in Wuppertal um rd. 13.000 Pkw bis zum Jahre 2015[23] kann einen Anstieg der Verkehrsmengen auf den Wuppertaler Straßen bewirken.

gegenläufige Tendenzen bei der Verkehrsmengenentwicklung

Es wird zukünftig aber auch gegenläufige Tendenzen geben, die eher eine Reduzierung der Verkehrsmengen in Wuppertal bewirken können. Wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass die Anzahl der zurückgelegten Wege pro Person und Tag und das individuelle Reisezeitbudget relativ konstant ist. Dies bedeutet, dass bei einem Rückgang der Bevölkerung bis 2020 um rd. 8 Prozent auch von einem Rückgang der Verkehrsmengen ausgegangen werden kann, da die nicht mehr vorhandenen Personen keine Wege mehr in Wuppertal zurücklegen und die entstehende Entlastung der Verkehrswege nicht durch zusätzliche Fahrten der verbleibenden Bevölkerung vollständig substituiert wird.

Auch die Verschiebung der Altersstruktur zu einem höheren Anteil von älteren Menschen wird eher eine Reduzierung der Verkehrsmengen bewirken. Dabei werden in Zukunft zwar mehr ältere Menschen einen Führerschein und einen Pkw besitzen und insgesamt der Freizeitverkehr weiter ansteigen, aktuelle Untersuchungen gehen jedoch davon aus, dass diese Entwicklungen nicht vollständig die Abnahme der Berufswege kompensieren wird. Außerdem ist mit einer Verkehrsentlastung in den Spitzenzeiten zu rechnen, da Rentnerinnen und Rentner eher außerhalb der Spitzenstunden des Berufsverkehrs unterwegs sind.

Verkehrsmengen voraussichtlich konstant

Zusammenfassend ist zu sagen, dass nach Abwägung aller Tendenzen wahrscheinlich von einer relativen Stagnation der Verkehrsmengen im Personenverkehr bis 2020 auszugehen ist, wobei dies im lokalen Umfeld durchaus hohe Spannbreiten beinhalten kann. Durch die Abwanderung von großen Unternehmen oder die Entwicklung von neuen Gewerbegebieten können sich kleinräumig Verkehrsbelastungen spürbar reduzieren oder erhöhen. Bei den insgesamt zu erwartenden stagnierenden Verkehrsmengen kommt der Bestandsorientierung im motorisierten Individualverkehr in Zukunft eine besondere Bedeutung zu.

[23] vgl. Integrierte Gesamtverkehrsplanung (IGVP) des Landes NRW.

Anpassung der Verkehrsinfrastruktur

barrierefreie Gestaltung des Straßenraums

Da durch den demografischen Wandel die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer im Durchschnitt immer älter werden, gewinnt die Barrierefreiheit im öffentlichen Straßenraum zukünftig immer mehr an Bedeutung. Die Stadt Wuppertal hat hierzu bereits seit einigen Jahren einen eigenen barrierefreien Ausbaustandard definiert, der bei allen Um-, Aus- und Neubaumaßnahmen umgesetzt wird. Elemente des barrierefreien Bauens sind hierbei u.a. Leit- und Aufmerksamkeitsstreifen, die durch Bodenindikatoren (z.B. Rillen- oder Noppenpflaster) realisiert werden und Sehbehinderte sicher im Kreuzungsbereich führen.

Für eine altersgerechte Straßenraumgestaltung ist neben der Barrierefreiheit eine kontrastreiche Gestaltung, die Entzerrung von komplexen Verkehrssituationen, die standardisierte und einheitliche Knotenpunktgestaltung und ein großes Angebot an Querungshilfen wichtig. Diese Elemente werden von der Stadt Wuppertal im Rahmen ihrer Möglichkeiten sukzessiv umsetzt. Weiterhin wird eine Verlängerung der Grünzeiten für Fußgängerinnen und Fußgänger an den Wuppertaler Ampelanlagen angestrebt, damit auch langsamere Personen sicher und ungehetzt die andere Straßenseite erreichen können. Zusätzlich werden regelmäßige Sitzungen mit der Behindertenvertretung abgehalten, um Probleme und Mängel im Straßenraum in Bezug auf Mobilitätseinschränkungen zu lokalisieren und zu beseitigen. Außerdem werden die kontinuierlichen Unfalluntersuchungen bei Fußgängerinnen und Fußgängern sowie Radfahrerinnen und Radfahrern bereits heute unter dem Aspekt Alter (insbesondere Kinder und Senioren) erfasst und analysiert.

Abbau des Schilderwaldes

Seit mehreren Jahren setzt die Stadt Wuppertal auch konsequent das Konzept des „Abbaus des Schilderwaldes“ zur Reduzierung von unnötigen Verkehrsschildern um. Insbesondere das Anbringen von privaten Hinweis- und Werbeschildern im öffentlichen Verkehrsraum wird sehr restriktiv gehandhabt. Mit einer Konzentration auf die absolut notwendigen Verkehrsschilder wird hierbei insbesondere älteren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern die Wahrnehmung der notwendigen Informationen erleichtert und die Verkehrssituation übersichtlich gehalten.

Generell wird kontinuierlich an der Optimierung der Verkehrsberuhigung und Reduzierung der Lärm- und Luftbelastung gearbeitet und das Stadtentwicklungsprinzip einer kompakten Stadt unterstützt, um auch die Verkehrsinfrastruktur möglichst kompakt und somit kostensparend halten zu können.

Auswirkungen auf die Verkehrsnachfrage im ÖPNV

Im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) muss der Bevölkerungsrückgang nicht unbedingt mit einer Reduzierung der ÖPNV-Nachfrage einhergehen. Verändertes Kundenverhalten bzw. eine veränderte Siedlungspolitik können allerdings Veränderungen der Angebotsstrukturen im ÖPNV erfordern.

Ein gut ausgebauter, hochwertiger ÖPNV wie in Wuppertal ist ein wichtiger Standortfaktor und kann dazu beitragen, Abwanderungstendenzen zu verringern. Bereits in den letzten Jahren war die Bevölkerungsentwicklung in Wuppertal rückläufig, die Fahrgastzahlen der Wuppertaler Stadtwerke (WSW) nahmen jedoch zu. In Teilen wird sogar die Auslastungsgrenze in

den Spitzenzeiten erreicht. Ziel der WSW ist es, durch eine zusätzliche Verkehrsverlagerung von Wegen hin zum ÖPNV den derzeitigen hohen ÖPNV-Anteil an der Verkehrsmittelwahl (Modal Split) zu halten bzw. noch zu verbessern.

Der Rückgang der Schülerinnen- und Schülerzahlen kann zu einer Entlastung des ÖPNV in den Spitzenzeiten beitragen. Parallele Entwicklungen im Schulbereich, wie z.B. die Konzentration von Schulstandorten oder die freie Wahl der Grundschule können jedoch veränderte ÖPNV-Angebote erfordern, die den Bedarf an ÖPNV-Fahrleistungen nicht verringern, sondern möglicherweise sogar erhöhen.

Anpassung des ÖPNV-Angebotes erforderlich

Durch den höheren Anteil von älteren Menschen mit entsprechenden Anforderungen an den ÖPNV (z.B. Fahrkomfort, Sicherheit, Barrierefreiheit, keine Angsträume) kommt der Kundengruppe der Seniorinnen und Senioren immer mehr Bedeutung zu. Mit Maßnahmen wie z.B. die Ausstattung der Busflotte mit Niederflurbussen (bereits 100% in Wuppertal) und Rampen, Videoüberwachung, Serviceangeboten und zielgruppenorientiertem Marketing versuchen die WSW hier zusätzliche Kundinnen und Kunden zu gewinnen.

3.4 Umwelt und Grünflächen

Die beschriebenen Trends des demografischen Wandels haben erhebliche Wechselwirkungen mit und Auswirkungen auf Umwelt und Grünflächen. Die in der wissenschaftlichen Diskussion beschriebenen Effekte und Annahmen basieren allerdings auf Ergebnissen, die aus sektoraler Sicht zusammen getragen werden. Das komplexe Wirkungsgefüge und seine räumliche Differenzierung ist noch Gegenstand der aktuellen wissenschaftlichen Forschung.[24] Nachfolgend werden die aus diesen Erkenntnissen für Wuppertal zu erwartenden Entwicklungen beschrieben.

Flächenverbrauch

sinkende Flächennachfrage

Der jährliche Flächenverbrauch lag in Wuppertal in den Jahren 2001 bis 2005 bei rund 55 ha. Mit umgerechnet 0,15 ha pro 1000 Einwohner und Jahr liegt Wuppertal deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (ca. 0,45). In diesen Zahlen dokumentiert sich eine für deutsche Großstädte übliche Flächenknappheit, die erheblich höhere Flächenverbräuche in den Umlandgemeinden nach sich zieht. Mit dem Bundestrend geht auch in Wuppertal die Entwicklung hin zu geringen Haushaltsgrößen (Single-Haushalte) und einer höheren Wohnflächeninanspruchnahme pro Haushalt (38,4 m²). Letztere wird noch dadurch verstärkt, dass zunehmend ältere Menschen in großen Wohnungen leben. So gibt es in Wuppertal rund 10 % bewohnter Adressen mit nur einer Person. Der dadurch erzeugte Druck auf neue Wohnbauflächen hat allerdings in den letzten Jahren deutlich nachgelassen. Bei weiter abnehmender Bevölkerung ist auch nicht zu erwarten, dass zukünftig in großem Umfang neue Flächen für Wohnbebauung in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus werden aus dem Gebäudebestand in den nächsten Jahren ausreichend Angebote auf den Markt kommen.

Brachgefallene Gewerbegrundstücke konnten in den letzten Jahren nur teilweise wieder einer gewerblichen Nutzung zugeführt werden.[25] Häufig haben sich auf diesen Standorten Discounter oder andere Einzelhandelsobjekte angesiedelt. Dem steht die Neuinanspruchnahme von Gewerbeflächen „auf der grünen Wiese“ gegenüber.[26] Es ist auch nicht immer gelungen, den Rückbau bestehender Flächen zur Schaffung von Grün- und Erholungsflächen in dicht besiedelten Quartieren zu nutzen.

Energieverbrauch, Luftqualität, Lärmbelastung

Emissionsrückgang im Sektor Wohnen

Auf dem Wohnungsmarkt wird der Energieverbrauch pro Person bei gleichen Randbedingungen potentiell weiter ansteigen. Der persönliche Lebensstil von älteren Menschen (wärmere Wohnung) unterstützt diese Entwicklung. Mit Zunahme des Wohnungsleerstandes wird sich der spezifische Energieverbrauch der betroffenen Objekte ebenfalls steigern. Alle Untersuchungen gehen aber davon aus, dass die spezifischen Steigerungsraten

[24] vgl. Umweltbundesamt (Hrsg.): Soziodemographischer Wandel in Städten und Regionen - Entwicklungsstrategien aus Umweltsicht Forschungsbericht 205, 2007.

[25] Im Handlungsprogramm Gewerbebrachen 2005 wurden 40 Standorte mit einer Größe von 106,6 ha aufgenommenen. Bis zum Herbst 2009 wurden 46,2 ha einer neuen Nutzung zugeführt. Davon entfallen auf die Wiedernutzung durch: Einzelhandel: 11,2 ha (24,2 %), Gewerbe: 24,1 ha (52,2 %), Freiraum: 7,5 ha (16,2 %), Wohnen: 2,8 ha (6,1 %), Sonstiges: 0,6 ha (1,3 %).

[26] Im Zeitraum 2005-2009 wurden 22,5 ha „neue“ gewerbliche Bauflächen vermarktet: Bahnstraße: 2,1 ha; Simonshöfchen: 0,9 ha; Westring/A 46: 0,6 ha; Korzert: 1,3 ha; Im Hölken: 6,7 ha; Porschestraße: 0,3 ha; Linde: 5,8 ha, Lichtscheid 4,8 ha.

durch die Abnahme der Bevölkerung kompensiert werden und dass der Energieverbrauch prozentual mit dem Bevölkerungsrückgang sinken wird. Zusammen mit den technologischen Verbesserungen und einer strengen Gesetzgebung sind deutliche Entlastungen bei der Emission von Luftschadstoffen und Treibhausgasen in diesem Sektor zu erwarten.

Probleme bei Netzinfrastrukturen

Nachteilige Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs erfahren die bestehenden Netzinfrastrukturen. Immer weniger Menschen müssen für die Aufwendungen zur Unterhaltung und Erneuerung aufkommen (Kostenremanenz). Bei der Wärmeversorgung (Fernwärme) kann es durch Unterauslastung zu Tragfähigkeitsproblemen kommen. In der Wasserversorgung und Wasserentsorgung entstehen Gesundheits- (Verkeimung) und Betriebsrisiken (Ablagerungen durch geringe Spülmengen).

Die Entwicklung der Verkehrsmengen und der Verkehrsmittelwahl ist von vielen Faktoren abhängig und daher schwer zu prognostizieren.[27] Für einen Anstieg der Emissionen sprechen:

- der hohe Anteil immer stärker motorisierter Fahrzeuge,
- die hohe PKW-Verfügbarkeit auch älterer Leute,
- die spezifisch höhere Fahrleistung (Personenkilometer) und
- die weitere Zunahme des Gütertransportes

Die Verkehrsprognose 2015 der Bundesregierung geht von einer Zunahme des CO2-Ausstoßes von 10 % und des damit verbundenen Energieverbrauchs aus, während die klimapolitischen Ziele eine Senkung von 30 % fordern. Die wichtigste Steuerungsgröße in diesem Zusammenhang ist jedoch der Öl- bzw. Benzinpreis, so dass diese Prognosen mit erheblichen Unsicherheiten belastet sind.

sinkende Emissionen in innerstädtischen Kernbereichen

In den Kernbereichen der Städte rechnet eine Studie des Umweltbundesamtes[28] mit sinkendem Verkehrsaufkommen. Insgesamt ist damit in Wuppertal innerstädtisch mit sinkenden Emissionen von Luftschadstoffen zu rechnen, während sie bei den überörtlichen Verbindungen und den Hauptverkehrsstraßen weiterhin ansteigen. Beim Straßenverkehrslärm ist mit gleichbleibenden bis steigenden Emissionen zu rechnen. Der öffentliche Nahverkehr hat auch in Zukunft die wichtige Aufgabe, zu einer umweltfreundlichen und bei steigenden Benzinkosten bezahlbaren Mobilität beizutragen. Daher ist der Einstellung von Linien aufgrund sinkender Nachfrage entgegenzuwirken.

Abfälle, Stadtsauberkeit

zunehmende Probleme durch stärkere Fluktuation erwartet

Der Anspruch und die Bereitschaft, sich für ein schönes und vor allem sauberes Wohnumfeld einzusetzen, steigt mit der Identifikation des Bewohners mit seinem Stadtteil. Die Auswahl von umweltfreundlichen Produkten, die Sortierung und umweltgerechte Entsorgung von Abfällen setzt entsprechend aufgeklärte Bewohner voraus. In stark schrumpfenden Quartieren und solchen mit starker Fluktuation wird das Interesse an diesen Fragen weiterhin abnehmen. In Wuppertal werden nach den Erfahrungen der Abfallwirtschaftsgesellschaft vor allem die Großsiedlungen betroffen sein.

[27] siehe hierzu auch Kapitel 3.3 – Verkehr.

[28] vgl. Umweltbundesamt (Hrsg.): Handlungsansätze zur Berücksichtigung der Umwelt-, Aufenthalts- und Lebensqualität im Rahmen der Innenentwicklung von Städten und Gemeinden – Fallstudien Forschungsbericht 200 16 112.

Grün- und Freiflächen

Bedarf an quartiersnahen Grünflächen

Vom demografischen Wandel ist der gesamte urbane Raum betroffen. Hierzu gehören neben Straßen, Stadtplätzen, Parks, Spielplätzen, Grünflächen und Forsten auch Kleingärten und Friedhöfe. Der Bedarf an quartiersnahen Grünflächen (z.B. für den abendlichen Spaziergang) steigt tendenziell auch aufgrund einer sich verändernden Altersstruktur und damit einhergehenden Mobilitätseinschränkungen. Es ist deshalb wichtig, die relativ zentral gelegenen größeren Parkanlagen (Hardt, Nützenberg, Nordpark, Barmer Anlagen) zu stärken und in den Bereichen, in denen aus städtebaulichen Gründen ein Entdichtungsprozess stattfindet oder Brachen einer neuen Nutzung zugeführt werden, neue Freiflächenangebote zu schaffen. Angesichts der dramatischen Haushaltssituation werden viele Projekte allerdings künftig nur mit bürgerschaftlichem Engagement und/oder über Spendenmittel realisiert werden können. Insofern können derartige Maßnahmen im Bereich von Freiflächen bzw. im öffentlichen Grün auch identitätsstiftend und quartiersbelebend wirken.

Kleingärten im Nutzungswandel

Im Bereich der Kleingärten wird sich die stagnierende bis rückläufige Nachfrage aufgrund der Bevölkerungsentwicklung fortsetzen. Der steigende Erwerb von Kleingärten durch Menschen mit Migrationshintergrund hat den Nachfragerückgang etwas aufgefangen. Daneben vollzieht sich zum Teil eine Änderung der Nutzung, wobei die Selbstversorgung mit Obst und Gemüse zugunsten eines freizeitorientierten Gebrauchs der Kleingärten und deren Einrichtungen zurücktritt. Zudem wird gemeinsam mit dem Kreisverband der Wuppertaler Kleingärtner e.V. über neue Gartenformen nachgedacht werden müssen, wie z.B. seniorengerechte Gärten (Kleingartenentwicklungsplan).

veränderte Flächenbedarfe für Friedhöfe

Tiefgreifende Veränderungen ergeben sich auch im Friedhofswesen. Aufgrund gesunkener Sterbefallzahlen, aber auch aus Kostengründen, ist die Anzahl der Sargbestattungen deutlich zurückgegangen. Dies wirkt sich auf den hierfür vorgesehenen Flächenbedarf aus. Dem gegenüber steht die Notwendigkeit, Flächen auszuweisen, die bestimmten religiösen Anforderungen genügen (z.B. islamischer Friedhof). Auch wird die Nachfrage nach anderen Begräbnisformen, wie z.B. Urnenbeisetzungen in Kolumbarien oder in Friedwäldern, steigen.

3.5 Bildung und Betreuung

Veränderte Anforderungen an Bildung und ihre Systeme

In einer zahlenmäßig abnehmenden und stark alternden Bevölkerung ändern sich zahlreiche Aspekte des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens. Gleichzeitig verändert sich die Gesamtheit junger Menschen selbst durch steigende Anteile von Einzelkindern, von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und von durch Armut und Bildungsbenachteiligung Betroffenen. Angesichts weiterer gesellschaftlicher Umbrüche (Wissensgesellschaft, Risikogesellschaft, Globalisierung, veränderte Arbeitsgesellschaft) muss sich auch Bildung ändern. Die gesellschaftlichen Veränderungen verlangen, insbesondere auch von künftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, veränderte Schlüsselqualifikationen, die sich nicht nur auf den nachgewiesenen Wissenserwerb durch schulische Abschlüsse beziehen. Gleichermaßen werden soziale Kompetenzen, Motivation und Engagement zu Maßstäben gelingender persönlicher und beruflicher Biographien von Mädchen und Jungen.[29]

Bildungsbegriff

Analog zum 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung ist ein umfassender Bildungsbegriff grundlegend für die weitere Betrachtung: „Bildung bezieht sich auf die Entwicklung von Individuen in einem umfassenden Sinn; neben der Entwicklung und Ausbildung von Kompetenzen (kulturelle, materiell-dingliche, soziale, personale) zählen dazu auch Orientierungen, Einstellungen, Wahrnehmungs- und Denkmuster …“[30]. Bildung vollzieht sich in gesellschaftlicher und individueller Dimension. Ziel ist die Befähigung von Kindern und Jugendlichen zu einer eigenständigen und eigenverantwortlichen Lebensführung in sozialer, politischer und kultureller Eingebundenheit und Verantwortung.[31] Abgeleitet aus dieser Definition findet Bildung von Kindern und Jugendlichen in der Familie, an unterschiedlichen Bildungsorten (Kindertagesstätten, Schulen, Jugendeinrichtungen etc.) und Lernwelten statt. Lebenslanges Lernen ist notwendig geworden, d.h. Bildung hat über Kindheit und Jugend hinaus im Arbeitsleben und im Anschluss hieran eine hohe Bedeutung.

Frühkindliche Bildungs- und Betreuungsangebote

Kindertagesbetreuung =

Betreuung + Erziehung + Bildung

„Ob künftige Generationen den Ansprüchen, Herausforderungen und Belastungen gewachsen sein werden, mit denen sie die Welt von morgen konfrontieren wird, wird weitgehend von der Bildung und Erziehung der Nachwachsenden in allen Lebensphasen abhängen.“[32] Kindertagesbetreuung umfasst damit neben Betreuungs- und Erziehungsaspekten auch die frühkindliche Bildung und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der Kinder und damit der Gesellschaft.

Ratsbeschluss zur qualitativen Weiterentwicklung des Angebotes

Ziel muss es daher sein, das bisher Erreichte nicht nur zu erhalten, sondern quantitativ und qualitativ an den veränderten Rahmenbedingungen, die insbesondere aus dem demografischen Wandel erwachsen, auszurichten und weiter zu entwickeln. Dies erfolgte in Wuppertal nicht zuletzt durch einen Ratsbeschluss[33], nach dem städtische Mittel, die durch den demografischen Wandel im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder in den

[29] vgl. Qualitative Anforderungen an die Kinder- und Jugendarbeit in Mecklenburg-Vorpommern, S. 12; s.a. 12. Kinder- und Jugendbericht, BfFSFJ, S. 564.
[30] 12. Kinder- und Jugendbericht, BfFSFJ, S. 13.
[31] vgl. 12. Kinder- und Jugendbericht, BfFSFJ, S. 84.
[32] BfFSFJ: Perspektiven zur Weiterentwicklung des Systems der Tageseinrichtungen.
[33] vgl. Ratsbeschluss vom 20.02.2006 zu VO/1571/05.

nächsten Jahren frei werden, aktiv für die Finanzierung neuer Betreuungsmöglichkeiten für unter 3jährige Kinder genutzt werden sollen.

ausdifferenziertes Betreuungsangebot

Auf Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen besteht in Wuppertal ein differenziertes Betreuungssystem. Es reicht von der institutionellen Förderung in Kindertageseinrichtungen über die eher individuelle Tagespflege durch geeignete Tagespflegepersonen bis hin zu Spielgruppen oder anderen Gruppen. Bereits seit einigen Jahren konnte der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab 3 Jahre erfüllt werden und die Angebote für Kinder unter 3 Jahren ausgebaut werden. Grundsätzlich benötigen alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft Teilhabe an Bildung. Die Betreuungsangebote sollten daher den notwendigen Bildungsaufgaben gerecht werden, aber auch so ausgestaltet sein, dass Kinder und Familien sie frühzeitig und gerne wahrnehmen. Quantitativ bedeutet dies regelmäßig eine ausreichende wohnortnahe Versorgung mit den erforderlichen Betreuungszeiten.

Tageseinrichtungen für Kinder

Für die Betreuung und Förderung in Tageseinrichtungen für Kinder stehen im Kindergartenjahr 2008/2009 knapp 10.000 Plätze in 179 Einrichtungen zur Verfügung. Eltern haben die Möglichkeit, unter den unterschiedlichen Trägern, Einrichtungen und Betreuungszeiten, das für ihr Kind geeignete Angebot zu wählen. Neben den Kirchen (evangelisch und katholisch) sind Elterninitiativen, Vereine, gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung und die Stadt selbst Träger von Einrichtungen. So vielfältig die Trägerlandschaft ist, so vielfältig sind auch die Wertorientierungen, pädagogischen Konzepte, Methoden und Arbeitsformen. Hervorzuheben ist, dass in 15 Einrichtungen (insgesamt 135 Plätze) Angebote zur gemeinsamen Betreuung und Förderung von nicht behinderten und behinderten Kindern (integrative Tageseinrichtungen) bestehen. Die Einrichtungen verteilen sich über das gesamte Stadtgebiet. Für die ausschließliche Betreuung und Förderung von behinderten Kindern stehen zusätzlich zwei heilpädagogische Einrichtungen mit 93 Plätzen zur Verfügung. Im Einzelnen stellt sich das Betreuungsangebot wie folgt dar:

Tab. 8: Betreuungsplätze für Kinder in Wuppertal 2008/2009

Stadtgebiet	Anzahl der Einrich-tungen	Anzahl der Betreuungsplätze für			
		Kinder unter 3 J.	Kinder 3 - 6 J.	behinderte Kinder*	Gesamt
Elberfeld	35	157	1.738	15	1.945
Elberfeld-West	20	126	822	15	963
Uellendahl/Katernb./Dönb.	17	69	776	25	870
Vohwinkel	15	56	807	20	883
Cronenberg	11	52	479	10	541
Barmen	29	92	1.514	20	1.626
Oberbarmen/Heckinghsn.	25	50	1.681	10	1.678
Langerfeld/Beyenburg	15	47	665	15	727
Ronsdorf	12	29	548	5	582
Wuppertal gesamt	**179**	**678**	**8967**	**135**	**9.780**

Quelle: Stadt Wuppertal, Stadtbetrieb Tageseinrichtungen für Kinder * in integrativen Einrichtungen

Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur frühen Förderung und Bildung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) stehen den Eltern in den Tageseinrichtungen regelmäßig wöchentliche Betreuungszeiten im Umfang von bis zu

35 oder bis zu 45 Stunden zur Verfügung.[34] Im Kindergartenjahr 2008/2009 betrug der Anteil der Plätze mit Übermittagsbetreuung rund 36% des gesamten Angebotes. Die nach den Regelungen des KiBiz mögliche Betreuungszeit von bis zu 25 Stunden wöchentlich wird von den Wuppertaler Trägern bisher nur in sehr geringem Maße angeboten. Diese eingeschränkte Betreuungszeit erschwert es, die Fördermöglichkeiten aber auch die Fördernotwendigkeiten, die wesentlicher Bestandteil aller pädagogischen Konzeptionen sind, innerhalb des eingeschränkten Zeitbudgets umzusetzen.[35]

Tagespflege

Während die Betreuung in Kindertageseinrichtungen auf eine in hohem Maße strukturierte und konzeptionelle Betreuung ausgerichtet ist, die auf pädagogisch ausgebildete Fachkräfte zurückgreift, bietet Tagespflege eher eine familienähnliche Betreuungssituation an. Geeignete Tagespflegemütter und -väter bieten eine flexible und individuell zu vereinbarende Betreuung außerhalb der Wohnung der Kinder an, so dass dieses Angebot insbesondere den Bedürfnissen der Eltern von unter 3jährigen Kindern entgegenkommt. Derzeit stehen rd. 366 Tagespflegeplätze bei 94 Tagespflegepersonen zur Verfügung.

Spielgruppen

Als weiteres Betreuungsangebot stehen für Kinder, die das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben und für die nur eine stundenweise Betreuung an zwei bis drei Wochentagen gesucht wird, noch Plätze in Spielgruppen oder anderen Gruppen in Wuppertal zur Verfügung. Verschiedene Träger, wie z.B. Kirchen, Vereine oder gewerbliche Träger bieten 408 Plätze in 17 Einrichtungen an.

frühkindliche Bildung als Fundament für lebenslanges Lernen

Was macht frühkindliche Bildung aber so unverzichtbar? Frühkindliche Bildung ist mehr als nur Vermittlung von Wissen, sie bedeutet ganzheitliche Bildung. Kinder lernen praktisch von Geburt an und benötigen regelmäßig Unterstützung, damit Begabungen frühzeitig gefördert und Entwicklungshindernisse abgebaut werden können. Um in einer komplexen und kulturell sehr unterschiedlichen Gesellschaft ohne größere Einschränkungen leben zu können, ist nicht nur der Erwerb von Wissen, sondern auch das Erlernen von sozialen und emotionalen Fähigkeiten erforderlich. Frühkindliche Bildung bedeutet daher insbesondere, Neugier und Kreativität zu fördern, Verantwortungsbereitschaft nicht nur für das eigene Handeln zu stärken, kulturelle Unterschiede als Bereicherung zu erkennen und letztlich auch Regeln als Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens zu begreifen. Auch Kindern aus bildungsfernen Schichten wird so der Zugang zu ganzheitlicher Entwicklung ermöglicht. Das Zusammenwirken von Basiswissen und sozialen Kompetenzen fördert letztlich Bildungsgerechtigkeit und stellt sich so einer Selektion durch ungleiche Bildungschancen entgegen.

Qualitativ sind die Ansprüche an Ausbildung sowie berufsbezogener Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Betreuungspersonen hervorzuheben. Frühkindliche Bildung erfordert ein hohes Maß an spezifischen Fachkenntnissen und ein solides Qualitätsmanagement.

[34] Die wöchentliche Betreuungszeit von bis zu 35 Stunden entspricht der bisherigen Kindergartenbetreuung mit getrennter Öffnungszeit und die 45 Stunden wöchentlich der bisherigen Tagesstättenbetreuung.

[35] Zukünftig wird sich ein weiteres Angebot etablieren. Während bei der bisherigen Kindergartenbetreuung die Kinder die Mittagszeit zu Hause verbringen und regelmäßig erst um 14.00 Uhr erneut die Tageseinrichtung aufsuchen, wird bei der sog. Blocköffnung die wöchentliche Betreuungszeit von bis zu 35 Stunden täglich ohne Unterbrechung sichergestellt. Diese Möglichkeit kommt in vielen Fällen teilzeitbeschäftigten Eltern und der Lebenswirklichkeit von Familien entgegen.

Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund

Dies gilt insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund, für die die gezielte Sprachförderung im vorschulischen Alter ein wesentlicher Baustein für die dauerhafte Integration bedeutet. Die Fokussierung auf Sprache greift jedoch zu kurz, da die Förderung der interkulturellen Kompetenz vor dem Hintergrund der sich wandelnden Gesellschaftsstruktur ein wesentliches Element der sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung darstellt und somit alle Kinder mit und ohne Migrationshintergrund betrifft. Interkulturelle Kompetenz kann Aufgeschlossenheit und Neugierde, sprachlich-kulturelles Selbstbewusstsein und die Toleranz von Bedeutungsvielfalt schaffen. Sie bietet die Grundlage für das Verständnis von Mehrsprachigkeit als Entwicklungschance und wirkt damit aktiv einer Diskriminierung entgegen.

In etlichen städtischen Tageseinrichtungen für Kinder haben über 50% der betreuten Kinder einen Migrationshintergrund und benötigen individuelle Angebote insbesondere zur Sprachförderung. Dies schließt die Wertschätzung und Unterstützung der Muttersprache z.B. unter Einbindung der Eltern mit ein, da diese für die Sprachentwicklung eines Kindes besondere Bedeutung hat und als Grundlage für die Fähigkeit zum Erwerb und Ausbau der deutschen Zweitsprache unerlässlich ist. Das bedeutet, dass frühzeitige differenzierte Kleingruppenangebote zur Sprachentwicklung und individuellen Förderung in den unterschiedlichen Bildungsbereichen vorgehalten werden, auch für Kinder ohne Migrationshintergrund, deren Sprachentwicklung verzögert ist. Derzeit werden in den städtischen Einrichtungen rund 1000 Kinder mit und ohne Migrationshintergrund besonders in ihrer sprachlichen und kognitiven Entwicklung in Kleingruppen gefördert, wobei der Schwerpunkt auf dem Erwerb der deutschen Sprache liegt.

integrative Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder

Frühkindliche Bildung vermag im Rahmen einer integrativen Erziehung der vielfach ansonsten üblichen Segregation entgegenzuwirken. Laut Angaben und Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind ca. 3,5% der Kinder der Altersgruppen 2 bis 6 Jahre behindert oder von Behinderung bedroht. Im Sinne des Sozialgesetzbuches[36] wird eine gemeinsame Betreuung behinderter und nicht behinderter Kinder angestrebt. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Wuppertal hat eine Zielquote von 2% für Kinder im Alter von zwei Jahren bis zum Ende der Grundschulzeit in integrativen Einrichtungen beschlossen.[37] Der gezielte Ausbau hat im Kindergartenjahr 2006/2007 begonnen. Jährlich werden alle Träger Wuppertaler Tageseinrichtungen für Kinder aufgefordert, ihr Interesse an einer Umwandlung in integrative Gruppen zu bekunden. In einem mit den freien Trägern abgestimmten Verfahren wird nach festgelegten Kriterien die Entscheidung für das kommende Kindergartenjahr getroffen.

Schulische Bildungsangebote

schulische Bildung vor großen Herausforderungen

Der Bereich der schulischen Bildung wird durch die demografische Entwicklung vor große Herausforderungen gestellt. Einerseits ist auf den Bevölkerungsrückgang bei jungen Menschen im schulpflichtigen Alter zu reagieren, der in den späten 1990er Jahren mit dem zahlenmäßigen Rückgang der Kinder im Grundschulalter begann und sich nach 2010 in der Altersgruppe der 16-22jährigen fortsetzen wird.

[36] SGB IX - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen, § 19 Abs. 3.
[37] Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.02.2005.

Bildungsbenachteiligung aufheben

Zum anderen steht der schulische Bildungsbereich durch Migrationsbewegungen und den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel vor neuen Aufgaben, bei denen es insbesondere darum geht, Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten eine Zukunftsperspektive zu eröffnen. Dem zukünftigen Fachkräftemangel kann nur entgegengewirkt werden, wenn es gelingt, die durch die großen Bildungsleistungsvergleiche[38] aufgedeckten, gravierenden Schwächen des bestehenden Schulsystems zu überwinden, bildungsbenachteiligte Schülerinnen- und Schülergruppen zu aktivieren und ihnen die notwendigen bildungsbezogenen und persönlichen Grundvoraussetzungen für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung zu vermitteln. Dabei gilt es angesichts der stetig steigenden Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und ihrer nachgewiesenen „doppelten" Benachteiligung, Instrumente und Methoden zu entwickeln, die diese ausgleichen sowie die Potenziale der Kinder erkennen, gezielter berücksichtigen und fördern.

ausdifferenziertes Schulangebot

Ein qualitativ gutes, und quantitativ ausgewogenes schulisches Angebot ist ein wichtiger Standortfaktor für die Stadt. Für viele Familien ist dieses Angebot neben den Arbeitsstellenangeboten ein wichtiges Argument, welches mit entscheidend für die Zu- oder Abwanderung ist. Die Stadt Wuppertal ist Schulträger von 59 Grundschulen, 12 Hauptschulen, 7 Realschulen, 8 Gymnasien, 5 Gesamtschulen und insgesamt 10 Förderschulen[39]. Ergänzt wird dieses Angebot durch eine Reihe von Privatschulen als Ersatz- oder Ergänzungsschulen. Weiterhin existieren 6 Berufskollegs als Partner des dualen Ausbildungssystems, an denen aber auch alle allgemeinbildenden Schulabschlüsse erworben werden können. Im Berufsausbildungsbereich werden alle Ausbildungsberufe unterstützt, teilweise im Rahmen von Bezirksfachklassen. Für den sog. Zweiten Bildungsweg werden drei Weiterbildungskollegs zum Erwerb allgemeinbildender Schulabschlüsse angeboten.

Grundschulen

Die Zahl der Wuppertaler Grundschülerinnen und Grundschüler geht seit 1997 kontinuierlich zurück. Ausgehend von knapp 16.000 verringert sich deren Zahl bis zum Jahr 2015 auf unter 12.500. Dies entspricht einem prozentualen Rückgang in diesem Zeitraum von über 20%. Von diesem Rückgang sind die peripher gelegenen Stadtteile stärker betroffen, als die Schulen in den hochverdichteten zentralen Stadtteilen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Bezüglich der Bildungschancen unterscheiden sich die Grundschulen nach Lage und Stadtteil ganz erheblich voneinander. Schülerinnen und Schüler an Grundschulen in hochverdichteten Innenstadtbereichen und im Einzugsgebiet der Großwohnsiedlungen der 1960er und 1970er Jahre haben einen deutlich geringeren Zugang zu Gymnasien und Realschulen als Schülerinnen und Schüler in den Außenstadtbezirken. Während der Wechsel von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund[40] in Real- und Gesamtschule sich zahlenmäßig denen der Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund angeglichen hat, liegt das Verhältnis beim Wechsel ins Gymnasium bei 1:3,5 zu Gunsten von Kindern ohne Migrationshintergrund[41].

[38] vgl. PISA, IGLU, TIMMS.

[39] Davon sechs mit dem Förderbereich *Lernen*, zwei mit dem Förderbereich *Emotionale und soziale Entwicklung*, eine mit dem Förderbereich *Sprache*, eine mit dem Förderbereich *Geistige Entwicklung* und dazu eine Schule für Kranke.

[40] Der Begriff „Migrationshintergrund" bezeichnet hier ausländische Staatsangehörige sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler, da die Schulstatistik nur diese Daten erhebt.

[41] Monitoringdaten des Ressort Zuwanderung und Migration aus dem Jahr 2008.

Sekundarstufe I

Seit 2003 geht die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den weiterführenden Schulen (ohne Förderschulen) in der Sekundarstufe I zurück. Insgesamt ist in diesem Bereich im Zeitraum von 2007 bis 2015 mit einem Rückgang von rund 10% zu rechnen. Der Schülerinnen- und Schülerrückgang trifft die verschiedenen Schulformen allerdings sehr unterschiedlich. Die demografische Entwicklung geht dabei eindeutig zu Lasten der Hauptschulen, die einen überproportionalen Anteil des Rückgangs hinnehmen müssen (bis zu 20 % bis 2013). Die jährliche Nachfrage nach Gesamtschulplätzen ist dagegen so groß, dass kontinuierlich rund 500 Bewerber der abgebenden Klassen 4 von den Gesamtschulen vom Zugang zu den 5. Klassen ausgeschlossen werden müssen.

Sekundarstufe II

Während in der Sekundarstufe I die Zahl der Schülerinnen und Schüler bereits seit 2003 zurückgehen, gab es in der Sekundarstufe II noch bis 2007 einen Zuwachs. Aus der Vorausberechnung der Schülerinnen- und Schülerzahl ist zu erkennen, dass es hier voraussichtlich einen Rückgang bis 2012 von rund 9% geben wird. Dabei ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II an Gesamtschulen zu Lasten der Sekundarstufe II an Gymnasien leicht steigend zu sehen. Hintergrund hierfür ist die Verkürzung der Schulzeit an den Gymnasien von 13 auf 12 Jahre und das voraussichtliche Wahlverhalten der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern in die Sekundarstufe II zugunsten der Gesamtschulen.

Förderschulen

Bei den Förderschulen kann ein solcher Rückgang nicht dokumentiert werden. Die Landesdaten weisen eine Zunahme des Anteils der Förderstufenschüler an allen Schülerinnen und Schülern des allgemeinbildenden Schulwesens aus.[42] Pädagogisch wird diese Entwicklung mit der zunehmenden Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf begründet[43]. Für die Förderschulentwicklung in Wuppertal (insbesondere in den Förderbereichen Emotionale und soziale Entwicklung und Lernen) trifft dies ebenfalls zu. Es ist jedoch langfristig damit zu rechnen, dass die demografische Entwicklung zu einem Rückgang führen wird, zumal landesseitig mit der Entwicklung von Kompetenzzentren im Förderschulbereich (voraussichtlich ab 2011) der Verbleib der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Herkunftsschulen gefördert wird.

Schulentwicklungsplanung reagiert mit Auflösung von Schulstandorten

Auf den beschriebenen Schülerinnen- und Schülerrückgang hat die Schulentwicklungsplanung bereits reagiert. In 2003 wurde die Grundschulentwicklungsplanung vom Rat beschlossen. Aufgrund des vorhersehbaren Schülerrückgangs wurden sechs Grundschulen auslaufend aufgelöst. Die Schulentwicklungsplanung für die weiterführenden Schulen, beschlossen in 2008, schließt mit dem Ergebnis der auslaufenden Auflösung von zwei Hauptschulen. Für die Wuppertaler Berufskollegs ergibt sich vorerst kein Handlungsbedarf.

Wuppertaler Hauptschulmodell

Um die berufliche Orientierung von Schülerinnen und Schülern an Hauptschulen zu verbessern, wurde im Jahr 2008 das „Wuppertaler Hauptschulmodell“ gestartet. Durch ein Netzwerk von Partnern aus Verwaltung, Wirtschaftsförderung, Agentur für Arbeit, Kammern und Verbänden, Gewerkschaften sowie der heimischen Wirtschaft werden die Schülerinnen und Schüler der Wuppertaler Hauptschulen ab der siebten Klasse kontinuierlich

[42] Im Jahr 2000 lag der Anteil bei 3,4% im Jahr 2006 bei 3,8%.
[43] vgl. Lehmpfuhl, Dr. Uwe / Rösner, Dr. Ernst in: Erster kommunaler Bildungsbericht für die Stadt Dortmund, Waxmann Verlag, Münster 2008.

durch eine systematische und umfassende Förderung auf die berufliche Orientierung entsprechend ihrer Fähigkeiten und Neigungen vorbereitet. Die Vernetzung von Schule und Wirtschaft bietet den Jugendlichen über Praktika frühzeitig Einblicke in die Arbeitswelt.

Die enge Zusammenarbeit aller Beteiligten ermöglicht eine kontinuierliche und transparente Begleitung des Berufswahlprozesses für den einzelnen Jugendlichen. Die Unternehmen profitieren ebenso, denn die Maßnahmen wirken dem Fachkräftemangel entgegen und die Auswahl geeigneter Bewerberinnen und Bewerber wird erleichtert. Um die Zusammenarbeit zu optimieren, gehen Schulen und Unternehmen Partnerschaften miteinander ein. Bereits zwei Jahre nach Implementierung des Wuppertaler Hauptschulmodells konnte die Quote derjenigen Schülerinnen und Schüler, die mit Hauptschulabschluss in ein Ausbildungsverhältnis gewechselt sind, von 12 % auf nahezu 21 % gesteigert werden.

Sprachförderung im Elementarbereich

Für erfolgreiches Lernen ab der Grundschule ist eine altersgemäße Sprachentwicklung und die Beherrschung der deutschen Sprache von größter Bedeutung. Die frühkindliche Bildung spielt hierbei eine wichtige Rolle. Seit 2007 wird verpflichtend der Sprachstand bei den 4-jährigen Kindern erhoben. Der nachfolgenden Tabelle kann entnommen werden, dass ein hoher Anteil der nichtdeutschen Kinder einen Sprachförderbedarf besitzt, aber auch zahlreiche deutsche Kinder einen Förderbedarf aufweisen.

Tab. 9: Ergebnisse der Sprachstandsfeststellung 2008

Sprachstandsfeststellung 2008	Anzahl	Anteil
eingeladene Kinder im Alter von 4 Jahren	3.123	100,0 %
Kinder mit Sprachförderbedarf	889	28,5 %
davon deutsche Kinder	221	7,1 %
davon zweisprachige Kinder mit deutsch als eine der Sprachen	106	3,4 %
davon nichtdeutsche Kinder	571	18,3 %

Quelle: eigene Auswertung des Schulamtes für die Stadt Wuppertal und des Stadtbetrieb Schulen

regelmäßige Sprachförderung

Sofern bei der Sprachstandsfeststellung ein Förderbedarf festgestellt wird, wird in den Kindertageseinrichtungen eine regelmäßige Sprachförderung bis zur Einschulung angeboten und durchgeführt.[44] Soweit Eltern dies nicht selbst leisten, gilt es, die sprachliche Förderung der deutschen Sprache während der gesamten Schulzeit alters- und entwicklungsbezogen fortzusetzen, damit sich die intellektuellen Fähigkeiten und Potenziale entfalten können. Wie notwendig und mit welchen Entwicklungsschüben dies verbunden ist, zeigt beispielhaft das in Wuppertal eingeführte und für ganz NRW koordinierte Stipendienprogramm „START“ der Hertie-Stiftung für begabte und engagierte Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund.[45]

Schulische Ganztagsangebote

Ganztagsangebote bieten durch vielfältige pädagogische Unterstützung wie Hausaufgabenbetreuung, kulturelle und freizeitbezogene Angebote, Projekte usw. einen nicht unerheblichen Beitrag zur Förderung, Erziehung und Integration von Kindern. Darüber hinaus leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie/Erziehung und Beruf.

[44] vgl. hierzu auch den Abschnitt „Frühkindliche Bildungs- und Betreuungsangebote“.
[45] vgl. www.start-stiftung.de

Ganztagsangebote schaffen Standortvorteile

Die Stadt Wuppertal hat mit Hilfe von Landesprogrammen zwischen 2004 und 2007 42 von 59 Grundschulen und 4 Förderschulen zu offenen Ganztagsschulen im Primarbereich umgewandelt. Damit wurde für rund 25% aller Schülerinnen und Schüler im Grundschulalter ein gut erreichbares Ganztagsangebot geschaffen.[46] Dieser hohe prozentuale Anteil an Betreuungsangeboten stellt einen nicht zu unterschätzenden Standortvorteil im Wettbewerb der Städte und Wirtschaftsregionen dar. Bei der Auswahl der Schulen wurde ein Schwerpunkt auf Schulen in hochverdichteten Wohnbereichen gelegt. Dadurch werden im großen Umfang Zielgruppen erreicht, die zu den bildungsfernen oder bildungsbenachteiligten Bevölkerungsgruppen gehören . Neben den Ganztagsangeboten im Primarbereich existieren 3 Ganztagshauptschulen, 5 Gesamtschulen mit Ganztagsangebot und ein Ganztagsgymnasium mit ausgebauten Sekundarstufen I und II.

Bildungsangebote der Kinder- und Jugendarbeit

Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit

Kinder- und Jugendarbeit richtet sich an alle jungen Menschen und hat einen eigenständigen Bildungsauftrag[47], der insbesondere die Förderung von sozialer und personaler Kompetenz beinhaltet und als Ort vorrangig informeller Bildungsprozesse zentrale Schlüsselqualifikationen vermittelt.[48] Im Unterschied zum herkömmlichen Bildungsverständnis werden die Bildungsbedarfe nicht vorgegeben, sondern der Praxis vor Ort aus den konkreten Lebensbedingungen und Interessenbekundungen mit den Kindern und Jugendlichen[49] unter Einsatz vielfältiger Methoden und Angebotsformen (offen, verbindlich, Gruppenstunden, Projektarbeit, etc.) erschlossen.

Kinder- und Jugendarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der sozialen und Bildungsinfrastruktur in Wuppertal. Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sind dynamisch und vielfältig miteinander verknüpft. Zu den wichtigsten Angebotsformen gehören die Offene Kinder- und Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit.

Offene Kinder- und Jugendarbeit

Die offene Kinder- und Jugendarbeit versteht sich als Angebot, Möglichkeiten der Freizeitgestaltung kennen zu lernen, auszuprobieren und zu gestalten. Sie schafft Alternativen und Wahlmöglichkeiten zu kommerziellen und kostenintensiven Freizeit- und Bildungsangeboten. Durch ihren niederschwelligen Zugang ist sie besonders geeignet, benachteiligte Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern zu erreichen. In Wuppertal gibt es 46 Standorte offener Kinder- und Jugendeinrichtungen in städtischer und freier Trägerschaft. Die mobile Kinder- und Jugendarbeit macht, besonders in Quartieren in denen es keine Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit gibt, Angebote.[50]

Jugendverbandsarbeit

Jugendverbandsarbeit wird von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet. Viele Verbände sind auch Träger von Bildungsseminaren, internationalen Jugendbegegnungen, Multiplikatorenschulungen etc. Ihre Prinzipien sind Ehrenamtlichkeit, Wertgebundenheit und Interessensvertretung. Jugendverbandsarbeit kann wichti-

[46] Der Versorgungsanteil für diese Zielgruppe erhöht sich auf rund 30 % bei Hinzuzählung der Betreuungsplätze bis 13.30 Uhr in den Grund- und Förderschulen und den in den Einrichtungen der Jugendhilfe angebotenen Betreuungsplätzen.

[47] Ziele der Kinder- und Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII sind: Befähigung zur Selbstbestimmung, gesellschaftlicher Mitverantwortung und sozialem Engagement.

[48] vgl. Kinder- und Jugendförderplan, Stadt Wuppertal, 2006, S. 3.

[49] vgl. Sturzenhecker, B.: Zum Bildungsanspruch von Jugendarbeit, 2003, S. 6-12.

[50] vgl. Kinder- und Jugendförderplan, Stadt Wuppertal 2006, S. 6, 8, 9.

ge Erfahrungen im Umgang mit demokratischen Instrumenten, Entscheidungsprozeduren und Aushandlungsprozessen vermitteln und Lernort für Demokratie und bürgerschaftliches Engagement sein.[51] Im Jugendring Wuppertal e.V. sind ca. 40 Jugendorganisationen mit über 70.000 Mitgliedern organisiert.

Die Jugendverbände beginnen langsam ihre interkulturelle Öffnung, kooperieren mit Migrantenselbstorganisationen und/oder öffnen sich für Kinder und Jungendliche mit Migrationshintergrund. Hinzu kommen von Migrantinnen und Migranten gegründete Vereine, die seit vielen Jahren – mit steigender Tendenz – Kinder- und Jugendarbeit anbieten. Hierbei werden u.a. kulturelles Brauchtum gepflegt, bildungsunterstützende Angebote vorgehalten, künstlerische und musische Erziehung ermöglicht und Voraussetzungen für Integration gefördert.

Weitere Angebotsformen der Wuppertaler Kinder- und Jugendarbeit sind: [52]

- Kulturelle Jugendbildung
- Internationale Jugendarbeit
- Bezirksjugendräte
- Spiel- und Bolzplätze
- Jugendsportprojekte
- Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Angebote bedarfsgerecht weiterentwickeln

Die zentrale Aufgabe aller Bildungsträger besteht unter den Bedingungen des demografischen Wandels darin, die jeweiligen Angebote bedarfs- und bedürfnisgerecht zu erhalten, weiterzuentwickeln und system-, träger- und zielgruppenübergreifend abzustimmen, zu vernetzen und Kinder- und Jugendliche in weitere Angebote überzuleiten bzw. zu vermitteln. Der 12. Kinder- und Jugendbericht schreibt dem außerschulischen Bildungsort Kinder- und Jugendarbeit in den Bereichen sozialer und personaler Kompetenz besondere Stärken zu und verweist gleichzeitig auf den unzureichenden schulischen Bildungstransfer.[53] Eine generell verengte Sicht auf Bildung als Qualifizierung und die damit einhergehende Verfestigung sozialer Selektivität erfordern hiernach neue Bildungskonzepte, die stärker auf die Ressourcen der Jugendarbeit und auf die nahräumliche Kooperation zu Schule und Ausbildung setzen kann.[54]

auf Disparität von Lebenslage reagieren

Kinder- und Jugendarbeit wird sich weiterhin der wachsenden Disparität von Lebenslagen stellen. Je nach Erreichbarkeit der Angebote durch die Zielgruppe sind unterschiedliche Entwicklungen zu erwarten. Einerseits wird es Kinder und Jugendliche geben, denen eine Fülle von Bildungsmöglichkeiten und Ressourcen zur Verfügung stehen und andererseits eine deutlich erhöhte Anzahl derer, die mit Benachteiligungen konfrontiert sind. Kinder- und Jugendarbeit ist gefordert, hier ausgleichend zu wirken.

[51] vgl. Kinder- und Jugendförderplan, Stadt Wuppertal 2006, S. 4.
[52] vgl. Kinder- und Jugendförderplan, Stadt Wuppertal 2006, S. 6 ff.
[53] vgl. 12. Kinder- und Jugendbericht, BfFSFJ, S. 35, 38.
[54] vgl. Qualitative Anforderungen an die Kinder- und Jugendarbeit in Mecklenburg-Vorpommern, S. 12; vgl. auch: Sturzenhecker, B.: Zum Bildungsanspruch von Jugendarbeit, 2003, S. 3ff.

sozialräumliche Orientierung verstärken

Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit zur stärkeren sozialräumlichen und gemeinwesenorientierten Verortung. Diese findet in Stadtteilzentren in Kooperation mit unterschiedlichen Beteiligten und Nutzern statt[55]. Insbesondere in verdichteten Quartieren bietet Kinder- und Jugendarbeit selbständig oder als Kooperationspartner auch familienbezogene Jugendarbeit an. Bei der Inanspruchnahme dieser Angebote ist die sozialräumliche Nähe und der persönliche Kontakt zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtung von besonderer Bedeutung zur Erreichung der Zielgruppe. Durch die zehn neu eingerichteten Gebietskonferenzen der Kinder- und Jugendarbeit soll die sozialräumliche Netzwerkarbeit im Sinne einer deutlichen Abstimmung und Planung der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in den Sozialräumen weiterhin verbessert werden. Hiermit verbunden ist das Anliegen, direkt auf Veränderungsprozesse reagieren zu können.

Zusammenwirken von Jugendarbeit und Schule

Koordination der Angebote

Der 12. Kinder- und Jugendbericht sieht die Aufgabe von Schule und Kinder- und Jugendhilfe darin, das Zusammenspiel der institutionalisierten Bildungsangebote zu gestalten und zu koordinieren. Die Förderung des qualitativen Zusammenspiels von Bildungsangeboten und Lernwelten steht hierbei im Vordergrund. Dies wiederum setzt ein sozialräumlich gut erreichbares, differenziertes, quantitativ gut ausgebautes und qualitativ anspruchsvolles Angebot, das eine Grundversorgung für alle gewährleistet, voraus.[56] „Ein Zusammenspiel unterschiedlicher Bildungsorte und Lernwelten ist nur dann möglich, wenn Angebote und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe unabhängig von Schule für alle Kinder und Jugendlichen erreichbar und zugänglich sind. Umgekehrt sind professionelle Dienstleistungen, Beratungs- und Unterstützungsangebote der Jugendhilfe stärker auf das System ganztägiger Bildung, Betreuung und Erziehung zu beziehen."[57]

konkrete Kooperationen

Kinder- und Jugendarbeit kommt der verstärkten Anforderung zur Zusammenarbeit bereits vielfältig nach. Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen sind z.B. Kooperationspartner der Offenen Ganztagsgrundschule und kooperieren bei der Sicherstellung der verbindlichen Betreuung in den Schulferien. Kinder- und Jugendeinrichtungen bieten verbindliche Übermittagsbetreuungsangebote mit Mittagessen, Hausaufgabenbetreuung und anschließender Freizeitgestaltung bis in den späten Nachmittag hinein sowie Ferienbetreuungen an. Der erzieherische Kinder- und Jugendschutz und die Kinder- und Jugendeinrichtungen gestalten vielfältige Angebote für Schülerinnen und Schüler in und außerhalb der Schulzeit. Zu nennen sind hierbei z.B. Präventionsangebote und Trainings zu den Themen Mediennutzung, Gewalt oder Sucht.

weitere Themenfelder

Zum Zusammenwirken von Schule und Jugendhilfe haben Schul- und Jugendhilfeausschuss bereits gemeinsam zu bearbeitende Themenfelder festgelegt: Integrierte Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung, Offene Ganztagsgrundschule, Erziehung in der Schule - Hilfen zur Erziehung, Kinder- und Jugendschutz, Prävention, Projekt- und Fortbildungsangebote für Schule und Jugendhilfe einschließlich Jugendarbeit und Übergang Schule-Beruf-Arbeit.[58] Die Gesamtabstimmung erfolgt über eine gemeinsame Lenkungsgruppe unter der Federführung der Geschäftsbereichsleitungen.

[55] vgl. 12. Kinder- und Jugendbericht, BfFSFJ, S. 391.
[56] vgl. 12. Kinder- und Jugendbericht, BfFSFJ, S. 38 u.39.
[57] 12. Kinder- und Jugendbericht, BfFSFJ, S. 564.
[58] vgl. Kinder- und Jugendförderplan, Stadt Wuppertal, 2006, S. 42.

3.6 Soziales

Die demographische Entwicklung tangiert alle Aufgabenbereiche der Kommune im Handlungsfeld „Soziales“, nämlich die Sicherstellung von bedarfsgerechten sozialen Angeboten, von vorbeugenden Maßnahmen zum Ausgleich von sozialer Benachteiligung sowie von Beratung und finanzieller Unterstützung. Dieser Sicherstellungsauftrag ist in Kooperation mit der Freien Wohlfahrtspflege und privaten Trägern vor Ort, teilweise auch in enger Kooperation mit anderen Kostenträgern umzusetzen, wobei die kommunale Steuerungsfähigkeit in einigen Bereichen (z.B. Pflege) zu Gunsten eines freien Marktgeschehens eingeschränkt worden ist. Nicht zu vernachlässigen ist allerdings, dass ein wesentlicher Teil der sozialen Leistungen von informellen sozialen Unterstützungssystemen getragen wird und deshalb in Förderung und Erhalt dieser Ressourcen eine weitere wichtige Aufgabe kommunaler Sozialpolitik liegt.

Soziales Zusammenleben in der Stadtgesellschaft

Zunahme von Alleinlebenden und Kinderlosen

Die Alterung und der sich weiter fortsetzende Wandel der Lebens- und Haushaltsformen werden zu einem Zuwachs an Haushalten von Alleinlebenden und Kinderlosen führen, Haushalte mit Kindern bzw. mehreren Generationen werden an Zahl stark abnehmen. Familien im Sinne von Solidargemeinschaften, die aus mehr als zwei Generationen bestehen, werden aufgrund zunehmender Mobilität der Generationen zukünftig immer weniger in einer Stadt leben.

Bedeutungsverlust traditioneller Unterstützungssysteme

Das Verhältnis der Generationen wandelt sich nicht nur rein numerisch, sondern äußert sich auf örtlicher Ebene auch in der Existenz bzw. Nicht-Existenz von sozialen Unterstützungssystemen zwischen Großeltern-, Eltern-, Kinder- und Enkelgenerationen. Selbst bei gleichem Wohnort der Generationen einer Familie ist zukünftig verstärkt davon auszugehen, dass regelmäßige, dauerhafte persönliche Unterstützungsleistungen nicht mehr selbstverständlich zur Verfügung stehen. Die Bereitschaft dazu wird bei den nachwachsenden, stärker an Selbstverwirklichung und am Anspruch auf das eigene Leben orientierten Generationen nicht mehr so ausgeprägt sein. Insgesamt bewirken diese Entwicklungstrends, dass die heute nach wie vor in nicht unerheblichen Maße erfolgende wechselseitige Unterstützung zwischen den Generationen einer Familie vor allem im Bereich der unmittelbaren alltagspraktischen und personenbezogenen Leistungen zurück gehen wird (weniger im Bereich finanzieller Transfers). Insbesondere die Chance der Älteren und Hilfebedürftigen, auf unmittelbare familiale Unterstützung zurückgreifen zu können, wird in Wuppertal weiter sinken. Gleichzeitig zeigt sich aber zunehmend die Entwicklung neuer Formen von Solidarbeziehungen (z.B. Unterstützungsmanagement aus der Ferne).

Nachbarschaftliche Solidarbeziehungen vor dem Umbruch

Neben verwandtschaftlichen Solidarbeziehungen existieren auch solche zwischen benachbarten Menschen verschiedener Generationen bzw. im Rahmen von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement. Die Qualität des nachbarschaftlichen Zusammenlebens wird zukünftig durch eine fortschreitende sozialräumliche Entmischung von Altersgruppen und Haushaltsformen nachhaltig und unterschiedlich geprägt werden. Wuppertal kennzeichnen Stadtteile mit hohem und weiter steigendem Altenanteil, aber auch solche mit Schwerpunkt von Familienhaushalten und Nicht-Familien/ Alleinstehenden und Kinderlosen.

Förderung von Engagement und sozialen Netzwerken

Studien verweisen darauf, dass die Bereitschaft zum Engagement für andere in allen Altersgruppen unter bestimmten Rahmenbedingungen sehr hoch ist, bislang allerdings noch nicht in vollem Maße nutzbar gemacht wird[59]. Wie erste praktische Beispiele der Engagementförderung zeigen, kann auch für Wuppertal davon ausgegangen werden, dass es unerschlossene Ressourcen gibt. Es wird aber auch auf Risiken der sozialen Erosion in sog. Armutsinseln hingewiesen.[60] Erhalt und Förderung von tragfähigen informellen sozialen Netzwerken in der Stadt und ihren Stadtteilen gehört zu einer wesentlichen Herausforderung der Zukunft – dies nicht nur, um professionelle Aktivitäten möglichst nachrangig wirksam werden zu lassen (und damit die Kosten für den örtlichen Sozialhilfeträger möglichst gering zu halten). Es geht vielmehr insbesondere auch darum, generationenübergreifendes Miteinander in der Stadt zu befördern und insofern die soziale Integration der Stadtgemeinschaft im Blick zu halten. In diesem Zusammenhang lohnt es sich geschlechtsspezifische Aspekte zu berücksichtigen.

Kinder, Jugendliche und Familie

Familienstrukturen im Wandel

Durch die Diskussion über die demografische Entwicklung und deren Auswirkungen ist in den letzten Jahren zunehmend auch die Situation von Familien ins Blickfeld des Interesses gelangt. Sinkende Geburtenzahlen bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung führt zu grundlegenden Veränderungen der Alters- und Sozialstrukturen der Gesellschaft. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Geburtenrückgang nicht in allen gesellschaftlichen Gruppen in gleichem Maße stattfindet. Gut ausgebildete Frauen und Männer entscheiden sich später für eine Elternschaft oder verzichten ganz auf ein Leben mit Kindern. Junge Menschen mit traditionelleren Lebensvorstellungen oder mit unsicheren oder prekären Zukunftsaussichten, bekommen früher und mehr Kinder.

Die Lebensbedingungen der Wuppertaler Familien sind sehr unterschiedlich. Die Verschiedenheit z.B. hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation, der Familienform, der sozialen Integration oder der Erziehungskompetenz der Eltern haben dabei nicht nur individuell bedeutsame Folgen, sondern bestimmen auch den Bedarf an Förderung und Unterstützung. Im ersten Wuppertaler Familienbericht[61] ist die Situation und das Angebot für Familien mit minderjährigen Kindern untersucht worden. Die Daten und Fakten aus den unterschiedlichen Bereichen der kommunalen Verwaltung und einer Familienbefragung rücken den Blick auf die unterschiedlichen Situationen der Wuppertaler Familien. Um die Lebensbedingungen für Familien zu verbessern und der Abwanderung von Familien entgegenzuwirken, müssen differenzierte Ansätze entwickelt werden, die den privaten Lebenszusammenhang Familie vielfältig und nachhaltig fördern. Familienfreundlichkeit und Familienförderung haben sich zu einem bestimmenden Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit einer Stadt entwickelt.

[59] vgl. z.B. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2005.
[60] vgl. Strohmeier, K.P: Segregierte Armut in den Städten – Strategien sozial integrativer lokaler Politik, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wegweiser Demografischer Wandel 2020, S. 143-147.
[61] vgl. Stadt Wuppertal, Familienbericht 2009

zunehmende Hilfebedarfe trotz Bevölkerungs-rückgang

Trotz des kontinuierlichen Rückgangs der 0 bis unter 18-Jährigen ist zu berücksichtigen, dass der demografische Faktor lediglich ein, und dabei (jedenfalls in einer westdeutschen Großstadt wie Wuppertal) mittelfristig sicher nicht der entscheidende Einflussbereich hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Bedarfe von unterstützenden Jugendhilfeleistungen und Bildungsangeboten ist. Zusätzliche Herausforderungen werden dadurch entstehen, dass Kinder und Jugendliche in Zukunft zunehmend in bildungsfernen Familien aufwachsen, deren Lebensrealität in Bezug auf Bildungs- und Erwerbsbeteiligung zu häufig eher unterdurchschnittlichen sozialen Verhältnissen führt.

hohe Armutsrisiken

Verarmungsrisiken tragen insbesondere Familien mit Kindern, Migrantinnen und Migranten sowie „arbeitende Arme“ (Erwerbstätige ohne ausreichenden Verdienst). Bei unsicheren Erwerbschancen ist ein Kind oder sind mehrere Kinder dazu ein Armutsrisiko. Zudem ist damit zu rechnen, dass die Wohngebiete mit hohem Anteil an Arbeitslosen und Bezieherinnen und Beziehern von SGB II - Leistungen (Hartz IV) sich verfestigen werden – so besteht die Gefahr der weiteren Stabilisierung von für die Sozialisation „ungünstigen“ Familienumwelten in der Stadt. Um diese soziale Ausgrenzung und Stagnation zu durchbrechen, bedürfen Kinder und Jugendliche aus armutsbetroffenen Familien einer breiten Förderung ihrer individuellen Startchancen. Eine regionale Disparität familialer Lebensbedingungen ist in Wuppertal deutlich zu erkennen.

prekäre Sozialisations-bedingungen

Insbesondere der sozio-ökonomische Wandel mit seinen Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse vieler Familien mit Kindern und stetig zunehmenden Brüchen in der Verlässlichkeit familialer Strukturen erzeugt eine Zunahme prekärer Sozialisationsbedingungen, die – wenngleich natürlich im Einzelfall nicht zwingend - im Ergebnis vermehrte Risiken für das Gelingen von Erziehungsprozessen mit sich bringen. Dies wird – wie faktisch schon in den letzten Jahren – einen weiter zunehmenden Unterstützungs- und Hilfebedarf für junge Menschen und deren Familien zur Folge haben.

Besonders betroffen von Arbeitslosigkeit und/oder geringem Familieneinkommen sind Alleinerziehende (v.a. Frauen) und Familien mit Migrationshintergrund. Generell ist festzustellen: je jünger die Kinder, um so höher ist die Angewiesenheit auf soziale Transferleistungen.

Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche

Armut von Kindern bedeutet eine Einschränkung von Erfahrungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten, insbesondere dann, wenn belastende Faktoren kumuliert auftreten. Dies entwickelt sich häufig zu einer sozialen Benachteiligung dieser Kinder und Jugendlichen in den verschiedensten Bereichen. Alle Untersuchungen zur Bildungsleistung von Kindern und Jugendlichen zeigen auf, dass es dem deutschen Bildungssystem nicht gelingt, Integrationsdefizite von Familien, sei es durch Armut oder Migrationsfolgen, auszugleichen. Die anstrengende Sicherung der Basisbedürfnisse führt in diesen Familien häufig zu einer Überforderung der erziehenden Eltern und einer Einschränkung bei der Herausbildung einer den erschwerten Bedingungen angemessenen Erziehungsfähigkeit.

Zusammengefasst[62] bedeutet Armut für Kinder und Jugendliche, dass

- die für ein einfaches tägliches Leben erforderlichen Mittel unterschritten werden,
- es an unterstützenden Netzwerken für die soziale Integration mangelt,
- sie von den für die Entwicklung von Sozialkompetenzen wichtigen Sozialbeziehungen abgeschnitten bleiben,
- Bildungsmöglichkeiten für ihre intellektuelle und kulturelle Entwicklung fehlen,
- sie in Familien eher vernachlässigt werden und
- sie in den Familien eher dem Risiko von Gewalt ausgesetzt sind.

Behinderte

39.000 schwerbe-. hinderte Menschen leben in Wuppertal

Menschen mit Behinderung sind keine homogene Gruppe, ihr Anteil an der Bevölkerung liegt in Wuppertal bei mehr als 15%. Der Begriff „Behinderung“ beschränkt sich dabei nicht nur auf körperliche Einbußen, auch psychische Erkrankungen können zu einer Behinderung führen. Die Anzahl behinderter Menschen mit einem Behinderungsgrad von mindestens 50% (Schwerbehinderte Menschen) liegt in Wuppertal derzeit bei knapp 39.000. Der größere Anteil entfällt dabei auf die Gruppe der über 60-jährigen Menschen. Behinderung ist nicht in erster Linie ein angeborenes Schicksal, sondern vor allem ein Phänomen menschlicher, sozialer Entwicklung. Von allen Menschen mit Behinderungen sind nur knapp 5% von Geburt an behindert. Häufig sind dann exogene bzw. soziale Risikofaktoren für die Genese von Behinderung verantwortlich. In den aller meisten Fällen sind Behinderungen die Folge einer oft chronisch verlaufenden Krankheit.

Behinderungen und Entwicklungsstörungen bei Kindern und Jugendlichen

Zu den häufigsten Behinderungen bei Kindern und Jugendlichen gehören Lernbehinderungen, Störungen der Emotionalität oder des Verhaltens, Sprachstörungen und allgemeine Entwicklungsverzögerungen. Sinnesschäden (Taubheit bzw. Blindheit) sind dagegen relativ selten. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass etwa jedes 6. Kind eine Entwicklungsstörung oder Behinderung zeigt. Kinder aus sozial benachteiligten Familien tragen aufgrund erhöhter gesundheitlicher Gefährdungen ein größeres Risiko, von Behinderung betroffen zu sein. Zudem sind die psychosozialen Bedingungen in ihrem Umfeld häufig weniger förderlich für eine Kompensation bestehender Entwicklungsrisiken. Es wird davon ausgegangen, dass rund 80% bis 90% der Kinder in Schulen für Lernbehinderte aus unteren Sozialschichten stammen. Dem Entgegenwirken von Entwicklungsrisiken, der Information und Aufklärung sowie der gesundheitlichen Prävention kommt daher eine hohe Bedeutung zu.

In den letzten 15 Jahren haben pränataldiagnostische Untersuchungen zugenommen und in vermehrtem Umfang zu Abbrüchen von Schwangerschaften bei der Feststellung von schweren Behinderungsformen geführt. Mittelfristig wird erwartet, dass sich dadurch die Schülerschaft an Förderschulen deutlich verändert. Im Vergleich zu Beginn der 1970er Jahre hat sich der Anteil der Kinder mit Down-Syndrom bereits halbiert.

[62] vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 1. Armuts- und Reichtumsbericht 2001.

höhere Lebenserwartung lässt Zunahme von Behinderungen erwarten

Der medizinische Fortschritt und die zunehmend bessere Versorgung lässt die Lebenserwartung der Menschen im Alter ansteigen. Die zunehmende Lebenserwartung korrespondiert mit funktionalen Einschränkungen und dem Verlust an Lebensqualität. Altersbedingte Krankheiten, die zu schweren Behinderungen führen (können), nehmen zu. Das Krankheitsspektrum im höheren Lebensalter ist überwiegend geprägt von chronischen Erkrankungen und Multimorbidität. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung wird die Zahl der Menschen mit Behinderung zunehmen. Mit höherem Alter nehmen funktionelle Schwierigkeiten, Fähigkeitsstörungen und Behinderungen zu. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass der Bedarf an geriatrischer Prävention, Behandlung und Rehabilitation kurz- bis mittelfristig nicht sinkt.[63] Die Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen hat dazu beigetragen, dass die Nachfrage nach Hilfen gestiegen ist und noch weiter steigen wird.

Integration fördern

Unabhängig vom ihrem Alter haben Menschen mit Behinderung die gleichen Grundbedürfnisse wie Menschen ohne Behinderung nach Wahrung der eigenen Identität, relativer Selbständigkeit, Möglichkeiten der sinnvollen Beschäftigung und Teilnahme am sozialen Leben in der Gemeinschaft. Entscheidend für das Gelingen der Integration von Menschen mit Behinderung ist die Akzeptanz der Andersartigkeit und der Abbau von Vorurteilen. Das 2004 in Kraft getretene Landesgleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderung eröffnet behinderten Menschen große Chancen bei der Durchsetzung ihrer Interessen. Über ihre Verbände haben sich die Behindertenbewegungen bereits vor Jahren Gehör verschafft. In den Kommunen organisieren sich die Behinderten in eigenen Gremien und fordern ihre Rechte auf Selbstbestimmung und Teilhabe ein. Die Beteiligung der Selbsthilfe und ihrer Verbände in den Fachgremien ist selbstverständlicher Bestandteil der Zusammenarbeit und Kooperation in Wuppertal.

Im Berufsleben dominieren behinderungsspezfische Maßnahmen (Werkstätten für Behinderte) oder ähnliche Einrichtungen, die unter dem Dach sozialer Unternehmen verortet werden. Eine Durchlässigkeit in den ersten Arbeitsmarkt findet nur geringfügig statt. Andauernde Gesundheitsprobleme und sogar leichte Behinderungen führen häufig zur Ausgrenzung aus der Erwerbstätigkeit. Die Arbeitslosenquote innerhalb der Erwerbsbevölkerung ist bei Behinderten im Vergleich zu Nichtbehinderten doppelt so hoch.

Barrierefreiheit herstellen

Barrierefreiheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Teilhabe am sozialen Leben. Dies trifft auf mobilitätseingeschränkte Personen, Behinderte mit Sehbeeinträchtigungen und Erblindung, Gehörlose, Erwachsene mit Kinderwagen sowie Seniorinnen und Senioren genauso zu, wie auf Menschen, die krank oder verletzt mit vorübergehenden Beeinträchtigungen leben und ihre Alltagsbesorgungen erledigen müssen. Der Anteil dieser Personengruppen an der Bevölkerung beträgt rund ein Drittel. Zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gehört die Nutzung der vorhandenen Infrastrukturangebote wie z.B. Gaststätten, Kultur- und Freizeitmöglichkeiten, Läden und Arztpraxen[64]. Der Ausbau der Barrierefreiheit wird im Sinne der Daseinsfürsorge auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung einen hohen Stellenwert einnehmen. Zur Barrierefreiheit gehört auch ein ausreichendes Angebot an barrierefreiem Wohnraum.

[63] vgl. Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, Mai 2001.

[64] Nur 14 % der durch die Kassenärztliche Vereinigung in Wuppertal zugelassenen Arztpraxen (525) sind weitgehend (49) bzw. uneingeschränkt (24) barrierefrei zugänglich und nutzbar.

Mobilität ermöglichen

Mobilität ist für behinderte Menschen ein wichtiger Indikator der selbständigen Lebensführung und setzt in der Regel die Barrierefreiheit des öffentlichen Personennahverkehrs voraus. Zunehmend werden Buslinien und Haltestellen im Nahverkehr in Wuppertal auf die Bedürfnisse der behinderten Menschen umgebaut. Die Barrierefreiheit auf Bahnhöfen, Bahnsteigen und in Bahnen bildet allerdings noch eine große Ausnahme. In der Regel sind nur die S-Bahnsteige in Wuppertal eingeschränkt barrierefrei erreichbar und nutzbar. Leitsysteme für Blinde fehlen z.B. gänzlich. Wäre der ÖPNV stärker als bisher barrierefrei und könnte dadurch von Behinderten und mobilitätseingeschränkten Menschen genutzt werden, könnte die Stadt mittelfristig Ausgaben für Sonderfahrdienste einsparen.

Ältere Menschen

Gruppe der Hochaltrigen wächst

Im Zuge der demographischen Entwicklung bleibt die Altenbevölkerung insgesamt (60 Jahre und älter) bis 2020 relativ konstant. Erst danach ist mit einem deutlicheren Anstieg der Zahl älterer Menschen zu rechnen. Wesentlich ist allerdings, dass die Gruppe der Hochaltrigen (80 Jahre und älter) bereits bis 2020 kontinuierlich anwachsen und die der sog. „jungen Alten“ entsprechend zurückgehen wird. Auch die Zahl älterer Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit erhöht sich und ihr Anteil an der Altenbevölkerung steigt von derzeit 7% auf 9% im Jahre 2025. Der Anteil der Älteren, die in Ein-Personen-Haushalten leben, wird allein aufgrund der wachsenden Hochaltrigkeit auf über 35 % ansteigen. Da auch der Männeranteil an der zukünftigen Altenbevölkerung zunehmen wird (Nachkriegsgeneration), bieten sich erhöhte Chancen des gemeinsamen Altwerdens in (Ehe-) Paarbeziehungen.

veränderte Ansprüche der älteren Generation

Die zukünftige Altengeneration hat erhöhte Beteiligungserwartungen und tritt mit veränderten Ansprüchen in der Stadt und auf dem Markt auf. Sie erwartet vermehrte Orientierung auf ihre Belange bei der Gestaltung von Waren, Dienstleistungen, sozialen Angeboten und Einrichtungen – nicht nur bei speziellen Seniorinnen- und Seniorenangeboten. Grundsätzlich ist „Alter“ als eine durchschnittlich rund 20 Jahre dauernde aktive Lebensphase anzusehen, wobei sich die Grenzen zum "Alter" durch Veränderung der Arbeitswelt und von Lebensstilen zunehmend auflösen. Ältere Menschen wünschen sich in erster Linie „normale“ Wohn- und Lebensbedingungen und Teilhabe an regulären Angeboten des städtischen Lebens. Deshalb gilt es, einen umfassenden Blick auf die kommunalen Lebensbedingungen älterer Menschen zu richten und Ältere als eine von mehreren Generationen im städtischen Leben anzusehen.

aktives Altern

Ältere Menschen sind bis ins hohe Alter bereits jetzt eine in Familie (Enkelinnen und Enkel, Kinder, Partnerin bzw. Partner) und Gesellschaft aktive Altersgruppe. Es werden sich zukünftig noch mehr Ältere bürgerschaftlich engagieren, wenn ihren gestiegenen Erwartungen an Selbstbestimmung und Selbstentfaltung entgegen gekommen wird.

Anpassung der Infrastrukturen

Die steigende Zahl hochaltriger Menschen hat Folgen für die bereitzustellende Infrastruktur in den Bereichen Beratung, Begegnung / Aktivitätsförderung, Wohnen und Hilfe / Pflege – wobei der sich parallel zum demografischen Wandel vollziehende soziale Wandel (Individualisierung, Pluralisierung der Lebensformen, Veränderung des Mobilitätsverhaltens, kulturelle und ethnische Heterogenisierung) und das Wirksamwerden einer stärkeren Verbraucherinnen- und Verbrauchersouveränität maßgebliche Richtschnur

sein müssen. Bereits heute ist die Qualifizierung und interkulturelle Öffnung von Angeboten im Hinblick auf die Bedürfnisse älterer Migrantinnen und Migranten besonders zu beachten, da ihre Zahl stetig zunimmt. Derzeit haben die informellen Unterstützungssysteme (noch) einen hohen Stellenwert, die jedoch zunehmend auch ergänzender (professioneller) Angebote bedürfen werden.

altengerechte Gestaltung von Wohnung und Wohnumfeld

Auch zukünftig ist davon auszugehen, dass der weitaus überwiegende Teil der älteren Wuppertalerinnen und Wuppertaler (derzeit sind es rund 95%) in einer „normalen“ Wohnung bzw. im eigenen Haus leben und dies so lange wie möglich beibehalten wollen. Die Anforderungen der Älteren an Wohnung und Wohnumfeld werden sich jedoch noch weiter ausdifferenzieren, dies verweist nicht nur in Richtung Barrierefreiheit, sondern auch auf Wünsche nach Versorgungssicherheit und sozialer Einbindung. Auch in Zukunft wird dabei mit zunehmendem Alter die Bedeutung des unmittelbaren Wohnumfelds zur Erledigung der täglichen Aktivitäten steigen.

steigender Bedarf an professioneller Hilfe und Pflege

In der Gruppe der Hochaltrigen leben derzeit rund 40% selbständig ohne fremde Hilfe in ihrer Wohnung, weitere 40% leben mit Unterstützung zu Hause und ca. 20% in stationären Pflegeeinrichtungen – wobei die stationäre Versorgungsquote in den letzten Jahren leicht sinkend ist und durch die Freigabe des Pflegemarktes ein Überangebot an stationären Pflegeplätzen entstanden ist. Wie sich die stationäre Versorgungsquote zukünftig entwickeln wird ist strittig. Einerseits ist von einem sinkenden familialen häuslichen Hilfe- und Pflegepotenzial auszugehen (derzeit werden ? aller Pflegebedürftigen in der Häuslichkeit ausschließlich im Rahmen informeller Unterstützungssysteme betreut). Andererseits entstehen bereits jetzt neue Solidarformen, z.B. in gemeinschaftlichen Wohnprojekten oder im Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement, die im vorpflegerischen Bereich wirksam sind. Bedingt durch die wachsende Anzahl hochaltriger Menschen wird sich die Anzahl der Hilfe- und Pflegebedürftigen und dementiell Erkrankten bis 2020 um etwa 20% vergrößern. Insgesamt ist deshalb davon auszugehen, dass die Anforderungen an professionelle Hilfe und Pflege quantitativ und qualitativ ansteigen werden.

zunehmende Einkommensdifferenzierung

Die Einkommenssituation älterer Menschen wird in Zukunft nur zum Teil gut sein, sie wird sich vermutlich generell wie auch zwischen den Geschlechtern weiter ausdifferenzieren. Für einen Teil der Älteren wird sie sich verbessern, es ist aber auch mit einer steigenden Anzahl von Seniorinnen und Senioren mit prekärer Einkommenslage zu rechnen – dies wird seinen Niederschlag vor allem im Beratungs-, Wohnungs- und Begegnungsangebot finden müssen.

Gesundheit

gesundes Altern als lebenslange Aufgabe

Gesundheit im Alter wird in den kommenden Jahren nicht nur für die älterwerdenden Menschen selbst, sondern für die gesamte Bevölkerung eine zentralere Bedeutung bekommen. Gesundes Altern muss als lebenslange Aufgabe verstanden werden. Gesundheitsförderung und Prävention sind hierbei Maßnahmen, die dazu beitragen, eine hohe Lebensqualität und Selbstständigkeit bis ins hohe Alter zu erhalten. Sie zielen darauf ab, gesundheitliche Belastungen zu reduzieren und die Gesundheitsressourcen zu erhöhen. Eine zielgruppenspezifische Prävention muss es sich zur Aufgabe machen, die spezifischen Bedürfnisse aller Altersgruppen zu berücksichtigen und somit ein eigenverantwortliches Handeln in allen Lebenslagen und Altersgruppen zu fördern. Für die Prägung des Gesundheitsbe-

wusstseins bei Kindern und Jugendlichen ist ein frühzeitiges Erlernen gesundheitsfördernder Verhaltensweisen wichtig.

Armut macht krank

Es ist längst bekannt, dass Armut ein erhebliches Gesundheitsrisiko darstellt und sozioökonomische Parameter wie Einkommen, beruflicher Status und Bildung in engem Zusammenhang mit gesundheitlich belastenden Lebensbedingungen, Gesundheitsverhalten sowie Gesundheitszustand stehen. Spätestens seit der Verabschiedung der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung durch die Weltgesundheitsorganisation im Jahr 1986 werden diese Zusammenhänge auch offensiv thematisiert. Menschen mit geringem Einkommen, niedriger beruflicher Stellung oder Bildung sterben in der Regel früher und leiden zudem häufiger an gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Dieser Befund sozial bedingter Ungleichheiten wird durch die Ergebnisse der aktuellen Gesundheitsberichterstattung des Bundes und des bundesweiten Kinder- und Jugendsurveys[65] erneut bestätigt.

Gesundheitsförderung neu ausrichten

Der Schwerpunkt direkt gesundheitsorientierter Projekte und Maßnahmen sollte bei der Gesundheitsförderung und damit bei der Stärkung von Gesundheitsressourcen und -potenzialen liegen. Charakteristisch ist dabei ein lebensweltorientierter Ansatz, der auf den Stadtteil und die alltäglichen Lebensweisen der Quartiersbevölkerung fokussiert und sowohl auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse, als auch auf eine gesundheitsgerechte Beeinflussung individueller Verhaltensweisen abzielt. Herkömmliche Angebote der Gesundheitsförderung mit einer sog. Komm-Struktur sind überwiegend mittelschichtsorientiert und werden von sozial Benachteiligten kaum angenommen. Die neu zu entwickelnden Angebote sollten unmittelbar auf die Zielgruppen zugehen (Geh-Struktur), um sie zu erreichen. Dies gelingt am besten durch aufsuchende Arbeit in der Lebenswelt der Zielgruppen an vertrauten Orten und Einrichtungen im Quartier. Auf die positiven Erfahrungen von Projekten mit ähnlicher Prozessstruktur im Rahmen der Programme „Soziale Stadt“ und „Multikulturelle Nordstadt[66]“ kann dabei zurückgegriffen werden. Ziel der Programmumsetzung sollte es sein, Netzwerke zu bilden und niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsförderung für sozial benachteiligte Zielgruppen zu schaffen.

Verarmungsrisiken

Grundsätzlich unterliegt die Skizzierung von kommunalen Entwicklungstrends und Herausforderungen im Themenbereich Armut verschiedenen Unwägbarkeiten, wie z.B. der allgemeinen Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung sowie der Ausgestaltung sozialstaatlicher Rahmenbedingungen (Familienlastenausgleich, Rentenversicherung etc.). Insofern können hier nur zu einigen wichtigen Aspekten plausible Annahmen und Vermutungen formuliert werden.

Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Armutsrisiko

Gemessen am Bezug existenzsichernder Transfers im Rahmen des SGB II (Hartz IV) und SGB XII (Sozialhilfe) tragen bestimmte Bevölkerungsgruppen in der Stadt seit Jahren ein erhöhtes Verarmungsrisiko. Zu diesen Gruppen gehören insbesondere Langzeitarbeitslose, (Aus-)Bildungsbenachteiligte, Alleinerziehende, Erwerbstätige, Rentnerinnen und Rentner

[65] vgl. Robert-Koch-Institut: Kinder- und Jugendgesundheitssurvey (KiGGS) 2003-2006: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland, Berlin 2008.

[66] „Multikulturelle Nordstadt“ ist ein von der Freudenberg-Stiftung gefördertes Modellprojekt zur Stadtteilentwicklung, das in den Jahren 2004-2008 von der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) des Ressorts Zuwanderung und Integration durchgeführt wurde.

mit niedrigen Einkommen, Migrantinnen und Migranten, größere Familien, Kranke, Behinderte und Pflegebedürftige.

Kinder von Armut besonders betroffen

Da sich die Personen(gruppen) mit besonderen Verarmungsrisiken in bestimmten Wohngebietsschwerpunkten konzentrieren, treten dort Merkmale sozialer Benachteiligung (hohe Hartz IV-Dichte, hohe Arbeitslosenquote, hoher Anteil Alleinerziehender, hoher Anteil von Migrantinnen und Migranten) kumuliert auf. Gleichzeitig ist festzustellen, dass in diesen Stadtteilen viele Kinder und Familien leben. Bei den Stadtteilen, die häufig durch relativ hohe Mobilität und Fluktuation gekennzeichnet sind, handelt es sich vielfach um Wohngebiete mit einem niedrigen Niveau lokaler Integration und Identifikation sowie weniger tragfähigen sozialen Netzwerken. Studien gehen davon aus, dass die Mehrheit der Kinder in größeren Städten zukünftig unter solchen Bedingungen aufwächst. Die Anforderungen an sozialintegrative Stadtteilpolitik sowie Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen, die in solchen sog. Armutsinseln aufwachsen, werden in Zukunft weiter steigen.[67]

sozialer Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten begegnen

Ausländische Staatsangehörige bzw. Personen mit einem Migrationshintergrund sind nicht nur von den o.g. Verarmungsrisiken aufgrund ihrer Bildungsbenachteiligung, ihres nicht unerheblichen Anteils an Erwerbstätigen und Rentnerinnen und Rentnern mit niedrigem Einkommen, an Alleinerziehenden sowie größeren Familien besonders betroffen, sondern auch in erhöhtem Maße von Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit aufgrund vorhandener Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. So erhalten Deutsche ohne Migrationshintergrund bei gleicher oder sogar schlechterer Qualifizierung eher einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Dies schlägt sich in einer Arbeitslosenquote ausländischer Staatsangehöriger nieder, die doppelt so hoch liegt, wie bei deutschen Staatsangehörigen.[68] Zahlen zum Migrationshintergrund liegen leider nicht vor. Die Bildungsbenachteiligung spiegelt sich in den sprachlichen Defiziten und fehlenden Schul- und Berufsabschlüssen wider, die trotz des Durchlaufens des hiesigen Schulsystems eingetreten sind. Dies erschwert es erheblich, der vererbten Armut zu entrinnen. Der mit der demografischen Entwicklung zunehmende Anteil der Wuppertaler Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei gleichzeitig zu erwartendem (zum Teil schon eingetretenem) Fachkräftemangel verweist auf die hohe Bedeutung der Schaffung von Chancengerechtigkeit, möglichst in frühen Lebensjahren und des Bedarfs auf nachholende Qualifizierungen. Der Abbau von Vorbehalten bei potenziellen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie Ausbilderinnen und Ausbildern bzw. die interkulturelle Sensibilisierung, damit z.B. Mehrsprachigkeit als Zusatzqualifikation erkannt und eingesetzt werden kann, wird eine ebensolche Bedeutung beikommen.

Anstieg von Altersarmut

Mit zunehmender Alterung der Wuppertaler Bevölkerung wird sich Altersarmut im Gegensatz zu früheren Jahren wieder etwas verstärken. Die Armutsbetroffenheit von Kindern und Jugendlichen wird aber auch in Zukunft vermutlich sehr viel höher sein, als die älterer Menschen. Die Anzahl der ehemals von Arbeitslosigkeit Betroffenen mit unzureichenden Rentenansprüchen wird zukünftig aufgrund der teilweise längeren Zeiträume der Nicht-Teilhabe am Arbeitsmarkt ansteigen und zunehmenden Grundsicherungsbedarf erzeugen. Ältere Migrantinnen und Migranten, deren Anzahl

[67] vgl. Strohmeier, K.P: Segregierte Armut in den Städten – Strategien sozial integrativer lokaler Politik, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wegweiser Demografischer Wandel 2020, S. 143-147.

[68] Monitoringdaten des Ressort Zuwanderung und Integration aus dem Jahr 2008.

mit der demographischen Entwicklung zunehmen wird, haben oftmals aufgrund der speziellen Erwerbsbiographien Schwierigkeiten, eine ausreichende Altersvorsorge zu erwirtschaften.

Probleme beim Ausscheiden aus dem Arbeitsleben

Ältere Beschäftigte werden u.a. aufgrund der Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre zukünftig einen größeren Anteil an den Personen im erwerbsfähigen Alter stellen (überregionale Studien sprechen von ca. 22% im Jahre 2020[69]). Prognosen über die tatsächliche Teilhabe älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Erwerbsleben sind schwierig. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sie aufgrund des erwarteten Fachkräftemangels in zunehmendem Maße auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Frühes und ggf. unfreiwilliges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben wird dann möglicherweise nicht nur verstärkt mit finanziellen Problemen, sondern auch mit sozialer Benachteiligung und Desintegration behaftet sein (fehlende Anerkennung, Brachliegen von Kompetenzen, Ausgliederung aus sozialen Bezügen).

höherer Aufwand für Hilfe- und Pflegebedürftige

Aufgrund der zunehmenden Anzahl Hochaltriger werden die Anforderungen an finanzielle Transfers bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit durch den örtlichen Sozialhilfeträger ebenfalls ansteigen – die Höhe hängt u.a. vom realisierbaren Maß an präventiven, rehabilativen und vorstationären Konzepten ab. Ältere Menschen, die zur Deckung der mit Hilfe und Pflege verbundenen Kosten auf kommunale Finanztransfers angewiesen sind, benötigen darüber hinaus natürlich auch Unterstützung, um soziale Teilhabe, angemessene Inanspruchnahme sozial-gesundheitlicher Dienstleistungen und adäquate Wohnbedingungen – kurz: ein Leben in Würde – sicher zu stellen.

[69] vgl. Prager, J.U./ Schleiter, A. (Hg.): Länger leben, arbeiten und sich engagieren, Gütersloh 2006.

3.7 Wohnen/Stadtbild/Bauen

Auf dem Wohnungsmarkt führt der demografische Wandel zu tiefgreifenden Umwälzungen. Durch die demografischen Prozesse wird die quantitative und die qualitative Entwicklung der Nachfrage am Wohnungsmarkt in erheblichem Maße beeinflusst. Die Wohnungsnachfrage geht nicht nur zurück, sie verändert auch ihre Struktur und wird sich nach Haushaltstypen, Altersgruppen, Lebensstilen, kultureller Zugehörigkeit und Einkommen weiter differenzieren und pluralisieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Wohnungsmarkt nicht eindeutig von anderen Einflüssen trennen lassen. Demografische Faktoren und gesellschaftliche Entwicklungen überlagern und verstärken sich gegenseitig. Die Veränderungen des Wohnstandortes und die neuen Herausforderungen, die sich insbesondere auch aus den demografischen Veränderungen ergeben, sind von der Stadt Wuppertal ausführlich im Handlungsprogramm Wohnen[70] beschrieben.

Quantitative Veränderungen der Wohnungsnachfrage

Rückgang der Privathaushalte trotz Haushaltsverkleinerungen

Die entscheidende Größe für die Entwicklung der Wohnungsnachfrage ist die Zahl der Haushalte. Diese ist nicht nur abhängig von der Bevölkerungsentwicklung, sondern wird auch von der Veränderung der Haushaltsgrößen beeinflusst. Der mit der Alterung der Bevölkerung und der Pluralisierung der Lebensstile verbundene Trend zu Ein- und Zwei-Personen-Haushalten führt dazu, dass sich der Bevölkerungsrückgang quantitativ zunächst nur in abgeschwächter Form auf den Wohnungsmarkt bemerkbar macht.[71] Der aus den deutlich rückläufigen Bevölkerungszahlen in Wuppertal resultierende Nachfragerückgang wird durch die Verkleinerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße teilweise kompensiert. Die gravierenden Auswirkungen, die sich aus der negativen Bevölkerungsentwicklung für die quantitative Wohnungsnachfrage ergeben, treten dadurch erst mit zeitlicher Verzögerung in Erscheinung. Trotz dieses Effektes hat sich der Wuppertaler Wohnungsmarkt bereits seit dem Jahr 2000 von einem Anbieter- zu einem Nachfrager-Markt gewandelt. Wuppertal gehört damit zu den wenigen kreisfreien Städten und Landkreisen, in denen trotz weiterer Haushaltsverkleinerungen schon bis 2020 aufgrund des überproportional starken Bevölkerungsrückgangs mit einem Rückgang der Wohnungsnachfrage gerechnet werden muss.[72]

Qualitative Veränderungen der Wohnungsnachfrage

veränderte Nachfragestruktur

Neben den quantitativen Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt wird sich auch die Struktur der Wohnungsnachfrage verändern. Die alters- und haushaltsstrukturellen Verschiebungen werden die qualitative Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt ebenso beeinflussen, wie der wachsende Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Mit der steigenden Zahl älterer und hochbetagter Menschen wandeln sich die Anforderungen an Größe,

[70] Stadt Wuppertal, Handlungsprogramm Wohnen, Wuppertal 2009.

[71] Diese Entwicklung wird auch durch eine entsprechende Untersuchung der städtischen Statistikstelle bestätigt. Während die Zahl der Einwohner von 1987 bis 2007 um knapp 7 % zurückgegangen ist, blieb die Zahl der Privathaushalte in diesem Zeitraum nahezu unverändert. Vgl. Wuppertaler Statistik, Privathaushalte 2007, Analysen und Berichte 1, S. 10.

[72] Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW geht in seiner Haushaltsprognose (2005-2020) davon aus, dass die Zahl der Haushalte in Wuppertal von rund 176.300 Haushalten in 2005 auf 164.600 Haushalte in 2020 absinken wird.

Qualität, Barrierefreiheit, Lage und Umfeld von Wohnungen. Diese Entwicklung wird durch die zunehmende kulturelle und ethnische Vielfalt der Bevölkerung und die Ausdifferenzierung von Lebensstilen und sozialen Milieus verstärkt. Haushaltstypen wie Single-Haushalte, Haushalte von kinderlosen Paaren und von Alleinerziehenden treten verstärkt in Erscheinung, Senioren werden Familien als stärkste Nachfragergruppe verdrängen.[73] Die sog. Normalfamilie verliert als vorherrschende Haushaltsform und dominantes Nachfragemuster auf dem Wohnungsmarkt an Bedeutung. Die sinkende Zahl der 30- bis 45-Jährigen wird sich nicht nur auf die Zahl der Geburten und der Familiengründungen auswirken, sondern auch die Nachfragedynamik insbesondere im Segment Eigenheimbau beeinträchtigen, die in dieser Altersgruppe üblicherweise besonders hoch ist.

Konsequenzen für den Wohnungsmarkt

Aus den quantitativen und qualitativen Veränderungen der Wohnungsnachfrage lassen sich die folgenden Konsequenzen für den Wohnungsmarkt ableiten:

zunehmende Leerstandsproblematik und sinkende Miet- und Immobilienpreise

Bereits heute ist auf dem Wuppertaler Wohnungsmarkt in bestimmten städtischen Teilräumen eine nicht unerhebliche Leerstandskonzentration erkennbar.[74] Durch die zurückgehende Wohnungsnachfrage baut sich das Überangebot an Wohnraum weiter auf und es entstehen wachsende Vermietungsprobleme und steigende Leerstandsquoten.[75] Die zunehmende Wahlfreiheit der Nachfrager wird dazu führen, dass nicht mehr nachfragegerechte Wohnungsbestände leer laufen und ein Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung entsteht. Das Überangebot wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Wohnungsbestände des einfachen Miet- und Geschosswohnungsbaus mit eingeschränkter Marktakzeptanz konzentrieren. In einigen Gebieten der Stadt können dadurch Leerstandsquoten in ganz erheblicher Größenordnung auftreten.[76] Aktuell betrifft dies im wesentlichen Wohnungen in Hochhaussiedlungen und in strukturschwachen Gründerzeitbeständen. Wohnungen in weniger attraktiven Siedlungen der 1950er und 1960er Jahre werden wahrscheinlich in Kürze hinzukommen. Aufgrund des Nachfragerückgangs sind zudem sinkende Miet- und Immobilienpreise in nicht nachgefragten Segmenten/Lagen zu erwarten.

verstärkter Qualitätswettbewerb und Ausdifferenzierung des Angebotes

Die durch das Überangebot gestiegenen Wahlmöglichkeiten der Nachfrager lassen einen wachsenden Qualitätswettbewerb auf dem Wohnungsmarkt erwarten. Wohnungen, die von der Größe, dem Zuschnitt, der Ausstattung, dem Zustand, der Lagequalität, dem Wohnumfeld oder der Nachbarschaft her Defizite aufweisen, werden von Leerständen bedroht sein. Mit der Pluralisierung der Nachfrage wird sich auch das Wohnungsangebot

[73] Bereits heute ist der Anteil der älteren Ein-Personen-Haushalte ab 65 Jahren (14,3 %) und der Anteil der Haushalte von Paaren mit minderjährigen Kindern (14,5 %) etwa gleich hoch. Vgl. Wuppertaler Statistik, Privathaushalte 2007, Analysen und Berichte 1, S. 11 u. 14.

[74] Zum Stichtag 15.04.2007 wurde für das gesamte Stadtgebiet eine durchschnittliche Leerstandsquote von 4,8 % ermittelt. Vgl. Wuppertaler Statistik, Wohnungsleerstandsanalyse 2007, Analysen und Berichte 2, S. 21.

[75] Empirica hat in einem Szenario für die Stadt Wuppertal eine Leerstandsquote für das Jahr 2025 von 14,3 % ermittelt. Dies entspricht ca. 21.000 dauerhaft leerstehenden Wohnungen. Diese Berechnungen unterstellen bereits zwischenzeitliche Verluste durch Abrisse und Wohnungszusammenlegungen etc. in einer Größenordnung von ca. 10.000 Wohneinheiten. Empirica, Städtebauliches Entwicklungskonzept Wuppertal (Kurzfass.), 2007, S. 8.

[76] Empirica geht davon aus, dass hier Wohnungsüberschüsse von 30 % und mehr vorstellbar sind. Empirica, Städtebauliches Entwicklungskonzept Wuppertal (Kurzfass.), 2007, S. 9.

weiter ausdifferenzieren. Der Wuppertaler Wohnungsmarkt, der bislang durch eine relativ geringe Differenzierung des Angebotes gekennzeichnet ist[77], wird eine zunehmende Segmentierung nach Preis- und Qualitätsniveaus auf der einen und Wohnungstypen (das Mieteinfamilienhaus, die Servicewohnung, die Alleinerziehendenwohnung etc.) auf der anderen Seite erfahren. Die stärkere Angebotsdiversifizierung wird auch als Zielstellung im Handlungsprogramm Wohnen benannt.[78]

steigende Bedeutung von Wohnumfeld und Infrastrukturausstattung

Mit der zurückgehenden Wohnungsnachfrage werden Wohnstandorte verstärkt in Konkurrenz zueinander treten. Neben einem nachfragegerechten Wohnungsangebot gewinnen für die Wohnstandortwahl dann weitere Faktoren wie die Gestaltung, das Image und die Sauberkeit des Wohnumfeldes, die Ausstattung mit sozialer Infrastruktur, die Erreichbarkeit von Nahversorgungseinrichtungen, die Verkehrsanbindung sowie die Nähe zu Grün- und Spielflächen und zum Freiraum als Qualitätsmerkmal von Wohnquartieren an Bedeutung. Insbesondere für ältere und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen wird die infrastrukturelle Ausstattung und die Anbindung ihres Wohngebietes an den öffentlichen Verkehr künftig auch darüber entscheiden, inwieweit sie noch zu einer eigenständigen Lebensführung imstande sind. Auch kaufkräftigere Familien legen besonderen Wert auf ein attraktives Wohnumfeld mit einem vielfältigen und attraktiven Angebot an Spiel- und Freizeitmöglichkeiten für Kinder. Ein attraktives und gepflegtes Wohnumfeld und eine gute Infrastrukturausstattung reduzieren für Immobilieneigentümerinnen und Immobilieneigentümer das Leerstandsrisiko und können dadurch die Investitionsbereitschaft fördern.

begrenzte Modernisierungs- und Abrissmöglichkeiten im Bestand

Um Wohnungsleerstände zu vermeiden und ein nachfragegerechtes Wohnungsangebot zu schaffen, wären umfangreiche Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen im Bestand erforderlich. Dort, wo sich Modernisierungsinvestitionen nicht mehr amortisieren oder Gebäude nicht mehr marktfähig sind, wird zudem über punktuelle Abrisse nachgedacht werden.[79] Allerdings ist zu beachten, dass das Überangebot an Wohnraum die Spielräume für Mietpreiserhöhungen und damit für Investitionen begrenzt. Außerdem muss berücksichtigt werden, dass die Marktfähigkeit eines Objektes nicht allein durch die qualitative Verbesserung einer Wohnung erreicht werden kann, sondern auch von den sozialen und städtebaulichen Qualitäten des Umfeldes bestimmt wird. Dies wirkt sich nachteilig auf die Investitionsbereitschaft in Wohngebieten mit entsprechenden Defiziten aus. Umfassende Aufwertungsprozesse in den gründerzeitlichen Quartieren der Talachse werden zudem durch die kleinteiligen Eigentumsstrukturen erschwert, die eine enge Kooperation der Eigentümer voraussetzen.

Neubaubedarf trotz zurückgehender Nachfrage

Solange die Nachfrage nach Wohnraum in den geforderten Qualitäten im Bestand nicht realisiert werden kann, wird es trotz erheblicher Wohnungsleerstände einen Neubaubedarf in einigen Segmenten geben. Dies gilt besonders für Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen, die bisher stärker in den hochwertigen randstädtischen Höhenlagen des Stadtgebietes nachgefragt werden. Integrierte innerstädtische Lagen sind insbesondere für ältere Bevölkerungsgruppen mit eingeschränkter Mobilität von Bedeutung. Auch auf gesättigten Wohnungsmärkten haben zielgruppengerechte Produkte für bestimme Nachfragergruppen wie z.B. altersgerechte Wohnungen mit unterschiedlichen Betreuungsangeboten eine Chance. Diese

[77] vgl. Empirica, Städtebauliches Entwicklungskonzept Wuppertal (Langfassung), S. 39.
[78] vgl. Stadt Wuppertal, Handlungsprogramm Wohnen, S. 34.
[79] vgl. Stadt Wuppertal, Handlungsprogramm Wohnen, S. 21ff.

Neubaumaßnahmen entstehen in Konkurrenz zu den Bestandswohnungen und verschärfen die Leerstandsproblematik.

Anstieg der Wohnnebenkosten

Aufgrund der negativen Bevölkerungsentwicklung kommt es zu entsprechenden Minderverbräuchen und damit zu einer geringeren Auslastung der technischen Infrastruktur (Trinkwassernetze, Abwasserkanäle, Kläranlagen etc.). Da die Fixkosten der leitungsgebundenen Netze und Anlagen auf eine geringe Nutzerzahl umgelegt werden müssen, wird dies zu Gebührenerhöhungen führen und einem Anstieg der Wohnnebenkosten zur Folge haben.

wachsende sozialräumliche Segregation

Das Überangebot auf dem Wohnungsmarkt erleichtert es Haushalten mit entsprechenden finanziellen Möglichkeiten, ihre Wohnsituation durch einen Umzug zu verbessern und unattraktive Wohnstandorte zu verlassen. Die Selektivität dieser Wanderungen begünstigt die Konzentration von benachteiligten Gruppen in Quartieren, die bereits durch ungünstige Sozialstrukturen geprägt sind und fördert die soziale Entmischung der Bevölkerung. Es ist zu befürchten, dass diese Segregationsprozesse zu einer dauerhaften räumlichen Polarisierung innerhalb der Stadt führen und benachteiligte Stadtteile entstehen, in denen sich soziale, ökonomische, städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Probleme kumulieren und verfestigen. Die räumliche Konzentration von leerstehenden Wohnungen, ungenutzten Ladenlokalen und brachgefallenen Flächen sowie ausbleibende Investitionen können in bestimmten Quartieren zu Verfallserscheinungen im Stadtbild führen. Gefährdet sind durch diese Entwicklung neben den vorwiegend am Rande der Stadt gelegenen Hochhaussiedlungen insbesondere die hoch verdichteten Quartiere der Gründerzeit entlang der Talachse.

3.8 Kultur

Wuppertal verfügt über ein attraktives kulturelles Angebot, über ein breites Spektrum an kulturwirtschaftlichen Unternehmen sowie über ambitionierte Akteure der Kulturszene. Kultur wird in mehrfacher Hinsicht die demografische Entwicklung Wuppertals beeinflussen.

Kultur als Standortfaktor

Kultur als Identifikationsfaktor

Das reiche kulturelle Angebot ist eine der Besonderheiten Wuppertals und daher ein wichtiger Standortvorteil. Kulturelle Angebote und Aktivitäten schaffen sowohl bei den Kulturschaffenden als auch beim Publikum eine Bindung an die eigene Stadt. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist das Kulturleben ein wesentlicher Faktor, sich mit ihrer Stadt zu identifizieren. Kulturarbeit schafft einen kreativen Raum, trägt mit vielen kleinen Initiativen zur Attraktivität der Stadt bei. Künstlerinnen und Künstler mit und ohne Migrationshintergrund machen einen elementaren Teil des städtischen Kulturlebens aus. Sie tragen als Freischaffende, in Kultureinrichtungen, Initiativen und Vereinen zur Bereicherung des urbanen Lebensgefühls bei und stärken die Bindung an und die Identifizierung mit Wuppertal.

Kultur als Wirtschaftsfaktor

Kulturwirtschaftliche Unternehmen und Akteure stellen gerade in Wuppertal einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor dar. Sie prägen durch ihre Impulse und Vernetzungen ein attraktives kreatives Milieu, ziehen weitere Kreative und Kulturschaffende an, schaffen dadurch Beschäftigung und stärken den Wirtschaftsstandort Wuppertal. Kulturelle Angebote sind auch ein möglicher Pluspunkt bei Umzugsentscheidungen von ökonomisch stärkeren Personengruppen.

Kultur als Integrationsfaktor

Die Kulturarbeit in den Stadtteilen mit Erneuerungsbedarf fördert den sozialen Zusammenhalt, indem sie die sozialen Beziehungen und das Miteinander vor Ort unterstützt. Eine Fortführung von bestehenden Initiativen im Rahmen der Programme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“ sind hierfür wichtige Handlungsansätze.

Kultur als Entwicklungsfaktor

Die Kulturarbeit mit Kindern und Jugendlichen in und außerhalb von Schulen vermittelt ebenfalls wichtige Impulse für die demografische Entwicklung: Sie bietet Kindern und Jugendlichen aus Familien, die öffentliche Kulturangebote kaum oder gar nicht nutzen, stabilisierende Entwicklungsmöglichkeiten, betreibt kulturelle Nachwuchsförderung und stärkt junge Potenziale.

Herausforderungen für Kultureinrichtungen

Wandel der Besucherstrukturen

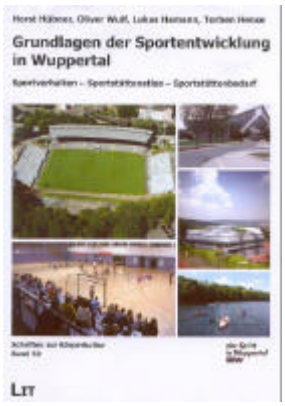
Die verschiedenen Kultureinrichtungen müssen sich in ihrer programmatischen Ausrichtung frühzeitig auf die veränderten Anforderungen durch den demografischen Wandel einstellen. Wenn man die heutigen Besucherstrukturen der einzelnen Kultureinrichtungen betrachtet, muss man davon ausgehen,

- dass die städtischen Kultureinrichtungen (Wuppertaler Bühnen, Tanztheater, Sinfonieorchester, Museen etc.) in den kommenden Jahren einen signifikanten natürlichen Schwund ihrer Klientel (hier: die heutigen "silver ager") verzeichnen werden,

- dass sich ähnliche Tendenzen auch für die Veranstaltungen der Freien Szene, in denen sich vorwiegend die mittlere Generation (hier: die heutigen "mid ager") bewegt, ergeben,
- dass junge Menschen ihre eigenen kulturellen Szenen pflegen, wenig Zugang zu klassischen Kultureinrichtungen haben und häufig die Stadt verlassen,
- dass viele Menschen mit Migrationshintergrund ebenfalls wenig Zugang zu herkömmlichen Kultureinrichtungen haben bzw. ihre eignen kulturellen Nischen pflegen,
- dass ärmere Menschen sich eher als vom Kulturleben ausgeschlossen betrachten und stärker die Nutzung passiver Medien (Fernsehen, Computer etc.) bevorzugen.

Zukünftig wird es darum gehen, junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund als Besucher zu gewinnen, ältere Menschen als Besucher zu halten und neue (soziale) Besucherschichten zu erschließen. Die meisten Kultureinrichtungen haben sich in den vergangenen Jahren bereits mit den Entwicklungen auseinandergesetzt und in ihrer Geschäftspolitik entsprechend reagiert.

3.9 Sport



Die von der Stadt zusammen mit der Kommunalen Forschungsstelle Sportentwicklungsplanung der Bergischen Universität im Jahre 2007 durchgeführte repräsentative Befragung zum „Sporttreiben in Wuppertal“[80] hat ergeben, dass rund ¾ der Wuppertaler Bevölkerung im Alter zwischen 10 und 75 Jahren sport- bzw. bewegungsaktiv ist. Trotz der bereits seit Jahren zurückgehenden Bevölkerungszahl ist die Zahl der Mitglieder in Sportvereinen mit zuletzt rund 76.000 relativ konstant geblieben.

Für Sport und Bewegung unterhält die Stadt Wuppertal zahlreiche Sportanlagen. Neben den Großsportstätten Stadion und Unihalle gehören hierzu rund 40 Sportplätze und über 100 Turn- und Sporthallen, die die Sportvereine kostenlos nutzen können. Darüber hinaus stehen der Bevölkerung wie auch Schulen und Vereinen sieben Hallen- und vier Freibäder zur Verfügung. Hinzu kommt eine Vielzahl vereinseigener Sportstätten.

Sportstättennachfrage verändert sich

Durch den demografischen Wandel wird es gravierende Änderungen bei Sportausübung und der Sportstättennachfrage geben. Die zentrale Herausforderung des demografischen Wandels wird nicht nur darin bestehen, die Sportstättenentwicklung an die Bevölkerungsentwicklung anzupassen, sondern auch die mit dem Wandel verbundenen Potenziale auszuschöpfen und damit den negativen demografischen Trends entgegen zu wirken.

Veränderung des Sportverhaltens

gesundheitsorientierte Sportausübung gewinnt an Bedeutung

Das Sportverhalten wird mit am stärksten durch das Alter geprägt. Der Anteil der älteren Menschen wächst auch in Wuppertal überproportional. Damit verändert sich die Motivation zum Sporttreiben. Der Trend wird weiter in Richtung Gesundheit, Ausdauer, Fitness und Wellness zunehmen. Die Quote der Sporttreibenden im höheren Alter ist zwar unterdurchschnittlich, die Partizipation der über 60-Jährigen am Sport hat in der jüngeren Vergangenheit aber deutlich zugenommen. Bei den „jüngeren Älteren“ ab etwa 40 Jahren haben Bewegung und Sport im Alltag viel Platz. Diese Gruppe ist jedoch seltener Mitglied in Sportvereinen und nutzt stärker Angebote von kommerziellen und kommunalen Einrichtungen oder organisiert ihren Sport eigenverantwortlich. Die Nachfrage nach wettkampfungebundenen Sportangeboten wird insgesamt größer.

Unterschiedliche Bedürfnisse der Sportausübung sind auch zwischen Frauen und Männern festzustellen. Mädchen und Frauen bevorzugen Breiten- und Freisportarten wie Fitness, Gymnastik, Tennis und Tanzen. Jungen und Männer sind dagegen stärker team- und wettkampfsportlich orientiert. Sportliche Aktivitäten von Frauen erhöhen sich in jedem Alter bis zum 65. Lebensjahr kontinuierlich, während Männer im mittleren Alter und über 65 Jahren Sport eher reduzieren.

Kinder und Jugendliche wechseln zunehmend häufiger von einer Sportart zur anderen. Auch bei ihnen ergeben sich nicht nur durch den relativen Rückgang ihrer Zahl, sondern auch durch gesellschaftliche Entwicklungen (wie z.B. Anstieg berufstätiger Elternteile und Alleinerziehender) geänderte Rahmenbedingungen. Neue Schulstrukturen und Unterrichtsorganisationen (wie z.B. Ganztagsschulen) führen aufgrund geringerer zeitlicher Spielräu-

[80] vgl. Hübner, Horst / Wulf, Oliver: Grundlagen der Sportentwicklung in Wuppertal, Schriften zur Körperkultur, Band 50, Berlin 2008

me ebenfalls zu anderen Voraussetzungen für die Sportausübung. Die Bewegungsangebote für Kinder und Jugendliche im Alltag gehen zurück, was insgesamt zu motorischen Defiziten führt.

Migranten verändern Sportnachfrage

Der Anteil der sportaktiven Menschen mit Migrationshintergrund liegt nach Studien nur bei rund 20 %, der Sportaktivenanteil der deutschen Bevölkerung dagegen bei 50%, so dass hier ein erhebliches Wachstumspotenzial besteht. Aufgrund der Dimension der Zuwanderung und der weiteren Ausdifferenzierung der Herkunftsländer sind auch ein „Import“ neuer Sportarten und -disziplinen und eine veränderte Schwerpunktsetzung von Bedeutung. Teamsportarten und hier insbesondere Fußball, aber auch Kampfsportarten sind hier zu nennen. Sportliche Ausdrucksformen (z.B. Tanz) und Schwimmen werden insbesondere von Mädchen mit Migrationshintergrund nachgefragt.

Anpassung des Sportangebotes

Vereinssport vor großen Herausforderungen

Ein wesentlicher Teil des Anpassungsprozesses zielt unmittelbar auf die Inhalte und Strukturen des organisierten Sports. Hierzu gehört insbesondere, dass Verbände und Vereine zukünftig verstärkt auf die sich ändernden Bedürfnisse des Sportverhaltens und der Zielgruppen eingehen und entsprechende Angebote (z.B. im Gesundheitssport oder flexible Modelle wie offene Bewegungstreffs) bereithalten. Insgesamt wird zukünftig wegen der noch komplexeren Aufgaben ein noch stärkeres ehrenamtliches Engagement erforderlich sein, um die Probleme des demografischen Wandels bewältigen zu können.

Der Anpassungsprozess von Vereinen und Verbänden wird von der Sportverwaltung soweit wie möglich unterstützt. Zentrale Bedeutung kommt hierbei weiterhin der Sportförderung durch Vorhaltung einer nachfrageorientierten Sportstätteninfrastruktur und die – auch finanzielle – Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in den Vereinen zu.

informelles Sporttreiben ermöglichen

Für bewegungsaktive Trendsportarten wie Wandern, Joggen und Nordic-Walking ist die Nutzung von Flächen in der freien Natur wie auch in Städten unabdingbar. Hier sollten nach dem Motto „Vorfahrt für Bewegung“ die Rahmenbedingungen positiv gestaltet werden. Ein weiteres Angebotspotenzial sind die sog. Sportgelegenheiten, also Flächen, die primär nicht für Sport und Bewegung gedacht sind (z.B. Parkplätze und Grünanlagen), für sportliche Aktivitäten aber grundsätzlich nutzbar wären.

Anpassung der Sportstätteninfrastruktur

Steuerung über Sportstättenentwicklungsplanung

Durch die Beauftragung einer kommunalen Sportstättenentwicklungsplanung wurde bereits ein wichtiger Schritt zur Anpassung der Sportstätteninfrastruktur unternommen. Neben der bereits erwähnten Studie zum Sportverhalten in Wuppertal wurden in der Studie in einem zweiten Planungsbaustein die privaten und kommunalen Sportstätten und -gelegenheiten systematisch erfasst. Im dritten Baustein werden das Sportstättenangebot und die Sportnachfrage bilanziert und gutachterliche Handlungsempfehlungen ausgesprochen. Ziel ist, auf Basis dieser Analyse und der Empfehlungen der Gutachter ein Handlungsprogramm zur zukünftigen Sportstättenentwicklungsplanung in Wuppertal unter Mitwirkung aller am örtlichen Sportgeschehen Beteiligten zu verabschieden, das Sportstättenbestand und -bedarf soweit wie möglich in Einklang bringt.

B. Demografische Entwicklungsperspektiven und Handlungsstrategien

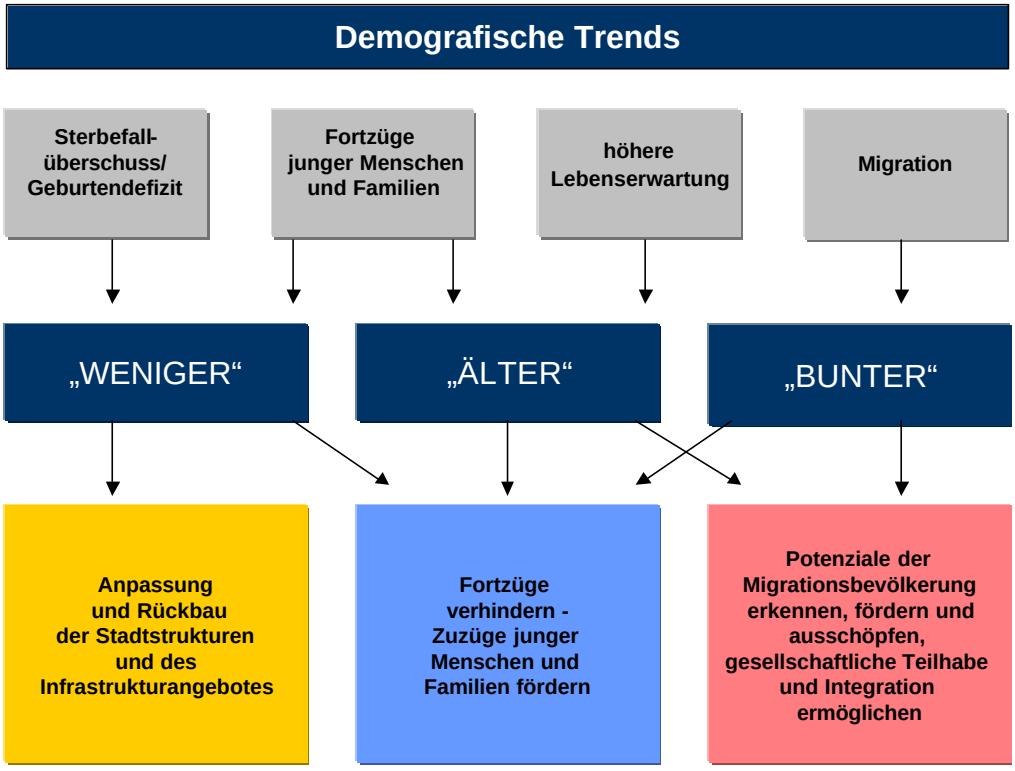
Auf Grundlage der in Teil A vorgenommenen Standortbestimmung zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf Wuppertal werden in Teil B demografische Entwicklungsperspektiven und Handlungsstrategien für Wuppertal aus Sicht der Stadtentwicklung benannt.

4. Demografische Ziele, Demografie-Leitbild und Handlungsstrategien

Demografischer Wandel als Herausforderung für die Stadt

Die demografische Standortbestimmung hat gezeigt, dass Wuppertal vom demografischen Wandel voll erfasst wird und nahezu alle kommunalen Handlungsfelder von den Auswirkungen der demografischen Veränderungen betroffen sein werden. Schon seit Mitte der 1960er Jahre geht die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt kontinuierlich zurück und perspektivisch ist mit weiteren, deutlichen Rückgängen zu rechnen. Dies ist auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung und die negative Wanderungsbilanz zurückzuführen. Zukünftig wird die Stadt vor allem durch den gesellschaftlichen Alterungsprozess und den steigenden Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund vor neue Herausforderungen gestellt. Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht diese Zusammenhänge und stellt die grundsätzlichen kommunalen Reaktionsmöglichkeiten auf diese Entwicklungen dar.

Abb. 9: Demografische Trends



Quelle: eigene Darstellung

4.1. Demografische Ziele

Schrumpfungsprozess ist unumkehrbar!

Die Art und Weise, wie Wuppertal mit dem demografischen Wandel umgeht, wird wesentlich über die Zukunftsfähigkeit der Stadt entscheiden. Grundvoraussetzung für einen konstruktiven Umgang mit den demografischen Veränderungen ist zunächst, dass Wuppertal die Unumkehrbarkeit des demografischen Schrumpfungsprozesses akzeptiert und sich der Herausforderung stellt, die Auswirkungen des demografischen Wandels aktiv zu steuern und zu gestalten.

Auf Basis der vorliegenden Analysen sind realistische Ziele und Strategien zu formulieren und deren Umsetzung konsequent zu verfolgen. Vor dem Hintergrund der bisherigen und der prognostizierten Entwicklungen werden folgende demografischen Ziele formuliert:

Abb. 10: Demografische Ziele der Stadt Wuppertal

Ziel 1: Stadtstrukturen anpassen

Wuppertal passt seine Stadtstrukturen an die demografische Entwicklung an und verbindet notwendige quantitative Angebotsreduzierungen mit der Entwicklung von neuen Qualitäten

Ziel 2: Wanderungsbilanz verbessern

Wuppertal ist bestrebt, seine Wanderungsbilanz zu verbessern: die ortsansässige Bevölkerung soll gehalten, qualifizierte Fachkräfte sollen gewonnen und junge Familien sowie einkommensstärkere Haushalte mit und ohne Migrationshintergrund zum Zuzug bewegt werden.

Ziel 3: Gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen

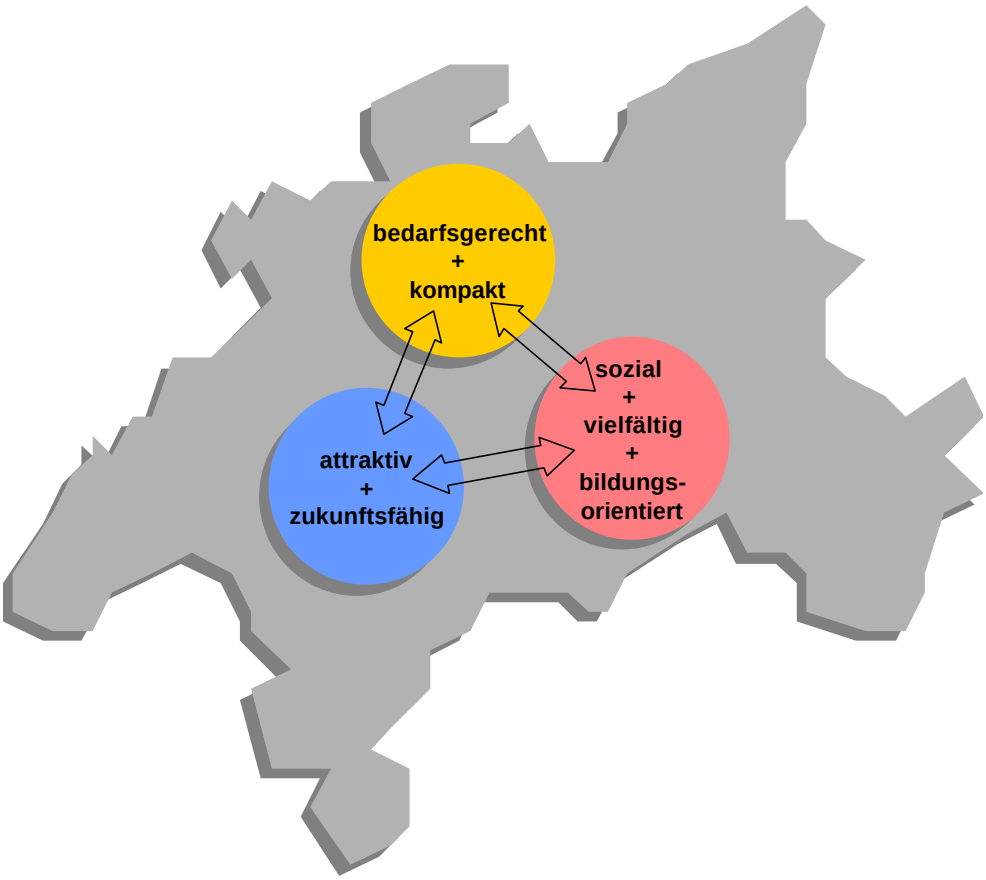
Wuppertal verfolgt das Ziel, die mit der Migrationsbevölkerung verbunden Potenziale sichtbar zu machen, einzubinden und ihre Entfaltung zu fördern, allen Bevölkerungsgruppen eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und einer wachsenden Ungleichheit der Lebensverhältnisse im Stadtgebiet entgegenzuwirken.

Quelle: eigene Darstellung

4.2 Demografie-Leitbild

Aus den Zielen, die Stadtstrukturen an die demografische Entwicklung anzupassen, die Wanderungsbilanz zu verbessern und die mit der Zuwanderung verbundenen Potenziale aufzugreifen und zu nutzen sowie allen Bevölkerungsgruppen eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, lässt sich folgendes Demografie-Leitbild für Wuppertal ableiten.

Abb. 11: Demografie-Leitbild für Wuppertal



Quelle: eigene Darstellung

bedarfsgerecht + kompakt

Vor dem Hintergrund der sich wandelnden Bevölkerungsstrukturen verfolgt Wuppertal das Ziel, ein bedarfsgerechtes Infrastrukturangebot und kompakte Stadtstrukturen zu erhalten bzw. schaffen. Die Stabilisierung und Stärkung der innerstädtischen Quartiere spielen hierbei eine wichtige Rolle. Von der Wohnung bis zu den Infrastruktureinrichtungen im Quartier wird darauf geachtet, eine selbstbestimmte Lebensführung von Frauen und Männern bis ins hohe Alter zu ermöglichen.

attraktiv + zukunftsfähig

Eine Verbesserung der Wanderungsbilanz wird nur erreicht werden können, wenn es Wuppertal gelingt, sich nach innen und außen überzeugend als attraktiver und zukunftsfähiger Wohn- und Wirtschaftsstandort mit urbanen Qualitäten darzustellen. Voraussetzung hierfür sind die Schaffung guter Wohn- und Lebensbedingungen für Familien sowie Möglichkeiten qualifizierter Beschäftigung für jüngere Männer und Frauen.

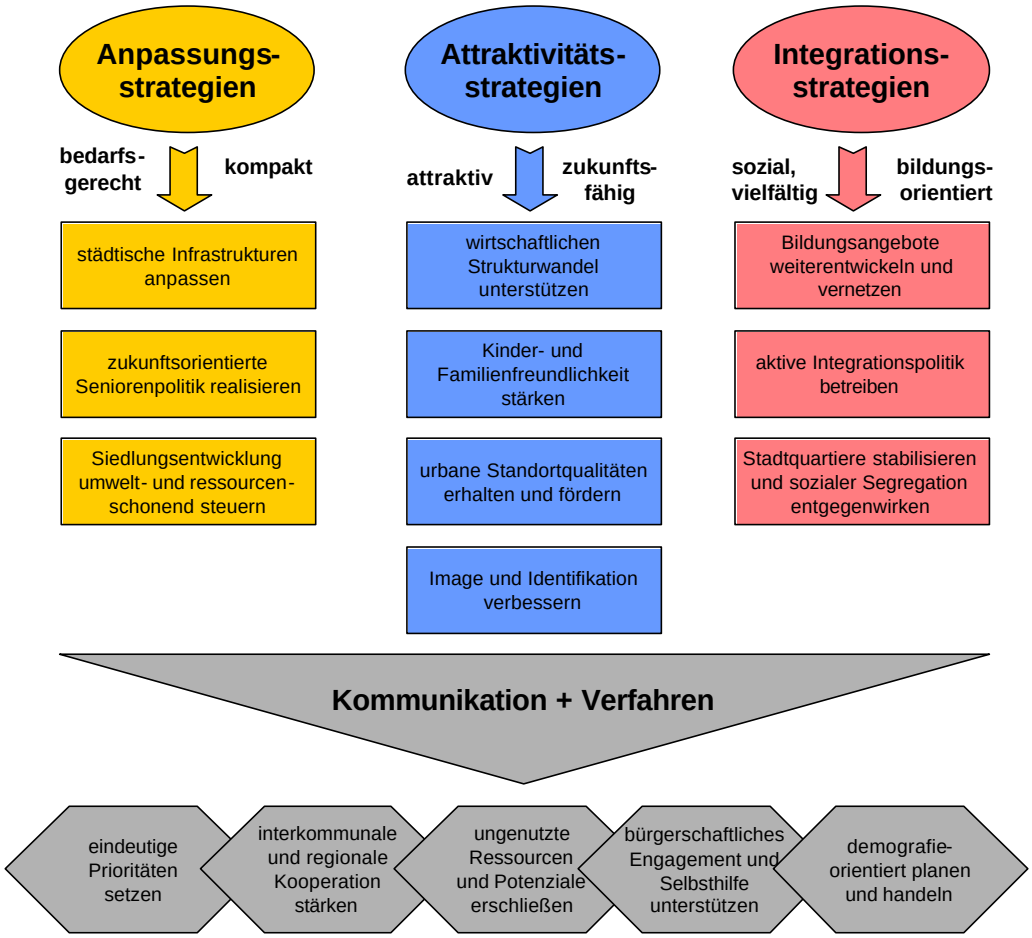
Die ethnische und soziale Vielfalt der städtischen Bevölkerung wird als Stärke urbanen Lebens gesehen. Die Förderung der Potenziale der zugewanderten Menschen stärkt die Identität und Bindung zur Stadt und bildet qualifizierte Fachkräfte heran. Eine kreative, kulturell vielseitige und lebendige Gesellschaft schafft ein attraktives Image auch für gut situierte und gebildete Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Akademikerinnen und Akademiker mit Migrationshintergrund. Für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen und den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft bemüht sich Wuppertal um sozialen Ausgleich. Neben einem Ausgleich zwischen reicheren und ärmeren Stadtgebieten gehören hierzu die Beteiligung von Menschen unterschiedlicher ethnischer und sozialer Herkunft, die Förderung gleicher Bildungschancen und die Entwicklung eines hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangebotes für Mädchen und Jungen.

sozial
+
vielfältig
+
bildungsorientiert

4.3 Handlungsstrategien

Auf Grundlage der demografischen Ziele und des Demografie-Leitbildes lassen sich konkrete Handlungsstrategien zur Gestaltung des demografischen Wandels in Wuppertal ableiten. Die Handlungsstrategien lassen sich in Anpassungsstrategien, Attraktivitätsstrategien und Integrationsstrategien auf der einen und Vorgehensweisen (Kommunikation und Verfahren) auf der anderen Seite unterscheiden.

Abb. 12: Handlungsstrategien für Wuppertal



Quelle: eigene Darstellung

Die Kernelemente der verschiedenen Strategieansätze werden im folgenden genauer erläutert.

Anpassungsstrategien

Als Anpassungsstrategien werden diejenigen Strategieansätze bezeichnet, bei denen es darum geht, die Stadtstrukturen und das Infrastrukturangebot an die demografischen Prozesse anzupassen.

1. Städtische Infrastrukturen anpassen

Um- und Rückbaustrategien entwickeln

Der demografische Wandel zwingt dazu, Abschied vom Wachstumsparadigma zu nehmen und wirksame Antworten auf die Herausforderungen des Bevölkerungsrückgangs zu finden. Angesichts der begrenzten Finanzmittel der Stadt wird das gegenwärtige Niveau der Infrastrukturversorgung als städtische Aufgabe in Frage gestellt. Der Bevölkerungsrückgang (der bei Infrastrukturen mit hohem Fixkostenanteil zu erhöhten Pro-Kopf-Belastungen – sog. Remanenzkosten – führt) und veränderte Bevölkerungsstrukturen, machen eine aktive Neuausrichtung des vorhandenen Angebotes unumgänglich. Ein positiver Umgang mit diesen Entwicklungen bietet die Chance, die bevorstehenden Veränderungen für Modernisierungsschübe und Qualitätsverbesserungen zu nutzen (z.B. durch die Aufgabe mehrerer stadtteilbezogener Einrichtungen zugunsten eines zentralen Angebotes). Bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Infrastrukturen sind ein wichtiger Faktor für die Attraktivität einer Kommune. Um die Bereitstellung eines solchen Angebots gewährleisten zu können, sind neben einer notwendigen Aufgabenkritik auch die bestehenden Angebots- und Organisationsformen zu überprüfen und fortzuentwickeln. Für alle kommunalen Handlungsfelder müssen vorausschauend entsprechende Um- und Rückbaustrategien entwickelt werden. Interkommunale Kooperationen und eine verstärke Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen oder privaten Partnerinnen und Partnern können für die zukunftsfähige Gestaltung dieser Aufgaben Lösungsansätze bieten.

2. Zukunftsorientierte Seniorinnen und Seniorenpolitik realisieren

selbstbestimmte Lebensführung ermöglichen

Angesichts des fortschreitenden Alterungsprozesses der Stadtgesellschaft ist eine zukunftsorientierte kommunale Seniorinnen- und Seniorenpolitik eine zentrale Querschnittsaufgabe. Menschen, die nicht mehr in der aktiven Berufs- und Familienphase stehen, stellen eine sehr heterogene Bevölkerungsgruppe dar. Sie wollen ihre dritte Lebensphase aktiv und selbstbestimmt gestalten und sind in hohem Maße zu gesellschaftlichem Engagement bereit. Die Mobilisierung unausgeschöpfter Potenziale älterer Menschen wie Zeit, Wissen und Lebenserfahrung ist eine wichtige Aufgabe im Rahmen der Förderung „aktiven Alterns“. Für die gesundheitliche Prävention sind zielgruppenorientierte Sport- und Bewegungsangebote auszubauen. Wichtige Voraussetzungen für eine selbstbestimmte Lebensführung sind ein barrierefreies Lebensumfeld, ein an die Mobilitätsbedürfnisse älterer Menschen angepasstes Verkehrsangebot und dezentrale Versorgungsstrukturen. Bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit im Alter muss es darum gehen, Strukturen zu schaffen, die möglichst lange eine selbstbestimmte Lebensführung und eine aktive Teilnahme an der Gesellschaft ermöglichen. Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ ist bei der Sicherstellung ausreichender Angebote eine maßgebliche Richtschnur.

3. Siedlungsentwicklung umwelt- und ressourcenschonend steuern

kompakte Stadtstrukturen erhalten und fördern

Um trotz des Schrumpfungsprozesses und des damit verbunden Nachfragerückgangs eine Durchlöcherung der Stadtstrukturen zu verhindern und eine kompakte Stadt zu erhalten und zu fördern, ist die Flächenentwicklung nach dem Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ zu steuern. Neue Bauvorhaben sollen vorrangig in der Talachse oder nahe der Stadtteilzentren im bestehenden Siedlungsraum realisiert werden. Unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenschonung gewinnen die Reaktivierung von Brachflächen und mindergenutzten Flächen, die Revitalisierung von historischen Gebäuden, der Umbau und die qualitative Attraktivitätssteigerung des vorhandenen Gebäudebestandes gegenüber der Neuausweisung von Bauland an Bedeutung. Der Schrumpfungsprozess beinhaltet die Chance, in sehr verdichteten, benachteiligten Räumen – nach Rückbau nicht marktfähiger Bestandsgebäude - attraktive Grün- und Freiflächen für Erholungsnutzungen zu ergänzen.

Attraktivitätsstrategien

Zu den Attraktivitätsstrategien gehören in erster Linie Strategieansätze, mit denen das Wanderungsverhalten positiv beeinflusst werden kann.

1. Wirtschaftlichen Strukturwandel unterstützen

zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen aufbauen

Da ein großer Teil der Wanderungsverluste ursächlich mit dem wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozess zusammenhängt, besteht die zentrale Herausforderung darin, die vorhandenen wirtschaftlichen Stärken zukunftsorientiert auszubauen. Für den Aufbau tragfähiger ökonomischer Strukturen sind gut ausgebildete Fachkräfte eine zentrale Voraussetzung. Umgekehrt gilt, dass das Angebot von qualifizierten Arbeitsplätzen in der Stadt ein wichtiger Faktor ist, um Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern sowie Bildungswanderinnen und Bildungswanderern eine berufliche Perspektive zu bieten.

2. Kinder- und Familienfreundlichkeit stärken

Familienfreundlichkeit als wichtiger ist Standortfaktor

Die Verbesserung der Lebensqualität für Familien mit Kindern und die Entwicklung von kinder- und familienfreundlichen Strukturen ist mitentscheidend für die Zukunft der Stadt. In Familien tragen zwei oder mehr Generationen soziale Verantwortung füreinander und leisten damit einen wesentlichen Beitrag für die Stadtgesellschaft. Über diese gesellschaftspolitische Funktion hinaus hat sich Kinder- und Familienfreundlichkeit zu einem wichtigen Standortfaktor im Wettbewerb der Kommunen um Familien, Unternehmen und Fachkräfte entwickelt. Neben guten Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder aller Altersgruppen, die eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer ermöglichen, spielt die Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Lebensumfeldes eine wichtige Rolle. Hierzu gehören familiengerechte Wohnangebote, ausreichende Spiel-, Sport- und Freiflächen, verkehrsberuhigte Wohnbereiche, verkehrssichere und barrierefreie öffentliche Räume, ein gutes Angebot im Nahverkehr und bei der sozialen Infrastruktur, eine hohe Luftqualität und geringe Lärmbelastungen.

3. Urbane Standortqualitäten erhalten und fördern

Lebendigkeit und Qualitäten sichern

Ein urbanes Stadtleben ist ein wichtiger Standortfaktor, der in hohem Maße zur Lebensqualität und zur Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Stadt beiträgt. Neben lebendigen Quartieren, attraktiven Einkaufsmöglichkeiten sowie vielfältigen Freizeit- und Sportangeboten kann eine interessante Kunst- und Kulturszene die Bindung der Bürgerinnen und Bürger an die Stadt stärken und ein positives Image prägen, das über die Stadtgrenzen hinaus wirkt. Das bestehende kulturelle Angebot ist so weiterzuentwickeln, dass auch Bevölkerungsgruppen, die bisher nicht erreicht worden sind, als Besucherinnen und Besucher sowie Kulturschaffende gewonnen werden. Dazu gehört u.a. die Vielfalt der Kulturen und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, die die urbane Standortqualität mitprägt. Der Reiz städtischen Lebens wird auch durch die Qualität der Architektur bestimmt. Investitionen in den Erhalt und den Ausbau der Zentren müssen deshalb mit entsprechenden Gestaltungsansprüchen verknüpft sein. Für die Profilierung Wuppertals ist ferner der Erhalt der Bausubstanz in den reizvollen alten Stadtteilen und den Gründerzeitvierteln notwendig.

4. Image und Identifikation verbessern

unverwechselbares Profil entwickeln

Sehr wichtig wird es sein, das Image von Wuppertal und die Identifikation mit der Stadt zu verbessern. Wuppertal verfügt über viele Vorzüge und Alleinstellungsmerkmale (Schwebebahn, Zoo, historisches Zentrum). In ihrer Summe scheinen diese Merkmale aber weder innerhalb noch außerhalb der Stadt das Gesamtbild von Wuppertal zu bestimmen. Hier hat sich eher ein negativ geprägtes Bild der Stadt verfestigt. Leuchtturmprojekte können eine wichtige Funktion besitzen, um Wuppertal im Wettbewerb der Städte und Regionen um Einwohnerinnen und Einwohner, Arbeitskräfte und Unternehmen wirkungsvoll zu positionieren. Dazu muss an einem unverwechselbaren Profil Wuppertals gearbeitet werden, dass identitätsstiftend und authentisch nach innen wirkt und Anziehungskraft nach außen entfaltet. Unter den Rahmenbedingungen immer enger werdender finanzieller Spielräume der öffentlichen Hand bedeutet dies, wenige Leuchtturmprojekte zu realisieren, diese jedoch an den richtigen Orten in der Stadt und mit einem hohen Anspruch an Funktionalität und Qualität.

Integrationsstrategien

Integrationsstrategien sind Strategieansätze, die die Potenziale der Menschen mit Migrationshintergrund (an-)erkennen, aufgreifen und im besten Sinne nutzbar machen, sich um eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und die Integration aller in der Stadt lebenden Gruppen bemühen.

1. Bildungsangebote weiterentwickeln und vernetzen

Bildung ist Schlüsselfaktor

Mit den demografischen Veränderungen steigt d er Anteil der Menschen, die aus bildungsfernen Familien stammen, also von Menschen mit geringeren Möglichkeiten der Bildungspartizipation. Angesichts sinkender Erwerbspersonenzahlen wird es zukünftig sehr wichtig sein, die Potenziale aller Bürgerinnen und Bürger entsprechend zu fördern. Gute Bildungsangebote sind daher Schlüsselfaktoren für die Zukunftsfähigkeit der Stadt. Die kommunale Bildungsverantwortung muss deshalb weit über die Sachaufwandsträgerschaft für einzelne Einrichtungen hinausgehen und insbesondere qualitative Verbesserungen in der Bildungslandschaft anstreben. Hier-

zu sind die vielfältigen Bildungs- und Weiterbildungsangebote zu vernetzen und zu einem Gesamtsystem weiterzuentwickeln, dass von der frühkindlichen Bildung über die schulische und berufliche Bildung bis hin zu Weiterbildung und Qualifizierung reicht. Ziel ist es, für Menschen jeden Alters die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, die ihnen eine ihren Fähigkeiten und Kompetenzen entsprechende berufliche Perspektive eröffnet und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Neben individueller Förderung bedarf es hierzu adäquat ausgestatteter Bildungseinrichtungen.

2. Aktive Integrationspolitik betreiben

Chancen von Internationalität und kultureller Vielfalt nutzen

Eine zukunftsweisende Integrationspolitik ist eine Politik der Anerkennung und Achtung aller Wuppertalerinnen und Wuppertaler. Sie achtet die individuelle und kulturelle Vielfalt und bezieht die Bedürfnisse der gesamten Stadtbevölkerung mit ein. Integration ist somit eine Querschnittsaufgabe und berührt weitestgehend alle kommunalen Handlungsfelder. Ziel einer aktiven Integrationspolitik ist es, vorhandene gesellschaftliche Benachteiligungen aufzuheben, innerstädtischen Parallelgesellschaften entgegenzuwirken, die mit Zuwanderung verbundenen Chancen und Potenziale zu erkennen und zu nutzen sowie eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen. Um dies zu erreichen, fördert und fordert eine solche Integrationspolitik die Mitwirkung aller Beteiligten. Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der von allen gesellschaftlichen Kräften getragen werden muss.

3. Stadtquartiere stabilisieren und sozialer Segregation entgegenwirken

Konzentration auf Quartiere der Talachse

Die mit dem demografischen Wandel einhergehenden sozialen Probleme treten stadträumlich in unterschiedlicher Ausprägung in Erscheinung. Insbesondere die gründerzeitlich geprägten Quartiere in der Talachse (Arrenberg, Elberfelder Nordstadt, Ostersbaum, Unterbarmen und Oberbarmen/ Wichlinghausen) sind von dieser Entwicklung besonders stark betroffen. Um sozialer Desintegration und ausgeprägten räumlichen Disparitäten entgegenzuwirken, ist es sinnvoll, die für den Stadtumbau verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen schwerpunktmäßig in diesen benachteiligten Quartieren zu konzentrieren. Daneben zeigen sich erhebliche Handlungsbedarfe in einigen monofunktionalen Wohnsiedlungen der 1960er und 1970er Jahre, die durch eine hohe soziale und ethnische Segregation gekennzeichnet sind und Mängel an den Wohngebäuden, im Wohnumfeld und im Bereich der infrastrukturellen Versorgung aufweisen. Gerade für diese Gebiete sind Handlungsstrategien notwendig, die insbesondere im Bildungsbereich anknüpfen und dort zu Investitionen führen, um gleiche Zukunftschancen für die dort lebenden Menschen zu schaffen. Andererseits müssen Strategien auch baulich-räumlich ansetzen, um diese Siedlungen nachhaltig zu stabilisieren. Dabei umfasst die Strategie sowohl die Inwertsetzung von Wohnungen, wie auch den Rückbau nicht zukunftsfähiger Wohnungsbestände.

Kommunikation- und Verfahren

Die Realisierung der vorgenannten Handlungsansätze setzt Vorgehensweisen voraus, die insbesondere die dramatische Haushaltssituation der Stadt Wuppertal berücksichtigen:

1. Eindeutige Prioritäten setzen

inhaltlich:
Bildung + Integration

räumlich:
Talachse + 60er/70er-Jahre Siedlungen

Die begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen zwingen die Stadt dazu, festzulegen, mit welchen fachlichen und räumlichen Schwerpunktsetzungen der demografischen Entwicklung am wirkungsvollsten begegnet werden kann. Für die Zukunftsfähigkeit der Stadt sind die Handlungsfelder Bildung und Integration von zentraler Bedeutung. Da die mit dem demografischen Wandel einhergehenden städtebaulichen und sozialen Probleme insbesondere in den Quartieren der Talachse und einigen monofunktionalen Siedlungen der 1960er und 1970er Jahre in Erscheinung treten, sind die verfügbaren Ressourcen räumlich besonders auf diese Gebiete zu konzentrieren.

2. Interkommunale und regionale Kooperationen stärken

Ausgleichsmechanismen entwickeln

Eine Chance, den Folgen des demografischen Wandels insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge konstruktiv entgegenzutreten, liegt in interkommunalen und regionalen Kooperationen. Voraussetzung für das Zustandekommen solcher Kooperationen sind gerechte Ausgleichsmechanismen zwischen den Beteiligten. Auch wenn die überregionale Wahrnehmbarkeit oder Förderbestimmungen eine kommunale Zusammenarbeit erfordern, stehen benachbarte Städte zugleich im Wettbewerb miteinander um Einwohnerinnen und Einwohner, Arbeitsplätze, Kundinnen und Kunden sowie Touristinnen und Touristen. Es ist daher eine Strategie zu entwickeln, die für die regionale Ebene eine Balance zwischen Kooperation und Konkurrenz herstellt.

3. Ungenutzte Ressourcen und Potenziale erschließen

„Experimente“ zulassen und unterstützen

Wuppertal verfügt über ein großes Potenzial an un- bzw. untergenutzten Flächen und Gebäuden. Leerstände und Brachen können jedoch nicht nur als Ausdruck des tiefgreifenden Strukturwandels, sondern auch als „Möglichkeitsraum“ für neue Ideen und Projekte betrachtet werden. Die Aktivierung dieser Potenziale bietet die Chance, die Stadt mit neuem Leben zu füllen. Um diese Ressourcen besser zu nutzen, bedarf es der aktiven Unterstützung von entsprechenden Akteurinnen, Akteuren und Initiativen, Spielräumen bei gesetzlichen Regelungen sowie einer neuen Anerkennungskultur für freiwilliges Engagement.

4. Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe unterstützen

Netzwerkbildung anregen und unterstützen

Bei der Gestaltung des demografischen Wandels kann bürgerschaftliches Engagement, Selbstorganisation und Selbsthilfe eine wichtige Rolle spielen. Die in diesem Zusammenhang entstehenden zivilgesellschaftlichen Netzwerke fördern nicht nur die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt, sie können auch einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration leisten. Die lange Tradition bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt und die steigende Zahl aktiver Alter bieten die Chance, neue konzeptionelle und organisatorische Lösungsansätze für bürgerschaftliches- und Unternehmensengagement, Selbstorganisation und Selbsthilfe zu entwickeln. Aufgabe der Stadt wird es in diesem Zusammenhang sein, Netzwerkbildung und Selbstorganisation anzuregen und zu unterstützen, bürgerschaftliche Netzwerke aktiv einzubinden, heterogene Interessenlagen zu bündeln und übergeordnete Gemeinwohlinteressen zu wahren.

5. Demografieorientiert planen und handeln

„Demografie-Check“ als neues Instrument

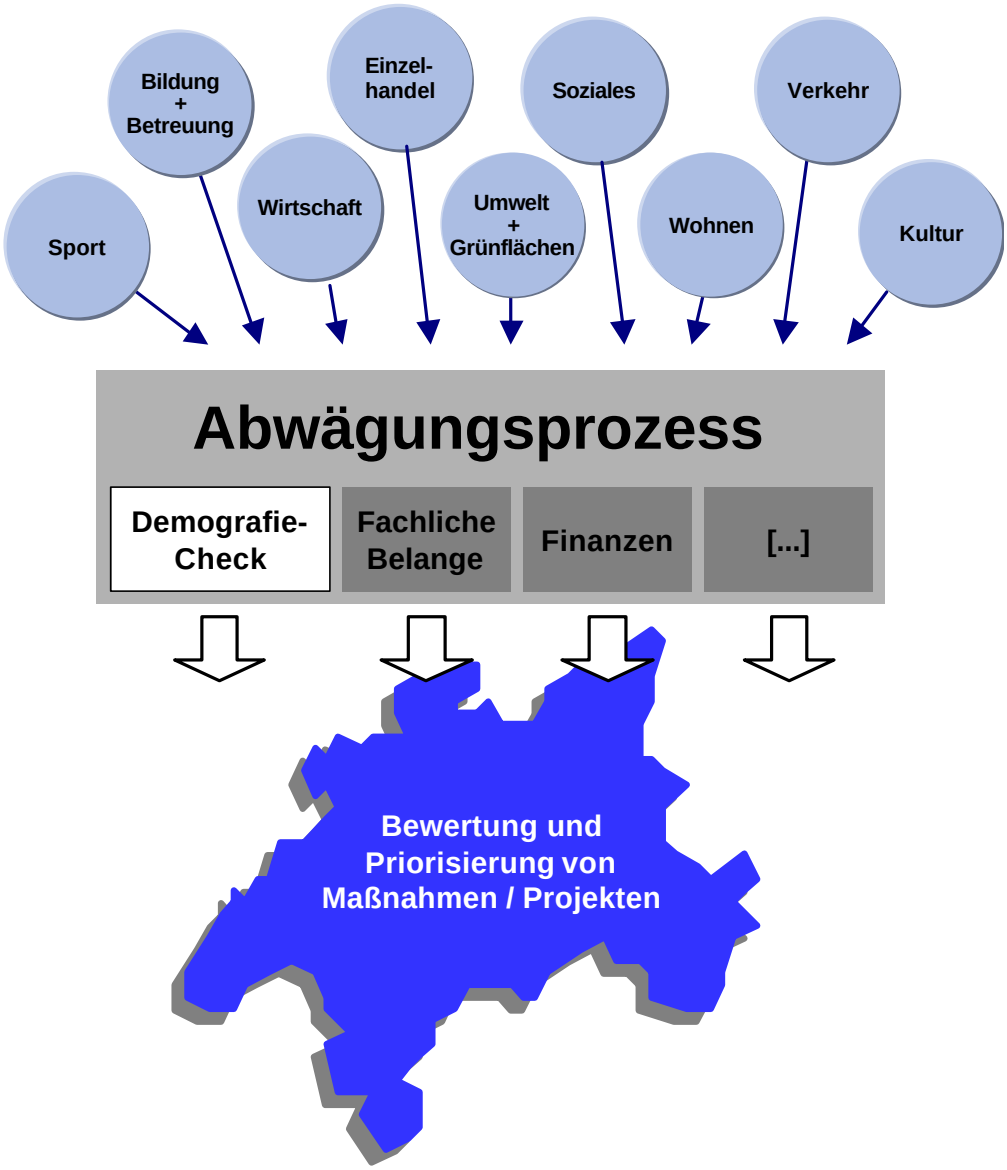
Der demografische Faktor muss in allen kommunalen Handlungsfeldern als wichtige Rahmenbedingung berücksichtigt werden. Um dies systematisch zu gewährleisten, soll ein sog. „Demografie-Check“ eingeführt werden, mit dem geplante Maßnahmen dahingehend überprüft werden, welchen Beitrag sie zur Bewältigung des demografischen Wandels leisten. Fachplanungen müssen zudem stärker aufeinander bezogen, gesamtstädtisch koordiniert und zu einer Gesamtstrategie vernetzt werden, um eine größtmögliche Wirkung zu erzielen. Der Demografie-Check soll bei allen demografierelevanten Vorhaben durchgeführt werden.

5. Demografie-Check

5.1. Projekte und Maßnahmen im Demografie-Check

Mit einem „Demografie-Check“ sollen städtische Beschlüsse vorab auf ihre Demografierelevanz geprüft werden. Auf diese Weise soll festgestellt werden, welchen Beitrag eine Maßnahme, ein Projekt oder auch ein Handlungsprogramm zur Bewältigung des demografischen Wandels leistet. Der Demografie-Check ist eine Entscheidungshilfe für die Priorisierung von konkurrierenden Maßnahmen, aber auch eine Hilfe, unterschiedliche Programme und Projekte im Hinblick auf die Bewältigung des demographischen Wandels zu synchronisieren.

Abb. 13: Projekte und Maßnahmen im Demografie-Check



Quelle: eigene Darstellung

Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen

Der Demografie-Check ist ein Verfahren, das Entscheidungsfindungen transparent und nachvollziehbar macht. Es generiert nicht automatisch „richtige“ Entscheidungen und ist auch kein Ersatz für Diskussions- und Abwägungsprozesse. Der Demografie-Check soll Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft vielmehr für demografische Entwicklungen sensibilisieren, entscheidungsrelevante Kriterien und Argumente einer genauen Prüfung unterziehen und die Entscheidungssicherheit bei Beschlüssen erhöhen.

In alle Beschlussvorlagen soll zukünftig grundsätzlich der Bearbeitungspunkt „Demografie-Check“ aufgenommen werden. Anhand der nachfolgend aufgeführten Prüfkriterien soll dort dargestellt werden, inwiefern geplante Maßnahmen im Sinne der demografischen Ziele und des Demografie-Leitbildes der Stadt Wuppertal wirken und einen Beitrag zur Bewältigung des demographischen Wandels leisten. Der Demografie-Check soll bei allen demografierelevanten Vorhaben durchgeführt werden.

Abb. 14.: Prüfkriterien für den Demografie-Check

	demografische Ziele	**Demografie-Leitbild**	**Prüfkriterien** (= Unterstützt die Maßnahme ...)
Ziel 1	Stadtstrukturen anpassen	bedarfsgerecht + kompakt	– eine bedarfsgerechte Anpassung (Rückbau oder Ausbau) der städtischen Infrastrukturen? – den Erhalt bzw. die Schaffung kompakter Stadtstrukturen? – die Stabilisierung der innerstädtischen Quartiere? – die Möglichkeiten einer selbstbestimmten Lebensführung bis ins hohe Alter?
Ziel 2	Wanderungsbilanz verbessern	attraktiv + zukunftsfähig	– den Erhalt bestehender oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze? – den wirtschaftlichen Strukturwandel? – ein gutes Angebot von ausgebildeten Fachkräften? – die Entstehung von guten Wohn- und Lebensbedingungen für Familien und junge Menschen? – den Erhalt oder die Entwicklung urbaner Qualitäten? – eine Verbesserung von Image und Identifikation?
Ziel 3	gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen	sozial + bildungsorientiert	– die Entfaltung und Nutzung der Potenziale in der Migrationsbevölkerung? – die Einbindung aller relevanten Kräfte? – die Herstellung gleicher Bildungschancen? – die Entstehung eines hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangebotes? – die Aufhebung gesellschaftlicher Benachteiligung? – den Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Stadtgebieten?

Quelle: eigene Darstellung

Bewertung durch verantwortliche Fachbereiche

Die Bewertung der Wirkung einer geplanten Maßnahme wird nach bestmöglicher Einschätzung durch die jeweils verantwortlichen Fachbereiche vorgenommen. Dabei ist zunächst anhand der Prüfkriterien für jedes einzelne Ziel zu bewerten, ob sich die geplante Maßnahme eher positiv (+), eher negativ (-) oder weitgehend neutral (o) auf die Zielerreichung auswirkt. Anschließend werden diese Einzelbewertungen aufsummiert, wobei sich positive und negative Bewertungen gegenseitig ausheben. Sämtliche Maßnahmen werden dabei anhand der festgelegten Prüfkriterien bewertet, inwiefern sie dazu beitragen, die Stadtstrukturen im gewünschten Sinne anzupassen (Ziel 1), die Wanderungsbilanz zu verbessern (Ziel 2) und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen (Ziel 3).

Abb. 15: Bewertungsschema für den Demografie-Check

	Wirkung der geplanten Maßnahme						
bezogen auf	eher negativ			neutral	eher positiv		
Ziel 1	-			o	+		
Ziel 2	-			o	+		
Ziel 3	-			o	+		
Gesamt	**---**	**--**	**-**	**o**	**+**	**++**	**+++**

Quelle: eigene Darstellung

Im Ergebnis kann die Gesamteinschätzung zu den Wirkungen einer Maßnahme also zwischen sehr negativ (---) und sehr positiv (+++) variieren. Je positiver die Bewertung ist, desto wünschenswerter ist die Umsetzung der Maßnahme unter demografischen Aspekten.

In der Gesamtschau aller Maßnahmen, Projekte und Handlungsprogramme, wie sie zum Beispiel in den Leitlinien der Wuppertaler Stadtentwicklung 2015[81] dargestellt sind, ist bei Abwägungsprozessen insbesondere der Gebietsbezug (gesamtstädtischer oder Stadtteil-Bezug) und der Projektcharakter (Bauprojekt oder Mitmachprojekt) zu berücksichtigen, damit am Ende nicht „Äpfel und Birnen“ miteinander verglichen werden.

5.2 Fachplanungen im Demografie-Check

strategische Koordinierung der Fachplanungen

Neben konkreten Maßnahmen und Projekten gibt es für viele kommunale Handlungsfelder spezielle Fachplanungen, die regelmäßig fortgeschrieben werden. Bei der Aktualisierung der jeweiligen sektoralen Fachplanungen muss sichergestellt werden, dass diese in ihren Wechselwirkungen untereinander abgestimmt sind und die Herausforderungen des demografischen Wandels in angemessener Weise berücksichtigen. Dies bedarf einer langfristig angelegten, strategischen Koordinierung, um zu abgestimmten und demografiefesten Fachplanungen zu gelangen. Maßstab hierbei sind ebenfalls die aus den demografischen Zielen und dem Demografie-Leitbild abgeleiteten Prüfkriterien.

[81] vgl. Stadt Wuppertal, Leitlinien der Wuppertaler Stadtentwicklung 2015, Juli 2008.

6. Zusammenfassung

Der demografische Wandel stellt Wuppertal vor große Herausforderungen. Die immer wieder mit den Schlagworten „weniger, älter, bunter“ kommunizierten allgemeinen Trends der demografischen Entwicklung machen sich im Vergleich mit anderen Kommunen in Wuppertal intensiver bemerkbar, da die Ursachen, die hinter diesen Entwicklungstrends stehen, hier besonders stark ausgeprägt sind. Zu dem bundesweit zu beobachtenden Trend einer höheren Lebenserwartung kommen ein hoher Sterbefallüberschuss und ein negativer Wanderungssaldo, der insbesondere durch den Wegzug junger Menschen (Bildungswanderung) und junger Familien ins Umland (Suburbanisierung) verursacht wird.

Die prognostizierte negative Entwicklung der Bevölkerungszahlen („Schrumpfung“) und die Verschiebung der Anteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung („Alterung“) ist auf absehbare Zeit nicht aufzuhalten oder umzukehren, sondern allenfalls abzumildern. Eine Teilkompensation wird voraussichtlich durch Zuwanderung erfolgen („Internationalisierung“).

Es ist zu befürchten, dass diese Entwicklungen insgesamt zu einem weiteren Rückgang der kommunalen Einnahmen, einer Verringerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und Dynamik, zu teilräumlichen (Wohnungs-) Leerständen und deutlich sinkenden Immobilienpreisen, zur Unterauslastung und fehlenden Erneuerung der kommunalen Infrastruktur, zu einer zunehmenden sozialräumlichen Polarisierung und auch zu einem Imageverlust und zur Beeinträchtigung des kommunalen Selbstbewusstseins führen.[82]

Demografischer Wandel als Chance

Die Tragweite der anstehenden Veränderungen wird für die Stadtgesellschaft und das Leben jedes Einzelnen in der Stadt spürbar werden. Die Anerkennung der demografischen Entwicklungstrends bietet jedoch zugleich die Chance, neue Wege und Denkrichtungen einzuschlagen.

Um den demografischen Trends und seinen Folgen entgegenzuwirken, verfolgt die Stadt klare Ziele. Wuppertal will

- auf die veränderten Bevölkerungsstrukturen mit einer entsprechenden Anpassung der Infrastrukturen und der Angebote reagieren,
- den Wegzug junger Frauen und Männer und von Familien mit und ohne Migrationshintergrund vermindern und den Zuzug dieser Zielgruppen nach Wuppertal fördern und
- die mit der Migrationsbevölkerung verbundenen Potenziale fördern und nutzen sowie die Bemühungen um Integration, Bildung und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe verstärken.

[82] vgl. Danielzyk, Rainer: Vortrag „Demografischer Wandel als Rahmenbedingung der Kommunalentwicklung“ beim Kolloquium "Wohnen und Stadt" der NRW.BANK am 30.09.2009 in Mülheim/Ruhr.

Aus diesen demografischen Zielen lässt sich ein Demografie-Leitbild für Wuppertal ableiten, dass der Gestaltung des demografischen Wandels für alle kommunalen Handlungsfelder eine Orientierung gibt:

- bedarfsgerecht + kompakt
- attraktiv + zukunftsorientiert
- sozial + vielfältig + bildungsorientiert

„Demografie-Check" einführen

Um sicherzustellen, dass die demografischen Aspekte in angemessener Weise berücksichtigt werden, sollen zukünftig alle kommunalen Entscheidungen grundsätzlich mit einem „Demografie-Check" vorab auf ihre Demografierelevanz geprüft werden. Neue Projekte und Maßnahmen müssen dabei die Ursachen und Auswirkungen des demografischen Wandels reflektieren und in eine abgestimmte und konsistente Gesamtstrategie eingebunden sein.

Gleiches gilt für kommunale Fachplanungen, die regelmäßig fortgeschrieben werden. Auch diese müssen in ihren Wechselwirkungen untereinander abgestimmt werden und die Herausforderungen des demografischen Wandels in angemessener Weise berücksichtigen. Der Stadtentwicklung als querschittsorientierter und integrierender Disziplin kommt in dem Gesamtprozess daher eine Schlüsselrolle zu.

kommunale Finanzreform unumgänglich

Trotz der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen stellt sich Wuppertal aktiv den Herausforderungen der demografischen Veränderungen. Für die Bewältigung dieser Herausforderung benötigt Wuppertal – wie andere strukturschwache Kommunen auch – die besondere Unterstützung von Bund und Land. Eine aufgabenangemessene Finanzausstattung, die den Kommunen wieder größere finanzielle Handlungsspielräume eröffnet, ist hierfür unumgänglich.

Anlage

Zusammensetzung des Projektteams Demografischer Wandel

Projektbetreuung:		
Rüdiger Bleck	101.1	Ressort Stadtentwicklung und Städtebau
Projektleitung:		
Rainer Knecht	101.11	Ressort Stadtentwicklung und Städtebau
Teammitglieder:		
Renate Galvagni	105.3	Ressort Bauen und Wohnen
Monika Heigermoser	200.3	Kulturbüro
Norbert Knutzen	200.2	Geschäftsbereichsbüro Kultur, Bildung und Sport
Eckhard Kohlhas	106.02	Ressort Umweltschutz
Marianne Krautmacher	201.SP	Ressort Soziales
Martina Kürten	104.51	Ressort Straßen und Verkehr *(bis 07/2008)*
Michael Milde	104.5	Ressort Straßen und Verkehr *(ab* 08/2008)
Doris Nehls	202.1	Stadtbetrieb Tageseinrichtungen für Kinder
Christine Roddewig-Oudnia	204.2	Ressort Zuwanderung und Integration
Christine Schmidt	208.JHP	Ressort Kinder, Jugend und Familie
Rainer Schulze	206.11	Stadtbetrieb Schulen
Detlev Stranz	103.14	Ressort Grünflächen und Forsten *(ab 08/2008)*
Elke Werner	101.12	Ressort Stadtentwicklung und Städtebau